

Protokoll

der öffentlichen Sitzung
des Schulausschusses

Sitzungsdatum: 17. Januar 2012
Sitzungsort: Hamburg, im Rathaus, Kaisersaal
Sitzungsdauer: 17:01 Uhr bis 21:19 Uhr
Vorsitz: Abg. Dr. Walter Scheuerl (CDU)
Schriftführung: Abg. Lars Holster (SPD)
Sachbearbeitung: Michael Giß

Tagesordnung:

1. Schulentwicklungsplan
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
hier: Öffentliche Anhörung gem. § 59 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft gemäß Beschluss vom 9.12.2011
2. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Matthias Czech (SPD)
Abg. Jan-Hinrich Fock (SPD)
Abg. Ulrike Hanneken-Deckert (SPD)
Abg. Robert Heinemann (CDU)
Abg. Dora Heyenn (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Lars Holster (SPD)
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)
Abg. Gerhard Lein (SPD)
Abg. Karin Prien (CDU)
Abg. Andrea Rugbarth (SPD)
Abg. Dr. Walter Scheuerl (CDU)
Abg. Dr. Stefanie von Berg (GAL)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels (FDP)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Kazim Abaci (SPD)
Abg. Barbara Duden (SPD)
Abg. Olaf Duge (GAL)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Finn-Ole Ritter (FDP)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Schule und Berufsbildung

Herr Senator Ties Rabe
Herr Staatsrat Dr. Michael Voges
Herr SD Norbert Rosenboom
Frau OSR'in Susanne Danke
Herr Wiss. Ang. Bruno Sprenger
Herr Wiss. Ang. Rainer Hartung
Frau RR'in Andrea Störmer
Herr Wiss. Ang. Klaus Grab
Herr OSR Jens Burghard
Herr OSR Rainer Köker
Frau Wiss. Ang. Nicole Schuback
Herr Regierungsamtmann Matthias Bierkarre

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Michael Giß
Dr. Monika Potztal

- VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit
ca. 100 Personen

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Im Ausschuss bestand Einvernehmen darüber, zu TOP 1 ein Wortprotokoll anfertigen zu lassen.

Zu TOP 1

Vorsitzender: Ich rufe dann gleich den TOP 1 auf. Im Rahmen der Selbstbefassung wollen wir uns heute einer öffentlichen Anhörung zum Schulentwicklungsplan widmen. Ich möchte einleitend ein paar Hinweise zum Verfahren geben. Sie haben alle, als Sie gekommen sind, bereits auf Ihren Plätzen so kleine Vordrucke gefunden, wo Sie, wenn Sie eine Stellungnahme abgeben möchten, bitte Ihren Namen eintragen und kurz ein Stichwort, zu welchem Thema, zu welcher Schule. Sie können diese Zettel auch, wenn Sie jetzt sich noch zu Wort melden möchten, hier vorne bei Herrn Giß liegt ein Stapel bereit, können Sie sich gerne abholen, ausfüllen und wieder bei Herrn Giß hier vorne am Ecktisch abgeben. Wir werden dann der Reihenfolge nach aufrufen. Wir haben zunächst, da es schon eine ganze Menge Wortmeldungen gibt, zunächst die ein wenig vorsortiert nach Stadtteilen, um zu versuchen, ein möglichst thematisch zusammengefasstes Bild zu ergeben. Wir sind aber, denke ich, hier auch im Ausschuss alle so tief drin im Schulentwicklungsplan, dass Sie sich bitte auch hinterher nicht gebunden fühlen, wenn Sie also nachträglich, Sie merken, wir sind schon bei einem anderen Stadtteil und Sie möchten noch etwas zu Ihrem Stadtteil, Ihrer Schule sagen, fühlen Sie sich frei bitte und geben Sie Ihre Wortmeldung noch ab. Die Ordnung, die wir jetzt hier getroffen haben, ist absolut keine Ausschlussfrist.

Es ist so, dass jede Bürgerin, jeder Bürger unserer Stadt sich hier zu Wort melden kann. Das Anliegen heute ist, dass Sie uns – also uns als Ausschussmitglieder – informieren. Sie können also Ihre Wünsche, Ihre Fragen an uns als Ausschussmitglieder richten. Von den Abgeordneten gibt es dann vielleicht auch einmal Rückfragen an Sie. Es ist nicht so, dass heute schon die Anhörung des Senates und der Senatsvertreter stattfindet. Die Auswertung und dementsprechend die Stellungnahme der Senatsvertreter wird voraussichtlich in der nächsten Schulausschusssitzung stattfinden, zu der Sie selbstverständlich auch alle sehr herzlich eingeladen sind. Wir gehen alle davon aus, dass umso fachlich begründeter Ihre Hinweise zum Schulentwicklungsplan sind, die Sie uns heute geben in Ihren Stellungnahmen, umso eher damit zu rechnen ist, dass auch die anwesenden Senatsvertreter sich all dies sorgfältig mitschreiben und notieren werden und sicherlich dann in der Fassung des Schulentwicklungsplans, der ja bisher nur ein Entwurf ist, der dann in die Deputation geht, möglicherweise noch berücksichtigen werden.

Ansonsten, denke ich, steigen wir ein. Ich beginne dementsprechend jetzt mit dem Aufruf der einzelnen Stellungnahmen. Ganz obenauf ist der Name Yasemin Cec, Landesvorstand Schülerkammer Hamburg, nehme ich an, zu folgendem Sachverhalt: Stellungnahme zum SEPL. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Frau Yasemin Cec: Soll ich nach vorne zum Mikro gehen?

Vorsitzender: Ja, bitte gehen Sie zum Mikrofon jeweils. Das noch als ergänzender Hinweis. Es stehen rechts und links jeweils ein Mikrofon. Das ist wichtig, damit Sie dann auch für das Wortprotokoll wirklich aufgenommen und in das Protokoll übertragen werden können mit Ihrer Stellungnahme.

Frau Yasemin Cec: Also, wir haben uns auf jedem Fall im Vorstand der „SchülerInnenkammer Hamburg“ auch mit dem SEPL beschäftigt. Gelungen fanden wir auf jeden Fall, dass keine Schule geschlossen wird, nämlich dass stattdessen Schulen zusammengelegt werden. Das fanden wir nämlich ganz gut. Wir fanden es ebenso auch ganz gut, dass in der HafenCity eine Schule eröffnet wird, weil wir es einfach auch in diesem Punkt sehr wichtig finden, dass dort Schülerinnen oder beziehungsweise auch Schüler zur Schule gehen können. Kritisch fanden wir die Punkte Inklusion. Wir fanden einfach, dass dieser Punkt nicht oft dort vorgekommen ist. Deswegen würden wir uns einfach sehr wünschen, wenn ein neuer Entwurf zur Inklusion kommen würde, die wir dann auch natürlich lesen. Ebenso haben wir den Punkt Bauvorhaben kritisch beobachtet, weil wir einfach die realistische Frage uns stellen, ob Preis und auch Zeitaufwand Hand in Hand gehen kann und ob es ebenso mit der wachsenden Schüleranzahl auch realistisch ist. Auf jeden Fall, was wir Ties Rabe versprechen können, ist, dass wir auf jeden Fall auf Ihre Finger schauen werden und auch Ihre Arbeit beobachten werden. Da können Sie sich auf jeden Fall ganz sicher sein. – Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender: Vielen Dank. – Ganz generell noch vorab. Ich möchte Sie alle bitten, das entspricht der guten Ordnung des Hauses, sich mit Beifalls- oder Missfallenskundgebungen zurückzuhalten. Wenn hier und da einmal jemand kurz klatschen mag, das ist nicht schlimm, aber die Gleichwertigkeit aller Stellungnahmen soll doch gewährleistet sein, bitte, und je kürzer wir uns mit irgendwelchen ergänzenden Beifallskundgebungen halten, desto mehr haben alle hier die Gelegenheit zu Wort zu kommen. Wir haben sehr viele Stellungnahmen schon jetzt hier angemeldet. Deswegen machen wir auch gleich weiter. – Frau Andrea Schumacher-Grabbel zum „Berücksichtigung der zusätzlichen Raumbedarfe für Inklusion im Schulentwicklungsplan“. Bitte schön.

Frau Andrea Schumacher-Grabbel: Ich würde gerne wissen, inwieweit die Inklusion im SEPL tatsächlich berücksichtigt wird. In der Neubauplanung für die Grundschule, in der meine beiden ältesten Kinder sind, Kamminer Straße, führt es dazu, dass die Neubauplanung bei einer integrativen Grundschule sehr, sehr wenig Binnendifferenzierungsmöglichkeiten vorsieht. Das ist eine zehnklassige Grundschule. Wir haben aktuell 20 Klassenräume – das ist sehr, sehr viel, ich weiß es, der Neubauplan sieht ganze elf Klassenräume vor und damit besteht bei einer KESS-1-Schule, die außerdem noch Integrationsschule ist und sehr viele schwerbehinderte Kinder hat, fast keine Möglichkeit mehr, Binnendifferenzierung zu machen. Und ich bitte um Berücksichtigung bei der nächsten Planung vom SEPL, dass einfach diese Kinder mehr berücksichtigt werden. – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank, sicher ein wichtiger Punkt. – Als Nächsten habe ich Herrn Oliver Hilgers mit einer Wortmeldung. – Herr Hilgers, bitte.

Herr Oliver Hilgers: Mein Name ist Oliver Hilgers. Ich bin Vater von zwei Kindern an der Schule Fahrenkrön in Bramfeld und gleichzeitig in der Vernetzungsgruppe Bildung und Vielfalt. Das ist eine Vernetzungsgruppe von Eltern, die versuchen, sich über GBS und GTS auszutauschen. Was ich zu kritisieren habe, ist, dass mein Gefühl als Vater oder als Eltern, das ist, dass die Schulen sich jetzt oder die Eltern sich jetzt zwanghaft entscheiden müssen für eines der neuen Systeme unter dem Druck, dass die Horte abgeschafft werden sollen, weil, das ist das Druckpotenzial, was existiert, und dass es keinerlei Konzepte oder Informationen zur GBS oder GTS gibt. Also, die Eltern haben keine Chance zu gucken, welches System ist für die Schule zukünftig das bessere bezüglich des Rahmenprogramms

für den Nachmittag, für die Ferienbetreuung und Randzeiten, überhaupt eine Entscheidungsgrundlage zu haben, um sich zu entscheiden für eines dieser Systeme, was die Behörde aber den Schulen oder den Eltern ja vorschreibt sozusagen, dass sie sich entscheiden müssen.

Ein weiterer Knackpunkt ist, wir haben an der Schule Fahrenkrön eine Abfrage bei den Eltern gemacht, die Schule Fahrenkrön ist eine Integrationsschule, also eine Pilotschule im Rahmen dieser Integration, und hat bereits ein Nachmittagsprogramm in einer recht flexiblen Form. Das heißt also, die Eltern können entscheiden, dass sie ihre Kinder um 13 Uhr abholen, nach dem Mittagessen, um 14 Uhr nach der Hausaufgabenbetreuung oder nach einem Kursangebot. Es gibt auch Kursangebote für die Kinder und eigentlich wollte sich unsere Schule für keines dieser Systeme entscheiden, also weder GTS noch GBS, sondern das Votum war ganz klar, dass sich 98 Prozent der Eltern dafür ausgesprochen haben, das jetzige System zu behalten, um die Randzeiten und Ferienzeiten zu ergänzen, und da war die Aussage von der Schulleitung beziehungsweise von der Behörde, dass das nicht mehr möglich sein wird. Und das ist der Hauptknackpunkt, dass die Eltern sagen, wir wollen natürlich nicht bis 16 Uhr unsere Kinder da zwangsbetreut haben, und die Kinder wollen das auch nicht, wenn man sie einmal fragen würden, sondern es ist mehr Flexibilität gefordert.

Die zweite Frage war in dem Fragebogen an der Schule: Welche Betreuungstage brauchen sie, wie viele? Da haben sich 100 Prozent für einen Tag entschieden, 98 Prozent für zwei Tage und 51 Prozent für drei Tage und dann dünnt sich das aus. Und die kleinste Form, die uns angeboten wurde, war das GBS-System mit einer kleinsten Betreuungsform von mindestens drei Tagen. Und das ist nicht das, was die Eltern wollen. Und da appelliere ich einfach noch einmal an die Politiker, hier noch einmal drüber nachzudenken und bezüglich Flexibilität vielleicht noch etwas zu ermöglichen. Also, meine Kinder zum Beispiel sagen auch, dass sie auf keinen Fall drei Tage in der Woche bis 16 Uhr in der Schule bleiben wollen, auch nicht unter den Bedingungen, dass sie gar nicht wissen, was da genau passiert an der Stelle. Und für uns, also für mich und meine Frau, würde es heißen, weil wir uns das leider leisten können, dass wir uns aus dem System ausklinken würden.

Dann ist die Forderung der Entschleunigung. Das hat damit zu tun, dass natürlich ein extremer Druck aufgebaut wird, dass gesagt wird, die Hortplätze werden abgebaut und deswegen müsst ihr euch für eines dieser Systeme entscheiden. Nur, Entschleunigung würde ich deswegen fordern, um einfach die Konzepte einmal fertig zu stellen, um eine Entscheidungsgrundlage für die Eltern zu haben, die Preistabellen zu erstellen und auch die Auswertung der Pilotierung vorzunehmen. Eine Vielfalt, das habe ich jetzt gerade gemerkt, ich habe unseren jüngsten Sohn für die erste Klasse angemeldet, existiert in der Form nicht, die Bögen sind die gleichen wie bisher. Die Eltern müssen sich entscheiden an den Schulen, welche Schule sie wählen, nach welchem System, GBS oder GTS – da gibt es sehr, sehr wenig Informationen. Und es gibt keine Möglichkeit, einen Anspruch geltend zu machen und zu sagen, ich brauche aber eine gewisse Art von Betreuung in der und der Form, die dann vielleicht in so einem Schulprozess auch berücksichtigt wird – man muss ja Erst-, Zweit-, Drittwunsch angeben und wird dann irgendeiner Schule nach gewissen Kriterien zugeordnet. Und meine Information ist, dass die Kriterien des Betreuungsbedarfes überhaupt nicht berücksichtigt wird oder vorgesehen ist.

Dann ein weiterer Punkt ist, dass ich versucht habe als Vater oder wir als Eltern haben versucht, Informationen zu bekommen von der Behörde. Da sind wir verwiesen worden auf die Schulleitung, also es gibt keinen zentralen Ansprechpartner oder einen Kontaktpunkt, wo sich Eltern informieren können über diese neuen Systeme und Fragestellungen stellen können. Da werden wir immer auf die Schulleitung verwiesen. Das halte ich für absolut unzureichend an der Stelle. Und das Zweite ist, dass ich sehe halt, aufgrund der beruflichen Anforderung auch, dass die Planungen, die dort vorgesehen sind für diese Betreuungsform, absolut am Bedarf der Eltern und auch der Kinder vorbeigehen. Also, weder die Eltern noch die Kinder werden gefragt, das wird einfach von oben herab entschieden. Was ich auch

gesehen habe, ist, dass natürlich Mensen geplant sind und ein Raumbedarf existiert, ich sehe aber keinerlei Plan oder Konzept, was zusätzlichen Raumbedarf oder eben auch den Bau der Mensen bei den Schulen berücksichtigt, dass sie zeitnah sozusagen diese Mensen bauen können. Also, an unserer Schule habe ich halt gefragt, wann kann diese Mensa denn gebaut werden, wenn wir uns für eine dieser Schulformen GBS oder GTS entscheiden, das ist unklar und die Bauzeiten sind ja auch relativ lang, das heißt, man muss gucken, dass man Übergangslösungen findet.

Zur Inklusion noch. Die Integrationsschule hat eine relativ gute Ausstattung, weil es eines der Pilotschulen ist. Das heißt, wir haben sehr viele Kinder mit Integrations-, also mit Förderbedarf. Zukünftig wird diese Art der Form nicht mehr möglich sein. Laut Schulleitung kriegen wir deutlich weniger Stunden für diese Förderung und müssten halt eben komplett umstrukturieren, also Stellen auch abbauen. Das heißt, dieses Thema Inklusion ist aus meiner Sicht überhaupt nicht vernünftig berücksichtigt, sodass diese Förderung auch bei den Kindern ankommt, und auch die räumlichen Änderungen sind nicht berücksichtigt. Also, ich habe mit der Schulleitung gesprochen und da wurde mir halt gesagt, wir müssten zusätzlich behinderte Kinder aufnehmen, was nicht schlimm ist, aber die räumlichen Ausstattungen sind überhaupt nicht gegeben, also Toilette et cetera. Das heißt, da war nur die Antwort, man müsste gucken, dass diese Kinder dann unten im Erdgeschoss irgendwo untergebracht werden. Also, ich habe kein finanzielles Budget dafür gesehen, um quasi Inklusion beziehungsweise behinderte Kinder mit aufzunehmen an dieser Stelle. Und das halte ich für absolut unzureichend, dass man sagt, jede Schule muss quasi jetzt Inklusion oder Förderbedarf oder behinderte Kinder aufnehmen können nach einem gewissen Schlüssel, aber es gibt keinerlei Rahmenkonzept dafür oder Unterstützungsleistungen, wie die Schulen das umsetzen sollen.

Meine Fragen noch zum Abschluss: Ich habe die Frage – weil es sehr widersprüchlich diskutiert wird – wenn wir uns für GBS oder GTS entscheiden im Nachmittagsbereich, im Randbereich und in der Ferienzeit, ist das eine Schulpflicht, ja oder nein? Ich habe da sehr unterschiedliche Aussagen drüber gehört.

Die zweite Frage ist, ich habe gelesen in einem Masterplan der SPD, dass geplant ist, innerhalb der nächsten Jahre alle Schulen zu Gesamtschulen auszubauen. Deswegen meine Frage: Ist das so geplant und wenn ja, bis wann soll das realisiert werden?

Und die letzte Frage: Gibt es Nachbesserungen im Inklusionsbereich? – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Die Antworten darauf werden wir wahrscheinlich dann in der Auswertung von den Senatsvertretern hören. Ich habe direkt passend zum Thema GBS-Ausbau Frau Kirsch als Nächste. – Frau Kirsch, bitte.

Frau Mariele Kirsch: Ja, guten Tag, mein Name ist Kirsch. Ich bin Mutter eines Schulkindes in Hamburg und interessiere mich für Schulpolitik, bin heute als Mutter da und nicht als Bloggerin oder Politikerin. Ich habe einige Fragen zu dem großen Fragenkatalog der LINKEN. Wir leben ja in einer Zeit langer Fragenkataloge bundesweit und auch in Hamburg. Ich finde es ja prima, dass DIE LINKE diese Fragen gestellt hat, die Antworten liegen aber bisher leider nur für die Pilot- und die Modellschulen vor. Und da habe ich mir einmal zusammengeschrieben, welche Antworten zum Beispiel das Essen, die Essensversorgung betreffen. Siebenmal wird in den Pilotschulen und Modellschulen in den Klassenräumen gegessen, fünfmal in der Aula, siebenmal in der Pausenhalle, viermal in vier Schichten bis 14:30 Uhr, viermal in drei Schichten und mit einer Fertigstellung ist in einigen Schulen erst bis 2015 zu rechnen. Das heißt, die Schulen müssen – selbst die Modellschulen, die ja Modelle für die anderen sein sollen, haben eine völlige Unterversorgung und müssen bis 2015 warten, um zum Beispiel Kantinen zu bekommen. Ich halte das für Kinder für unzumutbar und finde das also für das Kindeswohl völlig abträglich und ich appelliere an Sie, Herr Rabe, als Pädagoge und auch als Vater, von dieser Planung Abstand zu nehmen. Ich

habe also die Forderung, für die 36 neuen Schulen, die heute bewilligt worden sind, auch diese Fragen zu beantworten. Wir laufen ..., sie sind jetzt im Anmeldeverfahren für die Erstklässler und ich halte es auch für unerträglich, dass die Eltern nicht erfahren, in welcher Schule sie sich anmelden unter welchen Bedingungen.

Sollte diesen 100 Fragen in diesen nächsten Tagen – ich glaube, bis zum 2. Februar 2012 läuft das Anmeldeverfahren – nicht beantwortet sein, möchte ich Sie auffordern, die Anmeldeverfahren zu stornieren, nämlich die der Schulen, die sich jetzt schon angemeldet haben, sodass diese Schulen die Möglichkeit haben zurückzutreten von ihrer Anmeldung unter diesen ungewissen Zuständen. Dann möchte ich Sie bitten, das gesamte Verfahren zu entschleunigen und die Horte erst einmal zu halten. Wir haben das gerade in Bremen gehört, dass man dort sich dafür entschieden hat, gerade die Grünen haben das dankenswerterweise entschieden, dass die Horte erst einmal erhalten bleiben sollen, weil das Konzept für die dortigen Pläne auch genauso ungewiss ist wie das hiesige, und stattdessen will man dort noch ein Jahr warten und besser planen. Genau dasselbe möchte ich Sie auch bitten, Herr Rabe, wie gesagt, in Ihrer Verantwortung als Pädagoge und Vater. Und als Letztes möchte ich Sie bitten, dass wir insgesamt eine Vielfalt der Betreuung anstreben könnten. Also nicht nur die schulische Betreuung. Ich halte diese Monopolisierung der schulischen Betreuung auch für einen Fehler. Ich plädiere für eine Vielfalt vieler Träger, zum Beispiel der Horte, der Kirchen, auch der Jugendhilfe, sodass wir nicht ein Monopol der Schulen haben und das noch unter solchen schlechten Bedingungen. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Ich habe dann als Wortmeldung allgemeinerer Art als Nächstes nur noch Frau Zeidler und danach kommen Wortmeldungen zu konkreten Regionen, konkreten Schulen. – Frau Zeidler, bitte, Sie haben das Wort.

Frau Birgit Zeidler: Mein Name ist Birgit Zeidler. Ich vertrete den Verband Sonderpädagogik. Der Verband nimmt es positiv zur Kenntnis, dass ein aktueller Referentenentwurf für die allgemeinen Schulen vorliegt. Wir gehen davon aus, dass es unmittelbar nach den seit Langem anstehenden Entscheidungen zur Weiterentwicklung sonderpädagogischer Förderung auf der Grundlage der UN-Konvention ein entsprechender Schulentwicklungsplan Sonderpädagogische Förderung entwickelt wird, und zwar nicht nur für die allgemeinen Schulen, auch für die Sonderschulen, die dann hoffentlich zu Unterstützungs-, Beratungs- Bildungszentren weiterentwickelt worden sind, und auch für die beruflichen Schulen. Dieser Schulentwicklungsplan Sonderpädagogische Förderung muss sowohl die Bedarfe für die nach Paragraph 12 Hamburger Schulgesetz beschulten Schülerinnen und Schüler in den allgemeinen Schulen als auch dann hoffentlich für die entwickelten Beratungs- und Unterstützungszentren enthalten. Es muss den Sorgeberechtigten von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf klar erkennbar sein, wie die schulorganisatorischen Entscheidungen und die Weiterentwicklung im schulischen Bereich für diesen Personenkreis aussehen muss.

Ganz besonders wichtig halten wir es, dass im Bereich Haus- und Krankenhausunterricht räumliche Voraussetzungen geschaffen sind auch für die Schülerinnen und Schüler mit autistischen Verhaltensweisen, dass diese angemessen beschult werden können. Wir halten es ganz besonders für bedeutsam, dass im allgemeinen Bereich die Bedarfe im Hinblick auf Differenzierungsräume, Therapieräume, sanitäre Einrichtung, Pflegeeinrichtung überdacht werden und so entwickelt werden, dass für alle Schüler eine optimale Versorgung gewährleistet werden kann. Das gilt nicht nur für die allgemeinen Schulen, es gilt auch für die jetzt noch Sonderschulen, und wir bitten sehr darum, dass die Beratung für die Eltern so transparent geregelt werden kann, dass sie angemessene Entscheidungen treffen können, wo ihr Kind am besten gefördert werden kann. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Wir kommen jetzt zu drei Wortmeldungen, die die Region 4 betreffen. – Herr Fricke, Jens Fricke, Elternrat Max-Brauer-Schule, bitte.

Herr Jens Fricke: Guten Abend, meine Damen und Herren, ich bin Jens Fricke, wohne im Stadtteil Altona und gehöre dem Elternrat der Max-Brauer-Schule an und außerdem noch dem Vorstand der Gemeinschaft der Stadtteilschulen in Hamburg.

Bitte lassen Sie mich zunächst den drei Fraktionen, namentlich der GAL, der CDU und der FDP meinen Dank aussprechen. Der Elternrat der Max-Brauer-Schule hat auf seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Abgeordneten Frau von Berg, Herrn Heinemann und Frau von Treuenfels für ihre Bürgerschaftsanträge zu danken, die andere Anmeldeverfahren als das reine Wohnortprinzip ermöglichen sollten. Leider wurden diese Anträge durch die Bürgerschaftsmehrheit abgelehnt und damit eine Chance vertan, Stadtteilschulen auch in sozioökonomisch problematischen Lagen Hilfestellung in ihrer Schulentwicklung zu geben, von der Missachtung des Elternwillens will ich hier gar nicht erst reden.

Auf den Redebeitrag des Abgeordneten, Herrn Lein, möchte ich dann lieber nicht eingehen und lieber auf das eigentliche Thema, den Schulentwicklungsplan, kommen. Die Stellungnahme des Elternrates der Max-Brauer-Schule liegt der Schulbehörde vor und ich möchte den an dieser Stelle auch gar nicht wiederholen. Im Schulentwicklungsplan der Region 4 wurden verschiedene Altonaer Neubaugebiete gar nicht berücksichtigt. Zum Teil liegt das daran, dass diese erst nach Erstellung des Schulentwicklungsplan-Entwurfes eingerichtet wurden, zum Beispiel dass UCI in Othmarschen und Bahrenfeld. Nebenbei wird in Altona, werden Baulücken verdichtet, sodass eben halt die Bevölkerung in starkem Maße zunimmt, was so seinen Niederschlag im Schulentwicklungsplan noch gar nicht gefunden hat.

Im Schulentwicklungsplan wird außerdem für die Region 4 ein zusätzliches Gymnasium vorgeschlagen. Möglicherweise wird dies benötigt, möglicherweise ist dies ein Schreibfehler, wir wissen es nicht. Benötigt wird aber auf jeden Fall eine zusätzliche Stadtteilschule, insbesondere westlich der Max-Brauer-Schule. Das wird allein auch schon deutlich an der Stellungnahme der Schule Rothestraße, das ist eine Grundschule, zum Schulentwicklungsplan. Darin heißt es, dass – also viele Eltern aus Othmarschen, aber auch aus Altona-Altstadt befürchten eben halt durch das jetzt geltende absolute Wohnortprinzip, dass sie ihre Kinder an der Max-Brauer-Schule nicht mehr angemeldet bekommen. Und gerade für die westlichen Bereiche im Bereich Ottensen/Othmarschen fehlt eine Stadtteilschule als Alternative zu den Gymnasien, insbesondere für Eltern, die eben halt das G9 eher bevorzugen als das G8.

Die Eltern der Schule Rothestraße sprechen da sogar offen davon, dass eine nicht gewünschte Wanderungsbewegung zu Gymnasien und Privatschulen als Folge des Wohnortprinzipes einsetzen könnte. Als Lösung möchte ich hier für die Region 4 vorschlagen, eine Dependence der Max-Brauer-Schule einzurichten, westlich vom jetzigen Standpunkt in Richtung Othmarschen. Dies könnte je nach den Anmeldezahlen, die sich im Februar zeigen werden, ein- bis dreizügig sein. – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Ulrich Mumm vom Gymnasium Allee hat sich zu Wort gemeldet.

Herr Ulrich Mumm: Ulrich Mumm, ehemals Gymnasium Allee. Ich vertrete heute hier meinen Nachfolger, weil er heute Tag der offenen Tür hat und mit den Eltern spricht.

Ich stimme meinem Vorredner zu, dass Altona ein wachsender Stadtteil ist mit wachsenden Bevölkerungszahlen und mehr Kindern und Schülern. Es wird sogar noch dramatischer mit der neuen Mitte Altonas, mit der Wohnbebauung und so weiter. Natürlich wird dort auch ein weiteres Gymnasium gebraucht, denn wir haben in den letzten Jahren feststellen können, dass alle Gymnasien oder viele Gymnasien ihre Schüleranmeldungen nicht annehmen konnten. Es gab große Wanderungsbewegungen bis nach Lokstedt und Lurup hinaus und deswegen haben wir einen Vorschlag unterbreitet, dass auch am Gymnasium Allee etwas

zugebaut wird, um diese Elternwünsche erfüllen zu können. Falls der Vorschlag nicht mehr vorliegt, ich habe ihn noch einmal mit und kann ihn Herrn Dr. Voges überreichen. Ich bitte darum, dass dieser Vorschlag eingehend geprüft wird. – Besten Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Für das Protokoll: Der Vorschlag wird Herrn Voges überreicht. Jetzt kommt – sehen Sie es mir nach, ich kann den Vornamen nicht lesen. Germann, auch Gymnasium Allee. – Herr Germann, Sie haben das Wort.

Herr Ufuk Germann: Guten Abend, mein Name ist Ufuk Germann. Ich bin Vater zweier Kinder und wohne in Altona-Altstadt. Meine Tochter ist Schülerin am Gymnasium Allee Altona, ich bin im Elternrat und habe das Mandat, heute zu Ihnen zu sprechen. Die beiden Vorredner haben schon Teile davon aufgegriffen, was ich Ihnen sagen wollte. Ich spare mir jetzt alles Weitere, möchte nur sagen, dass meines Wissens das Gymnasium Allee Altona dreizügig ist. In dem Schulentwicklungsplan steht vierzügig. Dann wird darüber geschrieben, dass ein Neubau eines zusätzlichen Gymnasiums geplant wird. Ich weiß davon oder meines Wissens sollte es die Kurt-Tucholsky-Schule sein in dem neuen Neubaugebiet Altona-Mitte. Das ist kein Gymnasium, sondern eine Stadtteilschule. Es wird auch richtigerweise aufgegriffen, dass Altona, Altona-Altstadt, ziemliche Zuwächse zu verzeichnen hat, insbesondere auch eben in der Kinderzahl, das können wir ja auch nachlesen. Und meine Frage ist, wie es eben ausgestaltet werden soll, wenn Sie von einer mittelfristigen Planung sprechen. Was bedeutet mittelfristig? Ich als Vater wüsste das gerne etwas konkreter oder ziemlich konkreter.

Dann wurde ein Vorschlag gemacht, dass die Schule Allee Altona um ein bis zwei Züge erweitert werden könnte mit entsprechenden baulichen Maßnahmen, die realisierbar sind. Darauf wurde nicht eingegangen, die Stellungnahme dazu haben Sie auch. Wenn dem so sei, wie wären Überbrückungsszenarien? Könnte man diese noch einmal aufgreifen und näher beschreiben? Müssten unsere Kinder in Containern längere Zeit verbringen? Wie lange und unter welchen Rahmenbedingungen, wie zumutbar wäre das? Ist es überhaupt zumutbar? Das kann man alles, das wird alles nicht nachvollziehbar aus dem, was man nachlesen kann.

Ja, dann ist es ja so, dass es zwei Gymnasien gibt, Gymnasium Allee und Gymnasium Altona, in dem großen, in der Region 4, und da ist so ein großer, weißer Fleck, was Gymnasien angeht. Und ich denke, das ist zu wenig, und viele Eltern wohnen zwar gerne in Altona, Altona-Altstadt insbesondere auch, weil es sehr, sehr hip geworden ist in letzter Zeit, Gott sei Dank, aber auch elternteiche, kinderreiche Familien und ... Aber in der Konsequenz höre ich immer wieder von Diskussionen, dass Eltern ihre Kinder eben nicht dort zur Schule gehen lassen möchten, sondern sie doch woanders hinschicken, und ich persönlich halte nichts von diesem Schultourismus und wenn es auf dem Rücken der Kinder ausgetragen wird, halte ich das für völlig falsch und leite es auch ab aus Mangel von Alternativen. Das denke ich so in meiner kleinen Welt und bin auch überrascht über ganz globale Dinge, die heute hier angesprochen werden. Und ich hätte es gerne ein bisschen konkreter und kleiner. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Wir springen jetzt Richtung Osten. Frau Petra Menck hat sich zu Wort gemeldet, Vorsitzende des Kreiselternrates 12. – Frau Menck, bitte.

Frau Petra Menck: Schönen guten Abend. Mein Anliegen betrifft die Schulen, die Grundschule Fuchsbergredder, die neue Stadtteilschule Steinadlerweg/Querkamp und die Stadtteilschule Horn. Die Planungen, die soweit im SEPL drinstehen, finde ich durchaus in Ordnung. Und insofern betrifft mein Anliegen nicht genau das, was im SEPL ist. Nur, ich denke, wenn man das soweit plant, dann muss man auch bedenken, wie die Kinder zur Schule kommen, weil, an der Grundschule Fuchsbergredder ist direkt dahinter ein großes Neubaugebiet. Nur, man kommt nicht zur Schule hin. Man muss über eine nasse Wiese im Dunkeln und dann noch durch einen feuchten Wald, und da wird man nicht hingehen,

sondern man wird eher über die Autobahn rübergehen und nach Jenfeld zur Schule gehen, also, das Gebiet verlassen.

Dann die – ja, die Stadtteilschule Steinadlerweg/Querkamp am Standort Querkamp. Dort gehen die Schüler, glaube ich, im Moment bis zur neunten Klasse, also nächstes Jahr bis zur zehnten Klasse. Das heißt, ab elfte Klasse, also ab 2013, werden sie von dort zur Stadtteilschule Horn wandern. Auch das ist nicht ganz einfach, weil die Anbindung einfach fürchterlich schlecht ist. Gleichzeitig ist das Einzugsgebiet von der Stadtteilschule Querkamp, ist eigentlich der ganze Raum östlich der Horner Rennbahn bis ungefähr Öjendorfer See, nördlich begrenzt durch die Autobahn und im Süden so in etwa Billstedter Hauptstraße, so. Und es ist für die, ja, die so im Nordosten dieses Gebietes wohnen, das ist die Märchensiedlung, Dringsheide, das neue Wohnbaugebiet um den Fuchsbergredder herum, das sind große Wohnsiedlungen, nur, von dort ist es sehr schwierig, überhaupt da zum Querkamp hinzukommen. Morgens fährt da kein Bus. Man kann da so ungefähr zwei bis drei Kilometer zu Fuß oder mit dem Fahrrad fahren. Im Sommer, denke ich, ist es zumutbar, aber im Winter, finde ich, nicht. Und wenn es dann noch weitergehen soll zur Stadtteilschule Horn, noch einmal ungefähr drei Kilometer weiter, wird es ziemlich unzumutbar. Und – ja, deswegen ist mein Anliegen, wenn man halt eben das so plant, was ja eigentlich in Ordnung ist, muss man auch darauf achten, wie die Schüler zur Schule kommen sollten oder können. Und es ist einfach so im Moment, dass die Busse und Bahnen, die halt eben in diesem Gebiet fahren, die gehen alle aus dem Gebiet raus. Es ist viel einfacher zur Otto-Hahn-Schule zu kommen oder zur Stadtteilschule Denksteinweg, Holstenhofweg, Gymnasium Marienthal, MCG, CPG. Es ist viel einfacher, dort hinzukommen oder Gymnasium Hamm, Klosterschule, als jetzt innerhalb des Gebietes sich hin und her zu bewegen. Und das gebe ich einfach zu bedenken.

Ich denke, die Anmeldungen im Moment bei der Stadtteilschule Querkamp sind relativ hoch, weil gesagt worden ist, die Schule soll hochwachsen. Und ich denke, es ist vielen gar nicht bewusst, welche Wanderbewegungen dahinter stehen. Und ich kenne einige, die halt eben schon jetzt aus dem Gebiet Fuchsbergredder dahin, auch im Winter, also letztes Jahr und vorletztes Jahr bei Eis und Schnee mit dem Fahrrad da hingefahren sind, weil es keine andere Anbindung gibt. So, das ist mein Anliegen. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Wir kommen jetzt zu einem ganzen Stapel, da gibt es viele Nachfragen und Anregungen von Wortmeldungen, die im Wesentlichen die Schule auf der Uhlenhorst zu betreffen scheinen. Obenauf liegt die Wortmeldung von Herrn Sven Deglow. – Herr Deglow, bitte.

Herr Dr. Sven Deglow: Ja, guten Tag, mein Name Dr. Sven Deglow. Ich habe eine Tochter auf der Schule auf der Uhlenhorst, ehemals bekannt als Schule Winterhuder Weg, und ich spreche hier auch für eine große Mehrheit der Eltern an dieser Grundschule.

Vielleicht lassen Sie mich ganz kurz die Situation schildern. Wir haben derzeit 340 Grundschüler, verteilt auf die zwei Standorte Winterhuder Weg 126 und Humboldtstraße 89. Humboldtstraße 89 für die dritten und vierten Klassen, die ersten, zweiten und die Vorschule Winterhuder Weg 126. Der SEPL sieht nun vor, dass das Gebäude Humboldtstraße 89 aufgegeben wird und überführt wird als Zweigstelle an die Heinrich-Hertz-Schule, um als Stadtteilschule dort als Zweigstelle geführt zu werden. Derzeit gibt es auf der Uhlenhorst, auf der Schule auf der Uhlenhorst, die dann nur noch dreißig geführt werden soll, vier erste Klassen, wir haben drei Vorschulklassen an der Schule und wir hätten Anmeldungen, die sogar fünf Klassen an dieser Schule rechtfertigen würden. Aufgrund der hohen Nachfrage im nächsten Jahr ist mit zahlreichen weiteren Anmeldungen zu rechnen, die aus dem direkten Einzugsgebiet und damit mindestens wieder eine Vierzügigkeit sozusagen darstellbar. Verliert die Schule auf der Uhlenhorst jedoch jetzt, wie im SEPL vorgesehen, den Standort Humboldtstraße, wird es nur noch dreißig am Winterhuder Weg fortgehen und viele Schüler aus der direkten Umgebung würden abgelehnt

werden. Mit massiven Widersprüchen der Eltern ist zu rechnen. Die Frage, die wir eigentlich aber haben, ist: An welche Schulen sollen denn eigentlich die Kinder dann gehen? Die Grundschule Forsmannstraße soll auf fünf Züge erweitert werden. Voraussetzung dafür aber ist die Übernahme des Gebäudes H 15 an der Barmbeker Straße, ob und vor allem wann das stattfinden wird, ist aber derzeit völlig ungeklärt. Ähnliche Situation Humboldtstraße 30. Hier wird zunächst ein Gebäude abgerissen, dann soll ein weiteres gebaut werden. Also, auch diese Grundschule kann nicht einfach so die Kinder übernehmen.

Dennoch werden auch am Winterhuder Weg massive Zubauten notwendig sein, denn alleine durch die Zusammenlegung werden die Räumlichkeiten gar nicht mehr ausreichen. Das Schulgelände Winterhuder Weg ist jedoch ein umbautes, ein umschlossenes Gebiet. Die einzige Zufahrt dorthin führt durch den angrenzenden Torbogen an der Heilandskirche, der wiederum unter Denkmalschutz steht, wir uns fragen, wie Baufahrzeuge und Baulasten hier überhaupt hin transportiert werden sollen.

Wir machen uns große Sorgen um den Verbleib der heutigen Vorschüler. Sinn und Zweck von der Vorschule ist es ja, dass die Vorschüler mit der Umgebung, der Schule, Räumlichkeiten, aber auch dem Schulalltag bekannt werden, vielleicht schon erste Freundschaften schließen, um sich dann nachher in der ersten Klasse voll und ganz auf die Schule sozusagen konzentrieren zu können. Dieser Sinn, dieser Zweck wird nicht erfüllt, wenn wir jetzt anfangen, sozusagen diese Schule auf andere Schulen zu verteilen und sie nicht die Möglichkeit erhalten, in der ersten Klasse auf der Schule auf der Uhlenhorst zu bleiben.

Offen auch für uns die Frage: Wird es in Zukunft unter den oben geschilderten oder gerade geschilderten Maßnahmen überhaupt noch eine Vorschule in der heutigen Form auf der Schule auf der Uhlenhorst geben? Im SEPL wird zudem die Nachmittagsbetreuung überhaupt nicht betrachtet. Der Hort „Uhlennudelclub“ an beiden Standorten betreut heute aktuell schon 200 Kinder bis 18 Uhr und auch in den Ferienzeiten. Bei einer Reduzierung auf nur einen Standort müsste der Hort aus dem Schulgebäude ausziehen, mindestens radikal verkleinert werden. Und wir fragen Sie, Herr Schulsenator Rabe, der ja vor allem die Stärkung der ganztägigen Bildung und Betreuung an Hamburgs Schulen vorsieht, warum hier eine intakte Schule, eine intakte Nachmittagsbetreuung eigentlich zerstört werden soll.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte sagen zur geplanten Stadtteilschule, vor allem im Sinne der Transparenz. Das Gebäude Humboldtstraße 89 verfügt derzeit überhaupt nicht über die räumlichen Kapazitäten, um eine dreizügige Oberstufe einzurichten. Auch hier ist bislang überhaupt nicht geklärt, ob ein Zubau an diesem Standort überhaupt möglich ist. Für uns als Eltern, vielleicht können Sie das nachvollziehen, sind diese ganzen, vielleicht auch für Sie komplex wirkenden Planungen nicht nachvollziehbar. Alle Betrachtungen erfolgen bisher immer nur singular bezogen auf eine Schule. Ich möchte Sie bitten, verschaffen Sie sich umfassende Transparenz, lassen Sie nicht zu, dass hier mindestens drei Grundschulen massiv in ihrer Arbeit beeinträchtigt werden, ohne dass die Alternativen sowie die technische und aber auch finanzielle Machbarkeit ausreichend geprüft werden. Ich kann mich an dieser Stelle nur der Stellungnahme von der Elternkammer zum SEPL anschließen, in der es heißt, die Neugründung der Heinrich-Hertz-Schule darf nicht zulasten von Grundschulern gehen.
– Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Als nächste Wortmeldung auch zur Schule auf der Uhlenhorst habe ich Frau Ute Rutter aus dem Elternrat-Vorstand. – Frau Rutter, bitte.

Frau Ute Rutter: Guten Tag, mein Name ist Ute Rutter. Ich bin von der Schule auf der Uhlenhorst, ich gehöre dem Elternrat an und bin auch im Vorstand. Ich kenne diese Schule seit acht Jahren und wir haben vom Elternrat eine Stellungnahme abgegeben, die der Behörde vorliegt. Leider hat es keine gemeinsame Stellungnahme gegeben von unserer

Schule, weil eine Schulkonferenz leider bei uns nicht einberufen wurde. Deswegen wurden mehrere unterschiedliche Stellungnahmen von den unterschiedlichen Gremien vorgelegt.

Ich möchte gern zu der Standortfrage sagen, dass wir vom Elternrat zunächst für den Standort am Winterhuder Weg einhellig waren, dass es dann bei uns im Elternrat sehr viel Diskussionen gegeben hat und deutlich wurde, dass eine Zerrissenheit in der Elternschaft entstanden ist, aus der dann auch eine Elterninitiative ergangen ist, die sich dann sehr stark für zwei Standorte eingesetzt hat. Aus meiner Perspektive bin ich als Mutter für einen Standort immer eingetreten und bin auch nach wie vor dafür, weil es zwei Standorte für die Grundschule eigentlich bisher nie gegeben hat. Diese Schule hat 30 Jahre als Grundschule hervorragend funktioniert und die Grundschule ist nur durch die Planung der Primarschule für zwei Jahre aufgeteilt worden und es hat eigentlich immer an dem Standort Humboldtstraße 89 eine gut funktionierende Haupt- und Realschule ehemals gegeben. Und dass dort eben jetzt eine Stadtteilschule eingerichtet werden soll, wird auch von sehr vielen Eltern begrüßt.

Ich möchte zu dieser Situation bei uns auf der Schule auf der Uhlenhorst sagen, dass eben diese Zerrissenheit da ist. Ich fühle mich als Elternratsmitglied verpflichtet, auch dieses zu sagen, obwohl ich persönlich weiterhin für einen Standort bin und mich auch dafür aussprechen möchte, was dort im Schulentwicklungsplan vorgesehen ist. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Als Nächstes habe ich Lucia und Oliver Sperber. Vielleicht könnten Sie abstimmen, wer von Ihnen die Stellungnahme abgibt. Herr oder Frau – Herr Sperber, bitte.

Herr Dr. Oliver Sperber: Ja, guten Tag, mein Name ist Dr. Oliver Sperber. Ich stehe hier vor Ihnen als Vater und Mitglied der Elterninitiative für den Erhalt beider Standorte der Schule auf der Uhlenhorst. Meine Tochter geht in die erste Klasse der Schule auf der Uhlenhorst und der aktuelle Schulentwicklungsplan sieht nun vor, dass der zweite Standort, wie eben schon dargelegt wurde, der Schule Heinrich-Hertz übergeben werden soll, damit dort eine Stadtteilschule entsteht. Wir sind sicherlich nicht gegen eine Stadtteilschule, ganz im Gegenteil, aber warum, bitte schön, auf Kosten der Grund- und Vorschüler. Das muss nicht sein. Der Wegfall der Räumlichkeiten bedeutet, dass in Zukunft noch mehr potenzielle Vorschüler und Grundschüler abgelehnt werden müssen, als es im Moment schon der Fall ist, und ich kann nur noch einmal unterstreichen, was schon gesagt wurde: Wohin sollen diese Schüler denn gehen? Bezüglich der Vorschule, um das zu unterstreichen, gibt es eigentlich nur zwei Szenarien.

Entweder wir haben so viel Raummangel, dass es überhaupt keine Vorschule mehr geben kann, denn die geplanten Zubauten sind nicht für die Vorschule gedacht und die Vorschule ist über die Stadtteilgrenzen hinaus eine bekannte und auch gewollte Institution. Die Eltern würden sich notgedrungen an die anderen Schulen des Verbundes wenden müssen – Grundschule Forsmannstraße, Humboldtstraße 30 sind schon genannt worden. Dort ist man aber ohne Zubauten überhaupt nicht in der Lage, diese Schüler entsprechend aufzunehmen. Und es will mir persönlich als Vater nicht einleuchten, warum eine fantastisch funktionierende Grundschule, die durchaus Potenzial hat, noch mehr Grund- und Vorschüler aufzunehmen, hier reduziert wird, um andere wiederum aufzubauen, obwohl es hier durchaus bauliche Barrieren gibt.

Das andere Szenario: Mit ach und krach schafft man vielleicht, ein bis zwei Vorschulklassen aufzubauen, aber die können dann mit Sicherheit nicht in die erste Klasse übernommen werden und das ganze Prinzip Vorschule wird eigentlich ad absurdum geführt, wo man sich ja nun gerade an das Schulgebäude gewöhnen soll, wo man lernt, miteinander Sicherheit zu gewinnen in diesem Schulgebäude, um dann eben dort auch eingeschult zu werden.

Dem Elternrat, das sollte ich vielleicht an der Stelle sagen, weil meine Vorsprecherin hier im Vorstand ist, ist das Vertrauen entzogen worden. Das stimmt. Man ist hier uneins, aber ich glaube, das ist noch einmal eine wichtige Information, die Sie alle wissen sollten. Mein Fazit ist, bitte lassen Sie es nicht zu, dass die Stadtteilschule auf Kosten der Grund- und Vorschüler am zweiten Standort initiiert wird, wenn es doch bessere und größere Alternativen gibt. Ich möchte Imstedt in dem Zusammenhang ins Feld führen, das ist sicherlich eine langfristige Option, in der sogar eine Oberstufe möglich ist, etwas, was in der Humboldtstraße heute, also der zweite Standort, so gar nicht machbar ist. Bitte prüfen Sie Alternativen, die valide sind und durchaus existent sind. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Als Nächstes habe ich Frau Julia Sasse aus dem Elternrat/Vorstand. – Frau Sasse, bitte.

Frau Julia Sasse: Ja, hallo, sehr geehrte Damen und Herren. Auch ich spreche zum gleichen Thema, kommen vielleicht noch einige nach mir heute. Ich wollte eigentlich gerne einmal ein bisschen zusätzliche Dinge erzählen, die jetzt noch nicht zur Sprache gekommen sind, denn der Schulentwicklungsplan ist ja nicht über uns gestülpt worden mit seinem Entwurf im Oktober, sondern es hat bei uns eine lange Vorbereitungsphase dazu gegeben. Schon im letzten Jahr haben wir uns im April und Mai mit der Frage befasst: Möchten wir, möchten wir als Eltern, möchten wir als Elternrat die Grundschule wieder an einen Standort zusammenführen, so wie es immer gewesen ist, und in dem Gebäude Humboldtstraße, was von der gleichen Schulleitung geführt wird – ehemalige Haupt- und Realschule –, eine Stadtteilschule einrichten? Unser Schulleiter hat sich damals ausdrücklich für diesen Plan ausgesprochen, ebenso wie die Mehrheit der Eltern. Wir haben eine Elternbefragung durchgeführt und 60 Prozent der Eltern haben sich dafür ausgesprochen, die Grundschule wieder an einem Standort zusammenzuführen und in der Humboldtstraße 89 das einzurichten, was dort vorher auch war, nämlich eine weiterführende Schule, denn dort sind die Räume vorhanden, die eine weiterführende Schule braucht.

Daraufhin haben dann Gespräche mit Herrn Dr. Tode von der SPD erfolgt. Der hat uns auch mehrfach besucht, es waren sehr konstruktive Gespräche, und man konnte eigentlich davon ausgehen, dass in dieser Frage Einigkeit herrschte. Nach den Sommerferien mit Erscheinen des Schulentwicklungsplans stellte sich die Sachlage dann anders dar. Unsere Schulleitung hat sich dann gegen die Stadtteilschule, gegen den Schulentwicklungsplan positioniert und auch viele Eltern, die dem Aktionsbündnis angehören, haben das getan, unter ihnen viele neue Eltern, die bei der damaligen Umfrage noch gar nicht dabei waren, weil es sich um Vorschuleltern handelt, die also neu bei uns an der Schule sind.

Auch ich spreche mich, wie meine Kollegin aus dem Vorstand, dafür aus, die Grundschule wieder an einem Standort zu führen, aus pädagogischen Gründen. Ich halte es für sehr gut, wenn Grundschulen nicht horizontal geteilt sind und Kinder sozusagen aufwachsen können von der Vorschulklasse bis in die vierte Klasse und nicht, wie jetzt mein Sohn, in der zweiten Klasse bereits schon die ältesten Kinder auf dem Schulhof sind, weil die anderen, Dritt- und Viertklässler, nämlich im anderen Gebäude sind. Dadurch ist auch der Hort geteilt und ich finde das sehr schade, viele Schulaktivitäten können so nicht mehr stattfinden.

Vor dem Hintergrund der heute erschienenen Herbststatistik bekommt das Ganze natürlich auch noch einmal eine neue Dynamik, denn Herr Rabe hatte die ja pünktlich fertig, Herr Senator Rabe, zur heutigen Anhörung. Die Herbststatistik besagt, dass in Klasse 5 48 Prozent der Schüler und Schülerinnen in einer Stadtteilschule sind, aber in Klasse 7 schon 53 Prozent der Schülerinnen und Schüler. Wir haben ausgesprochenen Bedarf an einer Stadtteilschule in der Region, da die Heinrich-Hertz-Schule als große und sehr begehrte, stark nachgefragte Stadtteilschule überläuft, immer wieder überläuft, und auch die Leitung in der Humboldtstraße, in der Neugründung Humboldtstraße, übernehmen soll. Allerdings nur für einige Zeit, denn diese Stadtteilschule soll dann selbstständig werden, etwas, was wir auch sehr begrüßen.

Was die Raumsituation angeht, die ist hier schon angesprochen worden, vielleicht kann ich dazu direkt antworten. Das Gebäude am Winterhuder Weg, die jetzige Grundschule oder die ehemalige Grundschule, umfasst 16 bis 18 Räume, je nachdem, wie nach dem Flächennutzungsplan die Größen gezählt werden. Nehmen wir einmal die niedrige Zahl, das sind 16 Räume, dann kann man sich leicht ausrechnen, dass bei Dreizügigkeit man selbst inklusive Vorschule 15 Räume benötigen würde, dass das also rein räumlich machbar wäre. Ein großes Problem allerdings ist die fehlende Kantine, Aula und Horträumlichkeiten, aber im Schulentwicklungsplan ist ja ein Zubau vorgesehen, wie auch am Gebäude Humboldtstraße ein Zubau vorgesehen ist. Wir hoffen, im Elternrat und insbesondere, nicht nur im Elternrat, sondern alle Eltern unserer Schule, dass das auch sehr zügig erfolgt, denn sonst hätten wir tatsächlich massive Raumprobleme. Kurzfristige Überbrückung über andere Lösungen sind da möglich. Vielleicht ist auch zunächst einmal, so ist es ja auch gedacht, eine Doppelnutzung im Gebäude Humboldtstraße möglich, denn die Klassen, die dort jetzt sind, denen wird man sicher erlauben, dort auch zu Ende zu gehen. Alles andere wäre ja auch pädagogisch kaum vorstellbar, wenn ich das so sagen darf.

Ja, das waren eigentlich die wichtigsten Dinge, die ich an dieser Stelle noch einmal sagen wollte. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Sasse. – Als Nächstes habe ich Frau Haike Ritter, die sich zu Wort gemeldet hat. – Frau Ritter, bitte.

Frau Haike Ritter: Ja, guten Tag, mein Name ist Haike Ritter. Ich habe zwei Töchter an der Schule auf der Uhlenhorst, in der Vorschule und in der zweiten Klasse. Und Frau Sasse und Frau Rutter treten hier als Elternrat vermeintlich auf. Ich möchte dazu sagen, dass die Mehrheit der Elternvertreter in der vergangenen Woche auf der Elternratssitzung für einen Plan für zwei Standorte gestimmt hat und im Anschluss hat der Elternratsvorstand gesagt, er könne diese Position nach außen möglicherweise oder möglicherweise auch nicht vertreten. Daraufhin wurde dem Elternvorstand oder dem Elternratsvorstand das Vertrauen entzogen und für diese Woche schon sind Neuwahlen angesetzt. Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, dass hier für den Elternrat für die Schule gesprochen wird.

Ich insbesondere habe ein Thema mit der pädagogischen Arbeit und dem Platz. Ich beobachte insbesondere bei meiner Tochter in der zweiten Klasse, dass ein sehr differenzierter Unterricht stattfindet in der Schule auf der Uhlenhorst. Das bedeutet auch, dass in den zweiten Klassen zum Beispiel für Deutsch oder für Mathematik die Guten und die nicht so Guten und die weniger Guten, die ganz, ganz Schlechten alle auseinandergezogen werden, und dafür wird viel Platz benötigt und diesen Platz kann ich nicht sehen, wenn jetzt kein Zubau erfolgt bei uns. Und dann als Nächstes noch, wenn denn tatsächlich ein Zubau kommen sollte, den ich – ich habe gehört, der soll wahrscheinlich doch nicht kommen, weil für Altbauschulen jetzt eine andere Quadratmeterzahl gilt, und das sind wir definitiv, Altbau. Da möchte ich doch noch einmal darauf hinweisen, es hat bei uns ein wunderschönes Außengelände an der Schule, ein umschlossenes, was wir auch in den Ferien und an den Nachmittagen nutzen können. Das wird dann den Kindern, das sind ja quasi Innenstadt-Kinder, einfach weggebaut. Da kann man mal gefahrlos Rollschuhlaufen oder im Gebüsch herumkriechen, ohne dass Hundehinterlassenschaften oder Drogenspritzen rumliegen, das möchte ich auch mit in die Erwägung einbezogen wissen. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Als Nächstes habe ich Frau Sonja Rupnik auf der Liste. – Frau Rupnik, bitte.

Frau Sonja Rupnik: ja, mein Name ist Sonja Rupnik. Ich bin Elternvertreterin für die 3 b an der Schule auf der Uhlenhorst. Ich muss ehrlich sagen, nach dieser Elternratssitzung vergangene Woche bin ich sehr erstaunt, was der Vorstand hier von sich gibt bezüglich der

Situation an der Schule. Eine eindeutige Mehrheit, also von 25 Elternvertretern haben 17 für zwei Standorte plädiert. Das ist für mich wirklich ein ganz klares Ergebnis und dann erwarte ich auch, dass hier heute die Schule vertreten wird und die Elternschaft und nicht eine Stadtteilschule.

Ich hatte als Punkte angegeben einmal den Hort und den Stadtteil Uhlenhorst. Ich persönlich bin in Uhlenhorst aufgewachsen, bin in der Schule Winterhuder Weg zur Schule gegangen, meine Töchter sind auch beide dort. Und was das Schöne an diesem Stadtteil ist, ist, dass es eigentlich wie ein Dorf ist, jeder kennt jeden und das ist sicherlich auch durch die Gemeinsamkeiten auf den Spielplätzen, Kindergärten und durch die Grundschule gewachsen. Die Grundschule ist für mich ein ganz wichtiger Faktor für einen Stadtteil und trägt auch deutlich zum Bild eines Stadtteils dar. Diese Schule auf der Uhlenhorst, also ehemals Schule Winterhuder Weg, ist dafür bekannt, dass sie eine sehr, sehr gute Lehrertätigkeit hat, und die Lehrer sind da wirklich mit Verve dabei und das wird auch von den Kindern dann weitergetragen. Also, gerade dieser Förder- und Förderunterricht wird sehr stark gelebt. Schwächere Kinder werden einfach integriert und diese beiden Stadtteile Uhlenhorst und Barmbek-Süd, die ja jetzt praktisch mit dieser Schule abgedeckt werden, wachsen sehr zusammen.

Ich persönlich habe als Mutter auch erst einen Standort präferiert, ganz einfach aus dem Grund, dass ich eben gesagt habe, Mensch, es ist ja wirklich viel besser, dass das Kind von der ersten Klasse bis zur vierten Klasse betreut wird und dann auf eine weiterführende Schule geht. Die Entwicklung, die sich aber jetzt aus der Schulpolitik ergeben hat vor anderthalb Jahren, hat es eben erfordert, dass die Schule umdenkt. Es war dann eine Vierzügigkeit verlangt worden, die der Schulleiter entsprechend umgesetzt hat, und heißt eben, die Schülerzahlen wurden deutlich ausgeweitet, Schüler von der Humboldtstraße, der ehemaligen Real- und Hauptschule, konnten dann teilweise nicht mehr aufgenommen werden in der fünften und sechsten Klasse, weil man eben im Zuge der Primarschule, die ja angekündigt war, agieren musste.

Herr Scheuerl, Sie haben immer ganz klar vertreten das Konzept „Wir wollen lernen!“, unsere Kinder wollen lernen und die Kinder, die auf dieser Schule lernen. Also, gerade Grundschüler sind ja die Basis für alles Weitere, für die Bildungspolitik. Das, was hier geleistet wird von den Lehrern, ist wirklich enorm und wird in andere weiterführende Schulen weitergetragen. Dadurch ist mein Eindruck zum Beispiel jetzt auch entstanden, dass das Niveau damit auch an weiterführenden Schulen angehoben wird, weil einfach die Wissensbasis da ist.

Wenn wir jetzt uns angucken, wie sich der Stadtteil entwickelt, Barmbek-Süd und Uhlenhorst, dann sehen wir, dass wir sehr viele Kinder, die jetzt in den nächsten Jahren auch zur Schule kommen werden, sehen. Das heißt, sie gehen auf die Spielplätze, sie gehen in die Kindergärten, es ist wirklich ein Konglomerat an vielen Nationalitäten. Es sind sehr viele Kinder, die dann demnächst auch beschult werden müssen. Schon jetzt reicht die Grundschulausrichtung für die nächsten vier Jahre nicht aus. Deswegen plädiere ich ganz klar dafür, dass die Grundschule auf der Uhlenhorst weiterhin ihre zwei Gebäude hat.

Nur noch einmal ganz kurz. Dieses – die Umfrage, die gemacht wurde im Mai letztes Jahr, die Frau Sasse zitiert hatte, war ganz klar unter den Führungszeichen der Primarschule, die kommen sollte. Damals waren die Lehrer und die Eltern gegen diesen Plan.

(Zuruf)

– Wie bitte?

Mittlerweile hat sich das Ganze, also durch diese Entwicklung der Schulpolitik hat es sich so entwickelt, dass jetzt die Lehrerschaft zufrieden ist mit zwei Standorten. Es ist natürlich schon eine Problematik von Wegen für die Lehrer auch zwischen den einzelnen

Unterrichtsstunden gegeben, aber die Lehrer und die Schulleitung wünschen zwei Standorte, die Elternschaft wünscht zwei Standorte und damit sollte man dem auch entsprechen. Also, es wäre wirklich sehr schade, wenn man diese ganze Struktur zerschlagen würde.

Außerdem hat die Schule einen Hort etabliert, der ursprünglich einmal aus 30 Kindern bestand, mittlerweile auf 170 Kinder angewachsen ist, und aus dieser damaligen Elterninitiative „Uhlenclub“ hat man jetzt aufgrund der veränderten Planung gesagt: Okay, der Zweck wird verändert und auch nur berufstätige Eltern können ihre Kinder anmelden. Vorher war es so, dass jeder sein Kind anmelden konnte für die Nachmittagsbetreuung, auch wenn die Mütter oder Väter zu Hause waren. Die Satzung wurde ganz klar dahingehend geändert, dass berufstätige Eltern vor, also, nur berufstätige Eltern ihre Kinder anmelden können, und das finde ich einen ganz, ganz wichtigen Punkt, weil gerade in unserem Stadtteil sehr viele Eltern arbeiten. Also, das Bild, was man vielleicht früher hatte, dem ist es – so sieht es eben nicht mehr aus, und diese berufstätigen Eltern brauchen auch weiterhin die Betreuung bis 18 Uhr.

Ja. Und nach wie vor gilt für mich das Prinzip „Kurze Beine – Kurze Wege“ und da diese Schule wirklich sehr zentral liegt in dem Stadtteil, sollte sie auch weiterhin aufrechterhalten werden. S-I-Schüler können überall in Hamburg ihren Unterricht genießen, aber Grundschüler eben einfach nicht. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Als Nächstes habe ich Frau Silke Ait Lamallem auf der Liste.

Frau Silke Ait Lamallem: Ja, schönen guten Tag, mein Name ist Silke Ait Lamallem. Ich bin Mutter von zwei Kindern auch in der Schule auf der Uhlenhorst, ein Kind in der dritten Klasse und eins in der Vorschulklasse. Ich schließe mich meinen Rednerinnen vom Aktionsbündnis an, möchte nur noch zwei kurze Anregungen geben. In der Drucksache 2502 geht es um die Situation unserer Grundschule und da geht es um den Sportunterricht. Da ist die Frage gestellt: „Wie soll künftig an der Schule auf der Uhlenhorst eine dritte Sportstunde realisiert werden, wenn die Hallenkapazitäten nur für zwei Züge ausreichen?“ Dort wurde geantwortet: „Gegenwärtig nutzt die Schule auf der Uhlenhorst neben der im eigenen Bestand befindlichen Sporthalle noch die Sporthalle am Standort Imstedt.“ Das wird dann laut dem neuen SEPL nicht mehr möglich sein, da dort dann die Goldbek-Schule komplett einzieht. Also, ist dann die Frage: Wo findet unser Sportunterricht statt? Und eine weitere Anregung ist, unsere Grundschule ist eine der besten Grundschulen in Hamburg und die Frage ist ...

(Zurufe)

Wir haben sehr großes Engagement der Lehrer und ich hätte gerne gewusst, gerade in Bezug auf Fachkräftemängel finde ich es sehr wichtig, dass es die Möglichkeit vielen Kindern, die Möglichkeit vielen Kindern gegeben wird, eine gute Grundschulausbildung gegeben ist, damit wir den Bedarf abdecken können. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Als kurzer Hinweis noch für alle, die etwas später gekommen sind. Wenn Sie sich auch zu Wort melden möchten, wir haben hier vorne Vordrucke, in die Sie sich eintragen können und dann werden Sie aufgerufen.

Als Nächsten auch noch mal zum Standort der neuen Stadtteilschule Uhlenhorst habe ich Herrn Thomas Raeke auf der Liste. – Herr Raeke, bitte.

Herr Thomas Raeke: Guten Abend, sehr verehrte Damen und Herren, sehr verehrte Abgeordnete. Ich bin Vater zweier Mädchen in der Vorschule und in der zweiten Klasse an dieser berühmten Schule Winterhuder Weg, jetzt Schule auf der Uhlenhorst, bin frisch gewählter Elternrat vom letzten Herbst und mit Verve in die Schulpolitik gestürzt, bin auch in den Kreiselternrat gegangen und da habe ich auch einen Blick auf das etwas Größere nehmen dürfen.

Und ich sehe natürlich, dass man nicht nur eine Bauchnabelschau betreiben darf und seine kleine Grundschule und seinen Bedarf alleine sehen. Natürlich fehlt in dem Gebiet Uhlenhorst, wenn man die Mundsburg betrachtet, in einem Radius von drei bis vier Kilometern nördlich, südlich oder östlich eine Stadtteilschule. Als Partner einer Hebamme sehe ich natürlich auch den Umschwung der Uhlenhorster Bevölkerung von einem Oma-Bezirk zu einem jungen Familien-Bezirk. Und man kann die Geburtenzahlen dieses Gebietes auch in Barmbek-Süd nicht ignorieren. Und die heißen, dass tatsächlich momentan eine zum Beispiel Sechszügigkeit in diesem Gebiet möglich wäre. Ich möchte Sie, verehrte Abgeordnete, darauf hinweisen, dass eine Schließung der Imstedt vor einigen Jahren dazu geführt hat, also die Schule Imstedt, heute Denkmalschutzamt, demnächst wieder mal provisorische Schule, hat dazu geführt, dass die umliegenden Schulen doch so an den Rand ihrer Kapazität gebracht wurden. Der Verkauf des gesamten Geländes an der Alsterschwimmhalle, nämlich der Schule Ifflandstraße, hat dazu geführt, dass es eigentlich südlich der Winterhuder Weg oder heute Grundschule auf der Uhlenhorst und der Humboldtstraße 30 mit nur zwei Zügen erst in St. Georg in der Langen Reihe wieder eine Grundschule gibt.

Das heißt, von Süden her wird diese Grundschule Humboldtstraße 30 bereits hart nachgefragt, hat Zubauten versprochen bekommen. Wir werden hart nachgefragt, haben Zubauten versprochen bekommen. Gleichzeitig nimmt man uns das Gebäude Humboldtstraße 89 eben zugunsten der ebenso nötigen Stadtteilschule weg. Ich bin heute hier, um einen klaren Vorschlag zu machen: Das Geld, was man eingenommen hat durch den Verkauf des riesigen Filetgrundstücks an der Alsterschwimmhalle für diese neuen Baugenossenschaften, den Sozialwohnungsbau und die Luxuswohnungen, dieses Geld könnte man einsetzen, um das ehemalige Berufsschulgebäude, die Gewerbeschule Averhoffstraße 38, zurzeit genutzt von der HafenCity Universität, zurückzukaufen für die Schulbehörde.

Das würde eigentlich den gesamten Konflikt auflösen, denn auf der Uhlenhorst selbst sind die Grundstücke so edel und rar und teuer, dass es gar keine Grundstücke mehr gibt. Nach der Zerstörung der Knaben- und Mädchenschule in der Averhoffstraße 18 bis 20 1943 gab es dort keinen Schulneubau. Deswegen werden die Schulkinder der Uhlenhorst von Schwanenwik bis in die etwas billigeren Bezirke nach Barmbek-Süd outgesourct – oder nach Hohenfelde. Ich bin der Meinung, dass es ein superguter Standort wäre, an der Averhoffstraße 38 neben McDonalds, direkt an der Mundsburg, eine Stadtteilschule zu gründen ab dem Augenblick, dass die HafenCity Universität mit dem vollendeten Neubau, der ja 2010 begonnen wurde, das Gebäude ohnehin verlässt. Dort brauchen wir nicht weitere Luxuswohnungen, sondern eine Stadtteilschule, und zwar eine mit einer superguten Verkehrsanbindung, überregionaler Ausstrahlung, vis à vis vom Lerchenfeld. Ich denke, wir brauchen wirklich diese drei Schulgebäude Winterhuder Weg, Humboldtstraße 89 und Humboldtstraße 30 als Grundschulstandorte und können dann halt noch ein Jahr warten und die Stadtteilschule Uhlenhorst am besseren Standort in der ehemaligen dann HafenCity Universität Averhoffstraße 38 gründen ab dem Schuljahr 2013/2014. Danke, das ist mein Vorschlag.

Im Übrigen bin ich auch Elternrat dieser Schule und ich werde zurücktreten, um den Weg für die Neuwahlen freizumachen, denn Elternwille muss sich ja auch demokratisch Bahn brechen dürfen. – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Thomas Köhler hat sich noch zur Schule auf der Uhlenhorst zu Wort gemeldet.

Herr Thomas Köhler: Ja, sehr verehrte Damen und Herren, mein Name ist Thomas Köhler. Auch ich spreche zu dieser Schule. Ich hoffe, dass es nicht zu langweilig wird.

(Zurufe)

Wir haben jetzt folgende Situation, von neun Elternratsmitgliedern hat soeben der Fünfte bekanntgegeben, dass er zurücktritt, nach den Abstimmungsergebnissen, nach der Elternratssitzung in der letzten Woche. Damit wird klar, Frau Sasse, Frau Rutter, die hier auch gesprochen haben, vertreten sich selbst, bestenfalls eine Minderheit, aber auf keinen Fall die Elternschaft der Schule. Wir haben mehrfach versucht, die Einstellung der Eltern herauszufinden. Der Schulleiter selbst hat eine Umfrage gestartet, die wurde angegriffen, weil die Eltern mit ihrem Klarnamen unterschreiben sollten. Dann haben engagierte Eltern Unterschriften gesammelt, haben sich vor den Schulen hingestellt. Mein Stand gestern Abend war, bei 340 Grundschulern gibt es 238 Eltern, die für den Erhalt der beiden Standorte sind. Und dazu muss man Folgendes sagen: Es können ja immer nur die Eltern der ersten und zweiten Klasse erreicht werden, Vorschüler, weil nämlich die Drittklässler und Viertklässler mittlerweile so selbstständig sind, dass sie alleine zur Schule gehen. Viele Eltern konnten also noch nicht erreicht werden.

Es ist eine Provokation, was hier passiert, dass zwei Personen sich hinstellen und davon sprechen, dass sie den Elternwillen repräsentieren, das kann nicht sein. Ich möchte zu meiner Person sprechen. Ich bin Vater von drei Kindern. Ich habe einen Sohn, der ist auf der Schule. Die anderen beiden sind noch in der Kita. Ich habe im letzten Jahr Glück gehabt, denn mein Sohn Gregor wurde noch an der Schule angenommen. Andere Kinder aus der Kita Bachstraße, seine Freunde, leider nicht, wurden abgelehnt. Es konnten sich auch andere Kinder noch über ein Widerspruchsverfahren einklagen in diese Schule, die jetzt vierzünftig ist. Bei einer Reduzierung auf drei Züge droht eine Klagewelle. Das ist einfach erst einmal das.

Ich möchte aber noch einen ganz anderen Aspekt aufwerfen. Und zwar, wenn ich die Grundschule verliere, wenn meine beiden anderen Kinder woanders hin müssen, gewinne ich dadurch vielleicht, bekomme ich eine Stadtteilschule, die dann Barmbek-Süd heißt, die für mich gut ist, für meine Kinder, meine Kinder werden größer werden, vielleicht brauche ich diese Stadtteilschule. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Ich bin mit dem Maßband rumgegangen und habe mir die beiden Sporthallen angesehen, einmal die Sporthalle im Winterhuder Weg, eine ganz typische Sporthalle, wie wir alle sie erwarten. Man kann dort mit einer Klasse reingehen und Unterricht machen. Diese Sporthalle hat die Größe 14 Meter mal 26 Meter und damit 364 Quadratmeter. Die Sporthalle in der Humboldtstraße, die jetzt zu einer Stadtteilschule werden soll, auf der also große Kinder, junge Männer, junge Frauen, Sport haben sollen, hat eine Sporthalle, eine Minisporthalle, von 10 Metern mal 20 Meter und das macht 200 Quadratmeter. Das bedeutet, dass die Stadtteilschule mit einer Sporthalle auskommen muss, die nur etwa 55 Prozent von einer ganz typischen Schulsporthalle überhaupt aufweist. Was kann die Lösung sein? Die Lösung könnte sein, die Schüler haben gar nicht an ihrer Schule Sportunterricht, die Stadtteilschüler, wenn sie kommt, sondern sie haben Unterricht in der Schule Imstedt. Geht aber für die nächsten drei Jahre nicht, weil nämlich die Grundschule Goldbek von – die Goldbek-Grundschule umzieht in die Imstedt und die Halle dort besetzt, für sich.

Wir haben also folgende Situation: Die Stadtteilschule Heinrich-Hertz, die also die Zweigstelle dort eröffnen möchte, wird dort einziehen vielleicht, wenn sie das so entscheiden, und wird dort anbieten einmal eine Theaterabteilung, Schwerpunkt Theaterarbeit, einmal eine Abteilung Sport und zwar ganz speziell Hockey. Wenn die Eltern das machen, dass sie ihr Kind dort anmelden zu diesem Experiment, wie man es nennen muss, dann wird Folgendes passieren. Die Schüler werden ankommen und das Erste, was ihnen gesagt wird, ist: Schön, dass du hier bist, aber mach bitte Sport woanders, nämlich laufe zurück zum Grasweg, da sind die Hockeyplätze. Und das kann nicht sein, dass eine Stadtteilschule aufgebaut wird, die sozusagen nicht ehrlich ist und sagt: Wir haben gar keine Kapazität.

Ich möchte noch etwas sagen, und zwar: Wir haben noch eine andere Stadtteilschule, nämlich die Stadtteilschule in der Jarrestadt. Die wird jetzt gerade aufgebaut, die war bisher eine reine Sekundarstufe-I-Schule, die wird jetzt gerade aufgebaut zu einer vollständigen Stadtteilschule mit Oberstufe. Das wollen wir, damit die Schüler an dieser Schule auch bleiben können und sagen können, ich bin gut genug, ich kann das Abitur machen und ich möchte das in meinem Freundeskreis machen und ich möchte nicht mich woanders an einer fremden Schule einfinden. Die Zukunft wird zeigen, dass sich die Schule Heinrich-Hertz und die Schule in der Jarrestadt, die Stadtteilschule Winterhude, noch einmal klar werden müssen, wer welche Schüler überhaupt bekommt. Es gibt eine Konkurrenz, denn mittlerweile ist die Schule in der Jarrestadt groß geworden. Ob dort so dicht in 1,5 Kilometern Entfernung eine weitere Stadtteilschule bestehen kann, ist ein Experiment. Mit Lockangeboten, kommt alle her aus ganz Hamburg und spielt Hockey – Klammer auf, aber nicht bei uns, sondern geht dafür dann wieder doch zum Grasweg –, das ist die große Frage und ich bitte das zu berücksichtigen. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank, das war zur Schule an der Uhlenhorst die letzte Wortmeldung. Ein kleiner Hinweis für alle, die sich hier zu Wort melden, weil das gerade angesprochen ist, die Mitglieder, die gewählten Mitglieder in den Gremien in unserer schulischen Elternmitwirkung, also insbesondere Elternräte, sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden. Das ist hier eine öffentliche Anhörung, das heißt, jeder, der heute gekommen ist, ist hier gerne eingeladen, uns Auskunft über seine auch persönliche Auffassung zu geben. Das kann also nicht kritisiert werden dadurch, dass andere Eltern der Schule nun irgendwie anderer Meinung sind, sondern jeder darf hier frei seine Einschätzung abgeben und ist gerne dazu eingeladen.

Wir machen jetzt einen Sprung über die Alster Richtung Rellinger Straße. Dazu liegen uns auch einige Wortmeldungen vor. Wir steigen gleich ein. Es fehlt dort ein Name auf der ersten Wortmeldung, es steht nur Elternrat Rellinger Straße, Zubaubedarf im Schulversuch. Können Sie sich noch erinnern, wer diesen Zettel ausgefüllt hat?

Frau Tanja Pott: Guten Tag, das war ich nicht, das ist – ich bin Tanja Pott vom Elternrat Rellinger Straße und ich möchte gerne für alle Elternratsmitglieder, die sich zu Wort melden wollten, das Wort ergreifen, denn wir sind uns sehr einig in dem, was wir vortragen möchten.

Die Schule Rellinger Straße ist eine von vier Schulversuchsgrundschulen „sechsjähriges gemeinsames Lernen“, das heißt ...

Vorsitzender: Entschuldigung, können Sie noch mal Ihren Namen ...?

Frau Tanja Pott: Tanja Pott, Tanja Pott.

Vorsitzender: Vielen Dank, Sie haben das Wort.

Frau Tanja Pott: Die Grundschule Rellinger Straße ist eine von vier Schulversuchsgrundschulen „sechsjähriges gemeinsames Lernen“, das heißt, an dieser Schule lernen im jahrgangsübergreifenden Unterricht Kinder der Jahrgangsstufen 1 bis 3 und 4 bis 6 zusammen. Die Schule wird sehr gut angenommen im Stadtteil, die Eltern stimmen sozusagen mit ihren Füßen ab und melden die Kinder an. Jedes Jahr werden fast klassenstärkenweise Schüler abgelehnt, die gerne an dieser Schule lernen möchten. Der Schulentwicklungsplan sieht nun vor, dass kein Zubaubedarf besteht, obwohl bereits jetzt auf dem Grundstück der Schule Rellinger Straße vier Container für die Jahrgangsstufen 4/5/6 stehen, und es werden mindestens noch zwei, wenn nicht sogar vier dazukommen. Das heißt, die Schule Rellinger Straße hat ein auf zehn Jahre festgeschriebenes Lernen im Container im Programm, was wir nicht tragbar finden. Im Rahmen des Ausbaus zur Ganztagschule, in welcher Form auch immer, würde das bedeuten, dass die Kinder bis zu

acht Stunden oder länger in Containern verwahrt, möchte ich das jetzt einfach mal sagen, werden, und das halten wir für nicht tragbar.

Die Schule ist eine Schulversuchsschule, der Schulversuch wird bis heute nicht unterstützt und begleitet und wir fordern im gleichen Atemzug auf, dass die versprochene wissenschaftliche Evaluation und auch die politische Unterstützung der Schule nicht entzogen werden. Dieser mangelnde – der nicht bewilligte Zubaubedarf in der Schule Rellinger Straße, empfinden wir, geht zulasten des Schulversuchs. Dieser Schulversuch muss ergebnisoffen begleitet werden. Das heißt, auch wenn zehn Jahre verstrichen sind und der Schulversuch sich als positiv entwickelt, herausstellt, möchten wir natürlich die Chance haben, dass dieser Schulversuch weitergehen kann.

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, dass die Grundschule Rellinger Straße unter den letzten 20 Nominierten für den Deutschen Schulpreis dieses Jahres ist wegen des außergewöhnlichen und guten pädagogischen Konzeptes. Und ich bitte den Senat, die Verantwortlichen, das zu berücksichtigen und sich den Schulversuch – den, Entschuldigung, den Schulentwicklungsplan unter diesen Aspekten noch einmal vorzunehmen und die Belange der Rellinger Straße an dieser Stelle zu berücksichtigen. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Wir haben in dem Stapel, habe ich gesehen, zu dem Stichwort Zubaubedarf und Schulversuch insgesamt sechs Wortmeldungen. Ich möchte niemandem von Ihnen das Wort abschneiden. Wenn es wiederkehrende Äußerungen sind, schließen Sie sich einfach kurz Ihrem Vorredner an, dann ist auch deutlich, welche Meinung Sie haben. Als Nächstes habe ich Frau Tanja Pott auf ...

(Abg. Robert Heinemann: Nein, das war sie!)

– Ach so, ach dann haben wir zwei Zettel, stimmt. – Dann habe ich Dr. Lawrence Cabac.

Herr Dr. Lawrence Cabac: Guten Abend. Ich möchte mich meiner Vorrednerin anschließen. Ich bin auch im Elternrat und meiner Vorsitzenden möchte ich direkt mich da anschließen. Ich wollte noch nur noch einmal sagen, dass die vier Container, die bisher auf dem Gelände stehen, ja eigentlich nicht ausreichen. Das wird abzusehen sein, dass im nächsten Schuljahr wahrscheinlich weitere vier hinzukommen. Der Platzbedarf auf dem Schulhof ist an den Grenzen angelangt und es besteht sowieso Zubaubedarf, weil die Räumlichkeiten für einen Ganzttag eigentlich so nicht gegeben sind, auch jetzt schon nicht.

Ich möchte auch noch mal darauf hinweisen, dass die Schule eine Entwicklung durchgemacht hat, also von ungefähr 150 Kindern noch vor einigen Jahren ist sie auf 350 Kinder im Moment angestiegen und es werden, dadurch, dass wir sechs Jahre lang fahren, wahrscheinlich über die Jahre auch noch erst einmal mehr werden, sodass wir mit 400 oder mehr Kindern rechnen müssen.

Ich finde es unwürdig, zehn Jahre lang Kinder in Container einzusperren. Ich weiß auch nicht, ob die Lehrer das wirklich gut motiviert und bitte und fordere eigentlich die Schulbehörde auf, dieses Konzept zu ändern und für einen Neubau oder Zubau zu sorgen.
– Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Frau Dorle Schicke hat sich als Nächstes zu Wort gemeldet.
– Frau Schicke, bitte.

Frau Dorle Schicke: Ich stimme einfach meinem Vorredner zu.

Vorsitzender: Also Frau Schicke schließt sich den Vorrednern an. – Frau Kerstin Schwegemann.

Frau Kerstin Schwegmann: Schwegmann.

Vorsitzender: Schwegmann.

Frau Schwegmann: Ich schließe mich auch meinen Vorrednern an.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Schwegmann. – Frau Katja Grosse aus dem Elternrat hat sich zu Wort gemeldet.

Frau Katja Grosse: Ich kann das nur wiederholen, ich schließe mich auch an.

Vorsitzender: Für das Protokoll, auch Frau Grosse schließt sich den Vorrednern an.

Dann kommen wir zur Schule Vizelinstraße, eine Meldung allerdings ohne Namen, Stichwort SEPL.

Frau Dagmar Luchs: Mein Name steht da eigentlich, Dagmar Luchs.

Vorsitzender: Sie haben das Wort.

Frau Dagmar Luchs: – Ich habe das Wort.

Dagmar Luchs, ich bin die Schulleiterin der Schule Vizelinstraße und ich spreche hier tatsächlich für das gesamte Kollegium und für die Eltern, denn wir sind uns absolut einstimmig darin, was wir gerne möchten, was den Schulentwicklungsplan anbetrifft.

Kurz zur Schule, die Schule Vizelinstraße liegt in Lokstedt an der Grenze sowohl zu Stellingen als auch zu Eimsbüttel. Wir sind eine Grundschule und haben den KESS-Faktor 2. Alle Schulen, die um uns herum liegen, alle Grundschulen, haben den KESS-Faktor 3 bis 6, Tendenz eher 6 als 3. Wir haben einen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund von circa 90 Prozent. Der Anteil der Kinder mit Paragraf 12, und das geht hoch bis Klasse 6, liegt diagnostiziert bei 12 Prozent, vermutet bei weiteren 6 Prozent. Wir bemühen uns seit, sage ich mal, seit fünf, sechs Jahren massiv darum, dieser Entmischung, auch wenn ich das Wort nicht besonders schön finde, dieser Entmischung entgegenzuwirken. Wir sind eine gebundene Ganztagschule geworden, wir sind wie die Rellinger Straße Schulversuchsschule „gemeinsames längeres Lernen bis Klasse 6 einschließlich“, wir bekommen Neubauten, was wunderbar ist, das Kollegium ist motiviert, sehr engagiert und trotzdem schaffen wir es nicht, dass wir die bildungsnahen Eltern wieder an uns binden.

Jetzt gibt es die große Chance von zwei Neubaugebieten. Das eine Neubaugebiet liegt wirklich in unmittelbarer Nähe der Schule, nämlich am Veilchenweg. Im Schulentwicklungsplan werden diese Neubauten auch genannt im Kontext mit der Döhrnstraße und der Vizelinstraße. Zunächst wird von Zubauten gesprochen, undifferenziert, und dann wird gesagt, dass die Döhrnstraße, sollten die Eltern dies wünschen, ihre Kinder dort anmelden können, selbstverständlich, und dass dann die Döhrnstraße auch Zubauten bekommt, obwohl unsere Schule nicht ausgelastet ist und obwohl wir ganz, ganz dringend die Durchmischung brauchen, und zwar für alle, nicht nur für die Kinder, die jetzt da sind, sondern für den gesamten Stadtteil.

Im Hamburger Bildungsbericht ist davon die Rede, dass es Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen gibt. Diese Disparität zeigt sich in einem einzigen Stadtteil und das, denke ich, ist absolut ungesund. Die Vizelinstraße ist eine Insel mit Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern mit Paragraf 12 und wir können uns auf den Kopf stellen, wir haben alles gemacht, was möglich ist, wir können es so nicht mehr schaffen. Wenn im Schulentwicklungsplan steht, dass die Döhrnstraße Zubauten bekommt und der Schulentwicklungsplan ist öffentlich, dann werden die Eltern an die Döhrnstraße gehen und

sagen, wir wollen unser Kind hier anmelden. Die Schule Vizelinstraße hat einen schlechten Ruf, worin auch immer der dann begründet ist, denn darauf können sie oft nichts sagen. Wir brauchen eine klare Aussage im Schulentwicklungsplan, dass die Eltern des Veilchenwegs, die eindeutig an der Schule Vizelinstraße orientiert sind, sich auch an diese Schule wenden, damit die Schule sich entwickeln kann, und zwar im Sinne des gesamten Stadtteils. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Wir springen zum Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium. – Herr Klaus Winckler hat sich zu Wort gemeldet.

Herr Klaus Winckler: Ja, ich bin Klaus Winckler vom Elternrat des Emilie-Wüstenfeld-Gymnasiums. Unsere Schule platzt im Augenblick buchstäblich aus allen Nähten. Wir haben in den letzten sieben Jahren die Schülerzahlen von unter 600 auf jetzt 920 erhöht. Wir hatten in den vergangenen zwei Jahren die höchsten Anmeldezahlen in Hamburg für Gymnasien und haben zwei Jahre lang statt vier Parallelklassen fünf Parallelklassen aufgenommen, weil wir eigentlich hofften, dass wir durch die Einführung der Primarschule etwas Entlastung haben würden. Das ist jetzt natürlich geplatzt und jetzt stehen wir also in einer Situation, die eigentlich so nicht mehr tragbar ist. Es ist die – im Keller die Hausmeisterwohnung zu Schulräumen umgewidmet worden, es sind Container aufgestellt worden, es ist auch von der Schulbehörde ein Zubaubedarf schon seit einiger Zeit festgestellt worden. Aber in dieser Situation haben wir jetzt im SEPL gelesen, dieser Zubaubedarf sollte befriedet werden, indem kreative Lösungen, steht das drin, ein etwas drolliger Ausdruck, kreative Lösungen zwischen der Bezirksversammlung Eimsbüttel und der Behörde gefunden werden sollten. Wir sind der Meinung, dass das ein Verfahren ist, also irgendwie wahrscheinlich Grundstücke, die da verschoben werden sollen, genutzt werden sollen, die dem Bezirk gehören. Wir können uns nichts Rechtes darunter vorstellen und wir bitten ganz dringend darum, dass der Zubaubedarf im Bestand möglichst umgehend geprüft wird. Es könnte zum Beispiel das Dachgeschoss ausgebaut werden, es könnte im zweiten Standort, den wir haben, die Container ersetzt werden durch beständige Bauten. Wir bitten, das in den SEPL mit aufzunehmen. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Wir wechseln wieder die Region. – Herr Christian Sube, Kreiselterrat 42 aus dem Elternrat der Albert-Schweitzer-Schule hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Herr Christian Sube: Ja, guten Tag, meine Damen und Herren. Ich bin oder habe drei Kinder in den Stadtteilschulen diverser Bereiche. Mein Problem ist, dass wir im Schulkreis Nord Ballungen von Stadtteilschulen in Langenhorn-Nord, sprich Fritz-Schumacher-Schule und Schule am Heidberg haben, die Albert-Schweitzer-Schule ist eine Schule mit besonderem pädagogischem Konzept. Die ist hier mit eingerechnet, für mich allerdings nicht als richtige Stadtteilschule erkennbar, weil wir unsere Schüler Klasse 1 bis 10 zusammen lernen lassen.

Die nächste Stadtteilschule ist die Stadtteilschule, die hier auch schon genannt wurde, die Heinrich-Hertz-Schule am Stadtpark. Es ist eine weitere Schule bei uns im Schulkreis genannt, Vertreter dieser Schule sind hier anwesend, die werden auch noch zu Wort kommen, die Stadtteilschule am Grellkamp in Langenhorn. Diese Schule wird im Schulentwicklungsplan plötzlich als Grund-, Haupt- und Realschule genannt, obwohl es diesen Terminus eigentlich gar nicht mehr gibt. Des Weiteren wird diese Schule seit Jahren als Auslaufmodell der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Problem: Die Stadtteilschulen in Langenhorn-Nord quellen über, der Raumbedarf dort ist immens. Andererseits gibt es eine Stadtteilschule, die im Terminus in der Schulöffentlichkeit bei uns als Auslaufmodell angesehen wird, wie es auch im Schulentwicklungsplan-Entwurf steht.

Ich bitte, den weißen Fleck, mein Standort ist Fuhlsbüttel, ich schicke einen Sohn zur Walddörfer-Stadtteilschule nach Volksdorf, zwei Kinder noch nach Klein Borstel an die

Albert-Schweitzer-Schule, für mich am Standort Fuhlsbüttel, gibt es im Umkreis, ist ein ganz großer weißer Fleck an Stadtteilschule. Die Forderung des Kreiselternrates, auch niederlegt, an die Behörde ist, die Stadtteilschule Langenhorn wieder als Stadtteilschule aufleben zu lassen, als Angebotsschule, als Stadtteilschule bekannt zu machen. Lassen Sie diese Schule weiterleben, dann gibt es auch wieder kürzere Wege für Stadtteilschulkinder in der Region Nord. – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Frau Sabine Dolle-Johannsen hat sich zu Wort gemeldet, Grundschule am Heidberg, Kita am Heidberg und Ähnliches.

Frau Sabine Dolle-Johannsen: Genau, guten Abend, genau, meine ganzen Ämter stehen ja auf dem Zettel drauf, das können Sie dem ja dann entnehmen. Ich möchte hiermit als Elternrätin für die Grundschule am Heidberg in Langenhorn den Aus- oder den Zubaubedarf im Schulentwicklungsplan beantragen. Die detaillierten Begründungen dafür liegen bereits in den verschiedenen Anträgen der Schulbehörde vor. Das würde jetzt hier zu weit führen und –

(Zuruf: Näher ans Mikro!)

– So besser?

(Zuruf: Noch näher ran!)

– So besser?

(Zuruf: Ganz dicht ran!)

– So besser?

(Zurufe: Ja, ja!)

– Noch mal von vorne? – Okay.

Als Mutter sehe – oder zur Erklärung, die Grundschule am Heidberg und die Stadtteilschule am Heidberg teilen sich ein Gelände und demzufolge auch die schulischen Räumlichkeiten sind untereinander aufgeteilt worden. Die sind jetzt in dem zweiten Schuljahr getrennt voneinander, die Grundschule und die Stadtteilschule am Heidberg, und ich persönlich als Mutter sehe im Hinblick darauf, dass die Grundschulen ja ganztagsverpflichtend werden sollen inklusive der Hortbetreuung, die ja aus dem Kita-Gutscheinsystem genommen werden soll und möglichst an die Schulen verlegt werden soll, sehe das eben sehr kritisch auch aufgrund des Platzbedarfes. Und deswegen möchte ich das noch einmal unterstützen, dass dieser Zubaubedarf oder Ausbaubedarf in den Schulentwicklungsplan aufgenommen wird, so wie ja auch an der Stadtteilschule am Heidberg. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Wir kommen noch einmal zur Stadtteilschule Langenhorn, Herr oder Frau Diercks hat sich zu Wort gemeldet. – Frau Diercks, bitte schön.

Frau Daniela Diercks: Schönen guten Abend, mein Name ist Daniela Diercks, ich komme vom Elternrat der Stadtteilschule Langenhorn und ich möchte Herrn Sube noch einmal recht herzlich danken auch, dass Sie da noch einmal für uns in die Bresche gesprungen sind. Wir sind zum wiederholten Male jetzt im Schulentwicklungsplan als Nicht-Anmeldeschule gemeldet worden beziehungsweise dieses Mal: Bei wiederholtem Verfehlen der Mindestzügigkeit wird die Rechtsfolge eintreten. Ich möchte das Gremium fragen: Wie sollen wir dann genug Schüler zusammenbekommen, wenn wir im Schulentwicklungsplan schon als Schule aufgestellt werden, wo Rechtsfolge eintritt? Es ist dermaßen schlimm für uns. Wie

soll die Sicherheit der Eltern da sein, wenn die Schüler in der fünften Klasse anmelden, wenn sie gar nicht wissen, ob diese Schule überhaupt weiterführt?

Die Fritz-Schumacher-Schule und die Heidberg-Stadtteilschule platzen aus allen Nähten. In dem Schulentwicklungsplan wird Zubau erforderlich, steht da mit drin, unsere Schule ist komplett da mit Lehrern und allem, was dazugehört. Warum sollen wir geschlossen werden, wenn andere Schulen aus allen Nähten platzen und da eher dann ein Zubau gefordert wird? Also das ist so – wir stehen mit einem riesen Fragezeichen da, seit drei Jahren bin ich jetzt an der Schule mit meiner Tochter und wir kämpfen seit drei Jahren für diesen Standort mit dem Elternrat, mit Herrn Bleckwedel, neuerdings mit Frau Beusse-Schlegel auch zusammen. Und wir stehen mit grauen Haaren da und wissen nicht, was wir machen sollen. Und ich möchte Sie bitten, unsere Schule weiterhin zu unterstützen, den Zubau, den Sie uns versprochen haben, auch umzusetzen und auch wirklich unseren Schulfrieden auch zu erhalten und dass unsere Schüler endlich in Ruhe lernen können, die Lehrer bei uns bleiben und nicht abwandern und wir wirklich weiter diese tolle Schule erhalten können. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Wir machen eine kleine Reise in den Osten Richtung Steilshoop, Wandsbek, Rahlstedt, da haben wir jetzt einige Wortmeldungen. Beginnen wir mit einer Wortmeldung zur Schule am See, Frau Ute Mordhorst, die Elternratsvorsitzende, hat sich zu Wort gemeldet. – Frau Mordhorst, bitte.

Frau Ute Mordhorst: Guten Tag, mein Name ist Ute Mordhorst, wie gesagt, ich bin Elternratsvorsitzende der Schule am See, einer in 2007 gegründeten Langformschule, die also noch am Aufwachsen ist, der zurzeit ein komplettes Gebäude für den Stadtteilschulzweig fehlt, die also keine eigenen Stadtteilschulräume hat und der im Grundschulbereich jetzt mittlerweile auch die Räume sensationell knapp werden. Geplant und gegründet worden ist die Schule am See aus einer Lehrerinitiative aus dem Stadtteil heraus, nachdem die Gesamtschule abgewickelt werden musste. Ziel war es, eine weiterführende Schule im Stadtteil zu erhalten und mit einer besonderen Lernform den Schülern sicherlich auch dieses etwas schwierigeren Stadtteils das Lernen zu erleichtern und sie zu guten Abschlüssen zu führen. Ein ganz wesentlicher Eckpfeiler in diesem Zusammenhang war und ist, dass Lehrer und Schüler auf engem Raum zusammen unterrichtet werden, nämlich auf einem Schulgelände, auf dem ehemaligen Grundschulgelände am Borcherring. Dadurch soll die soziale Kompetenz der Schüler aufgebaut und gestärkt werden. Im Zusammenhang dieser Planungen ist eine Elternbefragung vorgenommen worden, aus der hervorging, dass die Eltern uns gerne ihre Schüler für diesen weiterführenden Schulzweig zur Verfügung stellen, sofern wir die Schüler nicht auf dem Gelände der ehemaligen Gesamtschule, heute Bildungszentrum genannt, beschulen.

Unter diesen Voraussetzungen ist 2007 der Stadtteilschulzweig der Schule am See von der Schulbehörde genehmigt und die Schule gegründet worden. Seit August 2010 müssen wir ab Klasse 6 die Schüler nun doch im Bildungszentrum mit beschulen, weil durch die verschiedenen schulpolitischen Entwicklungen der Neubau des Stadtteilschulgebäudes immer wieder verzögert worden ist. Diese Situation im Bildungszentrum stellt sich für uns so dar, dass die Einteilung der Räumlichkeiten nicht nur für unser spezielles Lernkonzept nahezu ungeeignet ist, nein, wir haben in dem uns zur Verfügung stehenden Trakt zurzeit auch keine Räume mehr, wir wissen also zum Beispiel nicht, wie wir im Sommer die kommenden sechsten Klassen dort in Klassenräumen unterbringen sollen. Allein der Rückbau einiger in 2010 aufwendig und kostspielig eingerichteter Fachräume könnte Klassenraumplatz schaffen. Dann fehlen uns aber für die weiterführenden Klassen wieder die Fachräume.

Im Grundschulbereich sieht es so aus, dass durch die Gesamtplanung eines Neubaus für den Stadtteilschulbereich alle Umbauten und Sanierungsmaßnahmen gestoppt worden sind

mit der Bemerkung, das machen wir dann alles zusammen. Wir sind seit gut vier Jahren wieder KESS-1-Schule und haben jetzt schon Container auf dem Gelände stehen, das heißt, kaum Schulhofplatz, und werden im Sommer voraussichtlich Probleme bekommen mit der Klassenraumsituation, wenn wir wie zu erwarten vier erste Klassen neu dazubekommen werden.

Bis Anfang 2011 war vonseiten der Schulbehörde immer wieder klar signalisiert worden, ihr bekommt diesen Stadtteilschulbau auf eurem Gelände, das liegt uns schriftlich vor, dass das Geld für den Bau genehmigt worden ist, und dann war plötzlich Ruhe. Wir hörten gar nichts mehr. Wir haben daraufhin – wir haben dann im Sommer 2011 aus der Antwort auf eine Kleine Schriftliche Anfrage von Herrn Heinemann erfahren, dass in der Schulbehörde sämtliche Planungen gestoppt sind, weil die Anmeldezahlen für unsere fünften Klassen so desaströs sind. Das stimmt, das sind sie tatsächlich. Nur, wenn man jahrelang die Eltern vertrösten muss und sagen muss, wir müssen abwarten, wir wissen nicht, wie es weitergeht, es gibt Übergangslösungen, und auch ein klares Votum der Eltern im Stadtteil hat, bitte nicht auf dem ehemaligen Gesamtschulgelände, und wir die Schüler dann doch dorthin geben müssen, dann ist das aus unserer Sicht kein Wunder, wenn die Anmeldezahlen zurückgehen. Inzwischen geht es sogar so weit, dass uns die Schüler signalisieren, wie sagte ein Viertklässler letztens zu mir: „Weißt du, ich möchte an einer ganzen Schule unterrichtet werden.“ Ich kann ihm da nur zustimmen, würde ich auch gerne wollen in seiner Situation.

Im Entwurf des Schulentwicklungsplanes ist jetzt im Begleittext zu lesen, dass die Schulbehörde eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben hat, in der zügig zwei Varianten einander gegenübergestellt werden sollen. Die komplette Umgestaltung des Bildungszentrums, damit der Stadtteilschulzweig dort untergebracht werden kann, gegenüber dem Neubau auf dem ehemaligen Grundschulgelände am Borcherring. Leider haben wir bis heute nicht einmal ein Zwischenergebnis, wie weit es mit dieser Machbarkeitsstudie gediehen ist, trotz diverser Nachfragen von uns. Das heißt, wir gehen jetzt nächsten Sonnabend in den Tag der offenen Tür bei uns, ohne den Eltern sagen zu können, wie geht es für uns weiter. Wir gehen in die Anmelderunde, ohne erklären zu können, wie die Entwicklung für unsere Schule weiterlaufen wird. Aus meiner, aus unserer Elternsicht, darf diese Unsicherheit nicht so weitergehen. Wir müssen davon ausgehen, dass die Anmeldezahlen wieder dramatisch schlecht werden, weil die Eltern auf Nummer sicher gehen werden.

Ich finde aber, es geht hier nicht mehr nur um den Bestand des Stadtteilschulzweiges unserer Schule, sondern es geht um die Entwicklung eines Stadtteils, nämlich Steilshoop, der immer wieder als besonders förderungsbedürftig empfunden worden ist. Eine Abwanderung der Schüler an umliegende weiterführende Schulen außerhalb des Stadtteils wird zu gravierenden Veränderungen in der gesamten Stadtteilstruktur führen. Das hat der Lenkungsausschuss, Entschuldigung, das muss ich ablesen, Innovationsquartier Steilshoop, Ihnen, Herr Senator Rabe, im Herbst in einem Brief schon mitgeteilt, und die haben, das ist ein Zusammenschluss der Vermieter Steilshoops, die signalisiert haben, dass solange die Situation um diese weiterführende Schule unklar ist, sie ihre Gelder, die Steilshoop und der Entwicklung Steilshoops zugutekommen sollen, einfrieren werden. Jetzt, Anfang der Woche, hat der Stadtteilbeirat in Steilshoop noch einmal zusammengefasst, dass der gesamte Stadtteil hinter dieser ursprünglich geplanten weiterführenden Schule steht und welche Sorgen sie sich machen, wie das für Steilshoop und für die Jugend in Steilshoop weitergehen soll.

Lassen Sie bitte nicht zu, dass ein Projekt, das aus einem solchen Stadtteil heraus, nämlich aus einer Lehrerinitiative entstanden ist, jetzt aufgrund der Wartezeit und des Vertrauensverlustes bei den Eltern im Grunde genommen zum Scheitern verurteilt ist. Sorgen Sie bitte dafür, dass im Schulentwicklungsplan klar geregelt ist, dass Steilshoop eine weiterführende Schule auf dem Gelände am Borcherring erhält mit einem angemessen

großen Gebäude für den Stadtteilschulzweig und dass wir für einen Zeitraum bis mindestens ein Jahr nach Nutzung dieses Gebäudes von der Mindestzügigkeit befreit sind, damit wir genauso viel Zeit haben, das Vertrauen der Eltern wieder aufzubauen, wie es jetzt im Laufe der letzten Jahre kaputt gegangen ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Frau Angela Bolte hat sich zu Wort gemeldet zur Situation im Schulkreis 19. – Frau Bolte, bitte.

Frau Angela Bolte: Guten Abend, mein Name ist Angela Bolte, Bürgerin der Stadt Hamburg, aber auch zurzeit kommissarische stellvertretende Schulleiterin der Grundschule Altrahlstedt. Ich bin gebeten worden von meinem Elternrat, heute die Interessen der Grundschule Altrahlstedt auch zu vertreten, weil die leider alle terminlich verhindert sind.

Der Elternrat hatte mich eigentlich beauftragt, Dinge anzusprechen wie Inklusion, zusätzliche Raumbedarfe. Ich denke, dass das hier ausreichend heute auch schon thematisiert wurde, und ich glaube, das würde jetzt zu lang werden, wenn ich das jetzt noch einmal alles anspreche. Ich würde ganz kurz gern etwas zu unserer speziellen Schulsituation zu sagen, beziehungsweise auch zur Situation der Stadtteilschule Altrahlstedt.

Die Grundschule Altrahlstedt hat es im letzten Jahr noch gar nicht gegeben. Wir waren eine Grund-, Haupt- und Realschule von der Vorschulklasse bis zur zehnten Klasse mit einer Schulleitung. Im Rahmen der Schulreform wurde beschlossen, zum Sommer 2010 die Grundschulabteilung dieser Grund-, Haupt- und Realschule zu schließen. Das war für uns schon ziemlich traurig, aber wir hatten zumindest dann endlich eine Perspektive, nachdem jahrelang es nicht klar war, wohin es denn geht.

Die bestehenden Grundschulklassen wurden der Nachbarschule Brockdorffstraße zugeordnet, die Kollegen sind mit an die Nachbarschule gewandert. Dann kam es dazu, dass die Schulreform gescheitert ist und, nachdem wir sechs Wochen mit dieser Nachbarschule fusioniert waren, haben wir erfahren, dass diese Fusion nicht rechtens ist und dass wir die Chance haben, jetzt eine eigenständige Grundschule zu werden. Beide Schulkonferenzen durften abstimmen über eine Fusion oder über eine Trennung und beide Schulkonferenzen haben deutlich abgestimmt, dass sie eine Trennung wünschen. Wir sind zurzeit an der ehemaligen Zweigstelle der Grund-, Haupt- und Realschule, das ist der Standort Brockdorffstraße 2, wir haben ganze sechs Klassenräume und noch einen Bewegungsraum.

Die Stadt hat viel Geld investiert, dafür bedanken wir uns auch. Wir haben inzwischen ein Schulleiterzimmer und auch ein Büro für unsere Sekretärin.

(Zuruf)

– Ja, das ist für uns schon ganz viel wert, das muss man sagen. Es war am Anfang sehr schwierig.

Uns wurden aber auch wirklich gute Voraussetzungen für eine Grundschule versprochen. Wir haben damals gefragt, wie sollen wir auf diesem Standort eine Grundschule hochziehen, und es wurde gesagt, dass, wenn das Votum so ist, dass die Behörde die Voraussetzung schaffen wird. Die Kollegen haben sich zusammengetan und haben gesagt, wir wollen eigenständig sein. Das ist noch ein Vorteil, es hat zu einer ganz engen Zusammenarbeit im Kollegium geführt und zu einem ganz engagierten Elternrat. Also alle ziehen wirklich an einem Strang. Wir hätten uns im SEPL jetzt einen eigenen Standort gewünscht, der wurde uns am Anfang einmal eventuell in Aussicht gestellt, es ist jetzt anders gekommen. Im Schulentwicklungsplan steht, dass wir uns vier Räume von der Stadtteilschule Altrahlstedt leihen müssen. Ich denke, dass es zu dieser Entscheidung gekommen ist, weil es all die Jahre als Grund-, Haupt- und Realschule auch so war, dass wir uns von diesem Standort

vier Klassen leihen müssen. Ich möchte aber bedenken, dass wir damals eine Schule waren, und damals war es einfacher, sich vier Räume von der Nachbarschule zu leihen. Jetzt sind wir zwei Schulen und ich bitte auch zu bedenken, dass die Anforderungen an Schulen andere jetzt sind als früher, weil, wir müssen auch in die Richtung ganztägige Betreuung beziehungsweise auch Ganztagschule denken.

Und es fällt uns auch schwer, das wurde eben angesprochen, beim Tag der offenen Tür, dass man manchmal da steht und nicht weiß, in welche Richtung es geht, und dass es schwerfällt, für die eigene Schule Werbung zu machen. Wenn man bei uns auf den Schulhof kommt, ein sehr kleiner Standort mit einem Schulgebäude vom Anfang des 20. Jahrhunderts und einem Pavillon, der eigentlich nur fünf Jahre da stehen sollte, aber jetzt schon wesentlich länger da steht, ist es schwer, Werbung für unsere Schule zu machen, weil, viele Eltern kommen auf den Schulhof und denken: Oh Gott, wie alt ist denn diese Schule? Trotzdem haben wir noch Anmeldezahlen und wir sind auch stolz darauf, aber wir möchten doch gucken, dass wir auch Chancen haben, im Vergleich mit den Nachbarschulen auch gute Voraussetzungen zu haben, die auch konkurrenzfähig sind.

Und wir haben dem Schulentwicklungsplan im Prinzip zugestimmt, wir können uns auch vorstellen, vier Räume von der Nachbarschule zu bekommen, das sieht die Stadtteilschule, glaube ich, anders, dass es schwer ist, uns diese Räume abzugeben. Wir haben noch nicht in unserer Stellungnahme geschrieben, ob es nicht auch bedenkenswert ist, auf dem gegenüberliegenden Grundstück, was der Stadt schon gehört, noch einmal über eine Investition eines Neubaus nachzudenken, statt viel, viel Geld in die Investition an diesem alten Standort zu stecken, ob das eventuell noch eine Möglichkeit ist.

Und dann noch eine Sache. Wir hatten eine Schulbegehung, wie eine mögliche Kantine auf unserem Schulgelände sein kann. Wir haben dann zwei Architektenentwürfe bekommen. Der eine wurde leider gar nicht bei uns besprochen bei der Begehung und sieht gar nicht, dass wir dadurch den sowieso schon viel zu kleinen Schulhof noch viel kleiner machen. Also ich möchte bitte zu bedenken geben, dass man die Auslauffläche für die Schüler bitte nicht noch kleiner macht, als sie sowieso schon ist. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Aus dem Elternrat der Stadtteilschule Altrahlstedt hat sich Frau Astrid Klupsch zu Wort gemeldet. – Frau Klupsch, bitte.

Frau Astrid Klupsch: Schönen guten Tag, mein Name ist Astrid Klupsch, Elternrat Stadtteilschule Altrahlstedt. Ich bin einmal, ja, als Elternrat hier, aber auch als Mutter, das möchte ich betonen, damit es nicht irgendwelche falschen Vorstellungen vielleicht gibt.

Zum Elternrat, also ich muss sagen, Frau Bolte, Sie haben vollkommen recht, wir waren eine Grund-, Haupt- und Realschule, wir waren alle sehr glücklich damals auch, weil, es ging vom Platz her alles, aber was jetzt im SEPL steht, damit können wir uns leider überhaupt nicht einverstanden erklären, und zwar gesamte Schule, Stadtteilschule Altrahlstedt, Schulleitung, Elternschaft, Schülerschaft. Wir möchten eine Stadtteilschule für uns, wo nur wir ab Klasse 5 sind. Sollten wir die Grundschule wieder aufnehmen, jetzt mit vier Räumen, wo sie vorher nur drei Räume hatten, würde das für uns bedeuten, wir müssten noch viel mehr Schüler an einen anderen Standort bringen, weil wir einfach unsere eigenen Schüler gar nicht mehr unterbringen können. Wir haben jetzt schon unsere gemeinsame Oberstufe mit der Stadtteilschule Oldenfelde nach Meiendorf auslagern müssen, wo wir gar nicht zu gefragt worden sind, das ist uns einfach auferlegt worden. Und das ist nicht gerade um die Ecke von Altrahlstedt nach Meiendorf. Und von daher möchten wir einen einzigen Standort eigentlich, und zwar Am Friedhof 14 a. Wir haben jetzt im SEPL auch unseren Standort 14 a halten können, das finden wir schon mal sehr lobenswert. Gleichzeitig haben sie uns im Moment auch die Kielkoppelstraße zugesprochen, weil wir dort schon unsere Sporthalle außerdem haben, wo die Kinder täglich hin- und herlaufen, also von einem Standort zum nächsten, 1,2 Kilometer. Welchen Standort wir noch mal dazu kriegen, ja, das steht in den Sternen. Ich

glaube auch nicht, dass wir wirklich dazu gehört werden und unsere Meinung wirklich dazu gefragt ist. Aber ganz klar ist, die Grundschule passt einfach nicht mehr auf unser Gelände. Wir haben zu wenig Platz auch für die Pausen. Wir haben keine Kantine. Wie soll es werden, wenn die Grundschule Ganztagschule ist, wir aber noch nicht? Das sind einfach Dinge, die passen nicht zusammen.

Wir möchten eine Stadtteilschule ab Klasse 5 mit höchstwahrscheinlich einem zweiten Standort und da kommt jetzt meine ganz persönliche Meinung dazu, da sollte man doch darauf achten, wo denn dieser zweite Standort ist innerhalb Rahlstedts, damit die Schüler einen Bezug noch zu ihrem eigentlichen Standort, Am Friedhof 14 a, behalten. Und ich weiß auch nicht, wie es eigentlich ist. Müssen die Schüler dann pendeln, wenn sie, keine Ahnung, in Standort A sind, müssen sie dann immer noch wegen Fachräumen vielleicht doch zum „Am Friedhof“ laufen oder ist alles dann am Standort A oder am Standort B? Oder vielleicht gibt es noch einen Standort C, ich weiß es ja nicht.

Also uns ist wichtig, ganz klar, Grundschule, nein, es geht nicht, auch leider nicht mit der Sporthalle, die wird nämlich immer noch von der Grundschule benutzt, weil wir ab Klasse 5 jetzt ja auch Paragraf-12-Kinder haben, auch Autisten, und die können wir nicht alleine von Am Friedhof zur jetzigen Kielkoppelstraße schicken, das möchte ich doch auch zu bedenken geben. – Schönen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Wir kommen zum Matthias-Claudius-Gymnasium. – Frau Gabriele Ramm aus dem Elternratsvorstand, bitte.

Frau Gabriele Ramm: Ja, schönen guten Abend, Gabriele Ramm, Elternratsvorstand Matthias-Claudius-Gymnasium in Wandsbek. Im Vorwege des Schulentwicklungsplans gab es Überlegungen, die Oberstufen von Matthias-Claudius-Gymnasium und Charlotte-Paulsen-Gymnasium zusammenzulegen. Elternschaft, Kollegium, Schüler haben dagegen protestiert und wir konnten mit der Behörde Gespräche führen, die dazu geführt haben, dass diese Überlegungen ad acta gelegt wurden und auch so im SEPL festgelegt wurden. Von daher sind wir damit sehr zufrieden, was im SEPL steht.

Wir möchten hier diese Gelegenheit noch einmal nutzen darauf hinzuweisen, dass wir uns von der Stellungnahme der Elternkammer distanzieren. Die Elternkammer hatte geschrieben in ihrer kürzlich veröffentlichten Stellungnahme, dass sie eine Auslagerung befürworten würden. Das ist in keiner Weise mit uns abgesprochen. Aus der Elternkammer war meines Wissens niemand vor Ort, hat sich das angeschaut, von daher, bitte, ...

(Zuruf: Was?)

... können wir daran nur appellieren: Ignorieren Sie diese Stellungnahme. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ein kurzes, klares Statement. – Gleich in der Nachbarschaft das Charlotte-Paulsen-Gymnasium, Herr Frank Galow aus dem Elternrat hat sich zu Wort gemeldet. – Herr Galow, bitte.

Herr Frank Galow: Moin, das trifft sich gut. Bin ich verständlich? Ich denke ja. Also, mein Name ist Frank Galow, ich bin Vorsitzender des Elternrates des Charlotte-Paulsen-Gymnasiums. Wie meine Kollegin Gabriele Ramm schon gesagt hat, gab es Überlegungen, eine gemeinsame Oberstufe einzuführen an einem dritten Standort. Elternschaft hat sich dagegen ausgesprochen. Wir haben mit dem Senator, mit der Schulbehörde, einen sehr offenen, sehr teilweise auch kontroversen Dialog geführt, aber in der Ergebnis... oder in der Sachlage einen sehr offenen, ergebnisoffenen Dialog.

Wir haben zusammen mit den Bezirksabgeordneten im Bezirk Wandsbek einen Runden Tisch gehabt. Wir haben also uns sehr, sehr intensiv mit den Kollegen hier

auseinandergesetzt. Wir haben eine große Unterstützung erfahren hinsichtlich des Ausbaus der Schulen an ihren jeweiligen Standorten, etwas, was wir im Schulentwicklungsplan wiederfinden, wo wir auch als Elternrat sagen müssen, die Schüler- oder die Elternarbeit hier an dieser Stelle zeigt einfach Wirkung. Es ist etwas passiert, es ist etwas im Dialog gewesen, wo man sagen muss, das ist sehr schön, das ist sehr angenehm, dass hier offener Meinungs austausch und Ergebnisoffenheit möglich ist. Das begrüßen wir ausdrücklich. Deswegen die Stellungnahme zum Schulentwicklungsplan von unserer Seite aus positiv. Wir finden den Wortlaut so, wie er ist, ganz okay.

Auch hier von unserer Seite aus, wir sind ein bisschen irritiert über die Stellungnahme der Elternkammer, muss man ganz klar sagen, weil die nicht in diesem Prozess dabei waren. Wir sehen unsere Elternarbeit hier so ein bisschen als von einem anderen Gremium beurteilt dann, wo man sagen muss, das ist jetzt irgendwie eine Stellungnahme, die wir nicht nachvollziehen können. Deswegen bitten wir Sie, diesen Punkt der Stellungnahme ST, ich glaube, 610 war das, von der Elternkammer, bitte zu ignorieren, die vertreten derzeit nicht, zumindest nicht die Elternschaft des Charlotte-Paulsen-Gymnasiums und, wie Sie eben von Frau Ramm gehört haben, auch, denke ich, nicht die Elternschaft des Matthias-Claudius-Gymnasiums. Ansonsten, der Schulentwicklungsplan so in der vorliegenden Form, den finden wir gut, den würden wir gerne so beschlossen sehen.
– Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Die Elternkammer hat ja gestern einen neuen Vorstand gewählt, sodass, ich denke, da hier auch die Stellungnahmen des Elternrates vor Ort durchaus Gewicht behalten.

Um jetzt einen Bogen über Niendorf in den Hamburger Westen schlagen zu können, springen wir noch einmal nach Bergedorf. Auch dort gibt es Anmerkungen, Kritik, ich weiß es noch nicht. – Frau Kleenworth hat sich zu Wort gemeldet vom Luisen-Gymnasium.

Frau Kerstin Kleenworth: Guten Abend. Ich bin einfach nur als Mutter hier von meinen Kindern vom Luisen-Gymnasium, dem Senator sehr gut bekannt, weil es seine alte Schule ist. Und uns wurde, also wir platzen auch schon aus allen Nähten, wie Sie wissen, und uns wurde jetzt zugesagt eine Vier- bis Fünfzügigkeit, wir sind im Moment drei- bis vierzügig. Ich würde gerne wissen, wie das geplant ist, da wir auch keine – also die Kantine reicht jetzt schon nicht aus, Platz ist nicht da für weitere Klassen, und wie sich das jetzt genau gestalten soll in Zukunft. Das war es schon.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Wir machen uns auf nach Niendorf. Aus dem Elternrat der Grundschule im Sachsenweg hat sich Herr Christian Martens gemeldet. – Herr Martens, bitte.

Herr Christian Martens: Ja, ich darf den Elternrat der Schule Sachsenweg vertreten und die Lehrerschaft. Zur Schule Sachsenweg muss man sagen, dass wir eine Grund-, Haupt- und Realschule waren, die sozusagen aufgeteilt wurde, jetzt in eine Grundschule und in die Stadtteilschule. Das hat für die Grundschule einiges an Folgen. Es ist so, dass der Raumbedarf der Schule schon zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausreichend ist. Für die Lehrer fehlen Arbeitsplätze, wir haben kein – geteiltes – müssen uns derzeit das Lehrerzimmer teilen, für einen Beratungslehrer ist kein Platz. Auch die zweite Vorschulklasse hat keinen Raum. Wir haben derzeit zehn Klassen und elf Räume. Der elfte Raum ist ein Sachkunderaum und dann gibt es noch eine Abstellkammer für die Sachraumaufbewahrung. Das ist einfach jetzt schon viel zu wenig.

Da stellen wir uns die Frage, wie es dann aussehen soll, wenn wir 2013/2014 zur GBS-Schule werden, also da muss unbedingt nachgesteuert werden, da muss der Raumbedarf aufgestockt werden. Wir würden uns sogar schon über einen Container freuen, sodass überhaupt eine Art von Binnendifferenzierung möglich wäre. Noch heftiger wird es im GBS

halt, wenn wir das Kurssystem einführen wollen. Wo sollen diese Kurse durchgeführt werden?

Wo ich dann beim Thema GBS bin, darf ich als Vertreter der Gruppe, Vernetzungsgruppe GBS sagen, dass wir uns viel Gedanken über das Thema GBS machen und dort viele Punkte gefunden haben, die für uns noch unzureichend sind, wo wir meinen, dass dringend nachgesteuert werden muss. Ein Punkt ist halt dieser Raumbedarf, der betrifft wahrscheinlich nicht nur unsere Schule, sondern auch andere Schulen. Als Unterpunkt zum Thema Räume zählt sicherlich das Thema Kantine. Viele Schulen haben keine Kantine. Die Frage ist zum Beispiel auch für unsere Schule: Wie wird es 2013/2014 aussehen, wo sollen die Kinder essen? Sollen die in der Aula essen oder in einem Klassenraum? Das fänden wir sehr unbefriedigend. Wir stellen uns auch die Frage, wo das Betreuungspersonal eigentlich herkommen soll. Bereits jetzt ist die Situation so, dass es kaum ausreichend Erzieher in Hamburg gibt, all die qualifizierten Erzieher sind vom Markt. Wo sollen die GBS-Schulen ihr Personal herbekommen?

Zudem stellt sich dann durchaus die Frage, warum es nötig ist, sozusagen die Horte jetzt sozusagen schon abzubauen, ob man hier nicht auf Entschleunigung setzen sollte und sagen sollte, wir lassen das System noch ein bisschen weiterlaufen, sodass Zeit ist für eine vernünftige Umstellung, Stichwort Entschleunigung. Gerade in den Bereichen, wo der Bedarf an einer ganztägigen Betreuung ist und keine Horte sind, gerade in diesem Bereich wäre es wünschenswert, wenn dort das GBS-System forciert würde. In den anderen Bereichen sehe ich das nicht ganz so notwendig, wo eine Hortbetreuung gewährleistet wird.

Worauf wir alle warten, um die GBS-Schulen auch besser machen zu können, ist die Evaluation der Pilot- und Modellschulen. Da ist die Frage: Wo sind die Ergebnisse? Sie sind schon relativ lange versprochen worden, wir haben sie bis heute nicht bekommen. Das finden wir sehr bedauerlich. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Wir machen uns auf in den Hamburger Westen und fangen an mit Osdorf. Dort gibt es zum Umzug der Stadtteilschule Goosacker eine Wortmeldung von Herrn Fred Meier. – Herr Meier, bitte.

Herr Fred Meier: Ja, guten Abend. Im Vorwort, ich bedauere Sie eigentlich, dass alle diese Wortmeldungen, die hier gekommen sind, dass Sie das überhaupt alles verarbeiten können, das frage ich mich, wie das da überhaupt läuft, also das als Anmerkung.

(Zurufe)

Ich möchte auch nicht jetzt noch einmal wieder einstimmen über die Raumnot und dergleichen mehr. Alles das ist schon gesagt. Wir sehen Parallelen zu anderen Schulen an unserer Schule, ich bin dort Lehrer und das ist alles gesagt. Nur, was wir kritisieren, ist die Informationspolitik, wie das überhaupt mit dem Umzug und der Zeitschiene aussieht. Als konkreten Hinweis, wir sind die Stadtteilschule Goosacker, wir sollen in die H6 umziehen, das ist etwa 3 bis 4 Kilometer entfernt. Lehrer, Eltern aber auch Schüler sind verunsichert, wann dieses stattfinden wird.

Noch heute Morgen habe ich ein Gespräch geführt mit unserer Schulrätin, die sagte uns, dass das zwar nicht zum Sommer sein wird, aber es wird sicherlich ziemlich bald sein. Wenn man aber weiß, dass der Schulentwicklungsplan der Berufsschulen noch gar nicht aufgestellt ist, das heißt, die werden die ersten Beratungen, soweit es mir bekannt ist, jetzt im Frühjahr haben mit Verabschiedung vielleicht zum Ende des Jahres, dann fragen wir uns: Wann ist denn überhaupt der Umzug möglich für unsere Schule?

Wir sind sehr verunsichert, zumal wir auch die Anmeldezahlen jetzt noch nicht vorliegen haben, aber die Eltern fragen natürlich nach: Kann mein Kind bei Ihnen noch weiter zur

Schule gehen oder muss es demnächst eventuell von Iserbrook bis nach Klein Flottbek fahren? Also Kritik von uns, die Zeitschiene ist nicht deutlich, wann dieser Umzug stattfinden wird. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Herr Olaf Tonzel hat sich auch zur Stadtteilschule Goosacker oder zur Schule Goosacker gemeldet. – Herr Tonzel.

Herr Olaf Tonzel: Guten Abend, ich kann mich da meinem Vorredner nur anschließen. Wir warten auf eine terminliche Entscheidung. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Als Nächstes hat sich Herr Aleksander gemeldet aus dem Kreiselternrat 22.

Herr Andreas Aleksander: Ja, schönen guten Abend, Aleksander mein Name, ich bin der Vorstand im Kreiselternrat 22. Das umfasst den Bereich 5 und 6 vollständig und teilweise 7, auch die Stadtteilschule Goosacker und auch die dort ansässige Grundschule Goosacker.

Erst einmal möchten wir ganz positiv hervorheben, dass keine weitere Schule geschlossen werden soll, sondern ganz im Gegenteil, dass sogar derzeit noch als Dependance geplant eine Stadtteilschule neu eröffnet wird oder wurde, besser gesagt, mit der Aussicht, dass sie in voraussichtlich drei Jahren sogar eigenständige Stadtteilschule in Rissen werden könnte.

Dem steht aber – das bewirkt eine gewisse Entlastung für die Stadtteilschule Blankenese in der Frahmstraße, das ist sehr schön und sehr willkommen, dem steht aber leider der Wegzug der Stadtteilschule Goosacker wieder negativ entgegen, sodass die Entzerrung, die in dem Bereich entsteht, leider nicht aufgefangen wird, sondern wieder verschärft wird, was wir wieder sehr bedauern.

Zu der ganzen Problematik, die bei uns im gesamten Kreisbereich mit der Raumnot existiert, möchte ich auch nicht viel drüber sagen. Das betrifft ja wohl so ziemlich ganz Hamburg mehr oder minder, so auch bei uns über die Hälfte aller Schulen, die bei uns in unserem Schulkreis liegen. Ja, das war es eigentlich auch schon, das ist das ganz Wichtige. Ansonsten kann ich nur auf unsere Stellungnahme verweisen, die neun Seiten umfasst und eigentlich recht detailliert ist. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Aleksander. – Wir gehen noch ein bisschen weiter nach Westen zum Gymnasium Rissen, da haben wir zwei Wortmeldungen. – Die eine ist von Herrn Rolofs aus dem Elternrat.

Herr Reinhard Rolofs: Ja, guten Abend allerseits, ich danke auch für die Geduld der großen Runde hier und auch an die Eltern. Ich bin Elternratsvorsitzender vom Gymnasium Rissen, ich habe selbst drei Kinder, die schon im Gymnasium dort waren, einer ist schon durch glücklicherweise. Und es geht mir heute darum eigentlich, ganz kurz zu berichten, dass wir in Rissen eigentlich eine gute, gewachsene Landschaft von Schulen haben, ein Gymnasium, zwei Grundschulen und über Jahrzehnte auch eine Realschule, die aber heute im Moment nicht mehr da ist.

Sie sollten wissen, dass das Gymnasium sehr gut angenommen wird vor Ort. Es ist ein attraktives Gymnasium, ein gutes Profil. Die Leute melden gerne ihre Kinder bei diesem Gymnasium vor Ort an. Wir würden gerne wissen, dass das auch erhalten bleibt, sehen das aber im Moment als Risiko an, da bestimmte Standortentscheidungen für eine zusätzliche Stadtteilschule in diesem Rissener Bezirk notwendig wird, was wir unterstützen, denn es gibt natürlich 20 bis 30 Prozent von Kindern in unserem Stadtteil, die auch nicht zum Gymnasium gehen. Insofern begrüßen wir, dass eine Stadtteilschule als Dependance von Blankenese in Rissen angesiedelt werden soll.

Was für uns Rissener leider nicht verständlich ist, dass also gleich zu Beginn, nämlich vor anderthalb Jahren, das war sogar Ende 2010, immer der Standort des Gymnasiums Rissen als möglicher Standort auch für die Stadtteilschule gesehen wird. Das ist nicht zu verstehen, weil die Realschule, von der ich vorhin gesprochen hatte, stets an der Grundschule Iserberg angesiedelt war und dort auch die Räumlichkeiten heute noch vorhanden sind, inklusive Fachräume.

Wir haben uns sehr frühzeitig vom Elternrat und auch von der Schulkonferenz her gemeldet beim Senator, Herrn Rabe, und haben versucht, zu einem Gespräch zu kommen. Leider haben Sie es selber nicht geschafft, Herr Rabe, wir haben mehrfach mit Herrn Rosenboom gesprochen, aber nicht inhaltlich, sondern nur zum Prozedere. Wir haben jetzt im Moment leider Gefahr im Verzug, weil nämlich die Deputation jetzt zum 1. Februar 2012 gefragt wird, bereits zu entscheiden zum Standort, und wir würden ganz gerne sicherstellen, dass, bevor eine Entscheidung wirklich zum Standort in Rissen stattfindet, Herr Rabe, Sie doch bitte einmal die Schulkonferenz besuchen. Machen Sie sich kundig und sprechen Sie mit uns, damit Sie verstehen, dass wir als Eltern vor Ort nicht verstehen, wieso eine Entscheidung in diese Richtung getrieben werden kann. Wir haben vor einem Dreivierteljahr Ihnen persönlich einen öffentlichen Brief geschrieben mit Hunderten von Eltern unterschrieben, Sie haben leider nicht durch Ihr Senatsbüro reagiert. Wir haben auch gemeinsam mit der Schulkonferenz eine Stellungnahme einstimmig an den Senat geschickt. Wir wissen nicht, wo das aufgenommen wurde oder ob darauf reagiert wurde, insofern bin ich ganz froh, dass hier eine öffentliche Sitzung jetzt ist, um das noch einmal kundig zu machen. Wir haben auch in Altona in dem Hauptausschuss Sie einstimmig durch alle Fraktionen gebeten, bei uns sich vor Ort kundig zu machen. Leider ist daraus nichts geworden, weil nur Herr Rosenboom erneut das Übliche geantwortet hat.

Ich bitte Sie daher erneut, kommen Sie zu uns in den Ort, wir begrüßen Sie herzlich, in Rissen mit uns zu sprechen. Machen Sie sich kundig. Es wird hier eine falsche Entscheidung vorbereitet und wir würden Sie sehr herzlich begrüßen, um mit uns sachlich darüber zu sprechen. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Frau Dr. Steffens hat sich zum Thema Gymnasium Rissen auch zu Wort gemeldet. – Frau Dr. Steffens, bitte.

Frau Dr. Kaja Steffens: Ja, guten Abend, herzlichen Dank, dass ich die Gelegenheit bekomme, hier zu sprechen. Dasselbe Thema bewegt seit dieser Zeit auch die Bezirksversammlung. Dort haben wir natürlich Gelegenheit, unter uns zu sprechen, in der Politik. Trotzdem möchte ich als Bürgerin ganz gerne noch einmal die Gelegenheit wahrnehmen, denn tatsächlich ist es so, dass dieses Gespräch, das die verschiedenen Standorte und auch vielleicht die alternativen Möglichkeiten noch einmal herbeiführt, so nicht geführt werden konnte. Wir haben daraufhin einmal eine Veranstaltung gemacht mit Bürgern, und das ist nicht lange her, vor Weihnachten gewesen, wo wir gefragt haben: Stellen Sie sich doch jetzt einmal die Gelegenheiten und Gegebenheiten in Rissen vor, wie könnte man denn überhaupt diese Anzahl von Schülern, die wünschenswert ist, die gewünscht ist dort vor Ort in Rissen, unterbringen?

Und siehe da, man hat plötzlich ganz neue Möglichkeiten finden können, die leider jetzt in dieser Machbarkeitsstudie nicht mehr so untergebracht werden konnten, als dass man sie ernsthaft geprüft hätte. Sie sind eigentlich ein klein wenig abgetan worden. Das ist schade. Vor allen Dingen ist es schade, wenn ich mir überlege, dass jetzt eine Standortentscheidung zu einer Stadtteilschule Rissen am 1. Februar gefällt werden soll, wie ich höre. Ich weiß nicht, ob das richtig ist. Das wäre insofern schade, weil ja eigentlich dann die Anhörung der Gremien, die vierwöchige Frist, gar nicht wahrgenommen worden ist. Das ist in der Tat nicht nur schade, sondern im Grunde genommen, ein kleiner Skandal. Aber an dieser Stelle können wir uns nur für die Rissener noch einmal aussprechen und sagen, kommen Sie nach Rissen, schieben Sie diese Entscheidung auf, im Schulentwicklungsplan steht nur, dass die

Entscheidung auch abhängig sein könnte von einem Ergebnis einer Machbarkeitsstudie, dieses muss nicht bindend sein. Es gibt andere Argumente, die gegen eine Ansiedlung einer Stadtteilschule am Gymnasium sprechen, die auch gut sind. – Danke schön.

Vorsitzender: Also, eine klare Einladung an den Senator, nach Rissen zu kommen.

Als abschließende Frage hier habe ich noch zu einem allgemeinen Punkt, Raumbedarf für Inklusion und Ganztagschulen, Frau Kristine Leites von der Deutschen Gesellschaft für Sprachheilpädagogik als Wortmeldung. – Frau Leites, bitte.

Frau Kristine Leites: Ja, schönen guten Abend. Also, ich spreche zum einen für die von Inklusion oder sonderpädagogischem Förderbedarf betroffenen Sprachheilschüler, vielleicht auch für alle Sonderschüler oder Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und die Schulen, die davon betroffen sind, und möchte in dem Zusammenhang noch einmal auf den besonderen Raumbedarf und die besonderen Bedingungen, die Räume, für diese Schüler benötigen, speziell in der Inklusion, eingehen.

Herr Senator, bislang sind die Bedingungen im Schulentwicklungsplan und auch sonst dergestalt, dass die Schüler zwar an die Regelschulen kommen können, dass aber im Prinzip ansonsten keine weiteren Möglichkeiten und Bedingungen geschaffen worden sind. Weder gibt es Sachmittel noch gibt es spezielle Räume. Ich kann auch keine Planung dafür sehen. Und das Problem, das wächst ja jetzt, glaube ich, durch alle Schularten inzwischen schon ziemlich durch, und da haben eben die Leute vor Ort, sowohl die Schüler, die Eltern als auch die Kollegen, die damit umgehen müssen, erhebliche Probleme. Diese Schüler brauchen eben oft andere Bedingungen als ihre Mitschüler im gesamten Klassenverband. Das heißt, man braucht viele Räume, um zum Beispiel Schüler verschiedenen Förderbedarfs in verschiedenen Bereichen auch getrennt unterrichten zu können oder fördern zu können. Man braucht zum Beispiel Räume, die Teppich haben, die besondere Ruhe haben, die besondere Beleuchtungsbedingungen haben, wo man mit kleinen Gruppen an speziellen Themen mit speziellen Methoden arbeiten kann.

Diese Schüler haben häufig auch noch andere Probleme, zum Beispiel im Bereich der Wahrnehmung, der verschiedenen Wahrnehmungsbereiche, die ebenfalls wieder besondere Bedingungen benötigen. Das kostet alles eine ganze Menge Geld und es braucht vor allen Dingen erst einmal Raum. Das betrifft vielleicht nicht nur die Schüler in den Inklusionsschulen, sondern das betrifft insgesamt zum Beispiel auch die ganze GBS oder Ganztagsplanung, denn die ist ja auch noch einmal raumgreifend, so wie überhaupt alle letzten Reformen raumgreifend waren. Und das ganze Thema scheint mir überhaupt noch nicht finanziert und durchstrukturiert. Deswegen würde ich in dem Zusammenhang eigentlich auch dafür plädieren, um für alle diese drei Bereiche, nämlich kleinere Klassen, Ganztage und Inklusion, die ja ineinander greifen und in meinem Empfinden so langsam zu einem Knäuel werden, ein bisschen mehr Ruhe und gesunde Planung reinzubringen, das langsam aufwachsen zu lassen und erst einmal zu schauen, wie man was finanzieren kann, also, nicht alles gleichzeitig und im ganz großen Schwung zu machen. Das heißt, solange wir zum Beispiel an den Inklusionsschulen noch keine ausreichenden räumlichen Bedingungen haben plus Sachmittel, die zum Beispiel dafür benötigt werden, einen Raum entsprechend auszustatten, wäre es, glaube ich, wichtig, die Beschulungsmöglichkeiten an den Sonderschulen, die bereits eingerichtet und ausgestattet sind, zu erhalten. Denn es gibt jetzt viele Schüler, die wir eigentlich nur mit Bauchschmerzen an der Regelschule beschulen, weil wir ihnen eigentlich die Bedingungen, die sie für eine optimale Förderung brauchen, nicht bieten können. Nicht nur räumlich, sondern auch sächlich.

Also, das wäre mein Wunsch an alle Entscheider in diesem Zusammenhang, das Ganze gründlich durchzuplanen, auch zu finanzieren und sich die Kinder konkret und die Arbeit der Lehrer an den Schulen konkret vorzustellen dabei und nicht nur zu glauben, dass man die Inklusionsschüler einfach in den großen Topf werfen kann und vielleicht ab und zu eine

Erzieherin oder manchmal einen Sonderpädagogen hinzugibt und dann reicht das. Das reicht nicht, wenn man sie erfolgreich fürs Leben und für die Ausbildung und möglicherweise auch eine weiterführende Karriere vorbereiten will. – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Wir haben jetzt hier vorne auf den Vordrucken keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Gibt es noch Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht – doch, da ist noch eine Wortmeldung. Möchten Sie noch einmal ans Mikrofon gehen? – Sagen Sie bitte auch noch einmal Ihren Namen fürs Protokoll.

Herr Thomas Raeke: Ich bin Thomas Raeke und möchte mich jetzt zu einem ganz anderen Sachverhalt äußern. Es geht mir noch einmal kurz um den Zusammenhang zwischen den Vorschulen und den Schulen, die leider wegen der wunderbar gestiegenen Kinderzahlen Container bekommen müssen. Es gibt eine klare Regelung im Schulgesetz, dass ein Schuldirektor vorrangig die ersten Klassen einschulen muss, und jeder letzte verfügbare Raum muss natürlich dann für die erste Klasse eingesetzt werden. Das bedeutet im Zweifel, dass Vorschulklassen, die über Jahre an Schulen etabliert waren, nicht weitergeführt werden können. Das wirkt unmittelbar zurück auf die Lage der Kitas in einer bestimmten Region, weil natürlich, wenn in einer bestimmten Region zum Beispiel sechs Vorschulklassen aufgrund einer aktuellen Strukturreform wegfallen von einem Jahr aufs nächste, brauchen wir 120 Kitaplätze mehr in einem bestimmten Stadtviertel. Und Sie wissen alle, dass es nicht immer einfach ist, in einer lärmgeplagten Nachbarschaft neue Kitas zu gründen, weshalb ich sehr dafür plädiere, bei allen Entscheidungen, die dahingehend getroffen werden, Mensch, muss die Schule dann wirklich jetzt mehr Räume kriegen oder müssen wir den Zubau forcieren, mit zu beachten, dass jede Lücke, die immer mal bleibt, bis dieser circa 15 Jahre noch anhaltende Geburtenboom der vielen jungen Frauen, die aus Mecklenburg-Vorpommern hierhergekommen sind, die Kinder bekommen, vorbei ist. Also, solange wird es, glaube ich, noch dauern, werden wir diese zusätzlichen Raumbedarfe haben. Und ich habe die klare Aussage von Herrn Albrecht bekommen, ganz klar, die Schulbehörde stellt keinen Container für eine Vorschulklasse hin. Das heißt, ...

(Zuruf)

– Ja, ganz klare Aussage.

Ich habe sie so gehört. Es freut mich, wenn das nicht stimmt. Aber eine Vorschulklasse kriegt eben sozusagen keinen Container, weil, das ist Sache dann der jeweiligen anderen Behörde, dafür zu sorgen, dass diese Kinder unterkommen. – Vielleicht habe ich mich geirrt, Herr Rabe, freut mich sehr.

Also, letztes Anliegen ist mir als Berliner und Hamburger zu sagen, es freut mich zu hören, dass hier Klagen auf hohem Niveau betrieben wird. Es ist eigentlich eine tolle Schullandschaft, gerade auch mit der Vorschule in Hamburg, die ich total toll finde, und das würde ich schon mal für die in der Standortkonkurrenz gebeutelten Hamburger gerne hervorheben. Ich bin froh über diese Schullandschaft, wie ich sie hier vorfinde, und freue mich über die vielen engagierten Eltern, die da mitmachen. – Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Das ist ein schönes Schlusswort, die vielen engagierten Eltern, die heute Abend hier sind. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bedanke ich mich für Ihr aller Kommen. Wir unterbrechen jetzt die Sitzung, bevor wir zum Punkt „Verschiedenes“ kommen, der aber für viele von Ihnen wahrscheinlich nicht mehr so interessant ist, für eine Viertelstunde und treffen uns dann alle wieder hier als Ausschussmitglieder im Raum. – Herr Senator Rabe, bitte.

Senator Rabe: Ich will nur sagen, wir hatten ursprünglich mit einer sehr langen, sehr temperamentvollen Sitzung gerechnet. Und deswegen hatten wir gesagt, die Stellungnahme des Senats dazu könne vielleicht in einer nächsten Sitzung erfolgen, aber wenn es schnell

geht, auch in dieser. Ich will noch einmal darauf aufmerksam machen, der Senat könnte auch jetzt Stellung nehmen. Wenn wir die nächste Sitzung dafür nehmen, hat die Deputation bereits beschlossen. Das will ich nur zur Sache sagen. Wir haben die Stellungnahmen bekommen, mit denen wir auch aufgrund der Zuschriften schon gerechnet haben. Wir können zu allem etwas sagen, wenn das gewünscht ist, aber ich will nicht in die Regie des Ausschusses eingreifen, ich will es nur anbieten.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herrn Senator, für das Angebot. Ich blicke in die Runde. Sind alle damit einverstanden? Das wäre terminlich natürlich sehr wünschenswert, wir könnten dann die Schwerpunktthemen so aufrufen in der Reihenfolge, wie sie auch hier gefallen sind, und der Senat nimmt dann direkt dazu Stellung. Gibt es Einwände gegen das Vorgehen? Sehe ich nicht. Dann machen wir trotzdem eine Pause von einer Viertelstunde und treffen uns dann alle – oder sagen wir, 20 Minuten, um halb hier – Viertelstunde, also fünf vor halb wieder hier im Saal. – Vielen Dank.

Unterbrechung: 19:10 Uhr

Wiederbeginn: 19:32 Uhr

Vorsitzender: Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung wieder und wir kommen dementsprechend zur Auswertung und Aussprache zu dem ersten Teil, zu der öffentlichen Anhörung. Ich darf daran erinnern, weil wir noch im Tagesordnungspunkt 1 sind, dass wir weiterhin Wortprotokoll haben und Herr Senator Rabe, wie angeboten, gebe ich Ihnen gerne das Wort. Vielleicht können Sie vorab eine Stellungnahme zu den Schwerpunktthemen, die angesprochen worden sind, geben und dann gehen wir in die eigentliche Aussprache. – Herr Senator Rabe, bitte.

Senator Rabe: Vielen Dank, Herr Scheuerl. Meine sehr verehrten Abgeordneten, meine sehr verehrten Damen und Herren, über die Schulentwicklungsplanung hinaus sind zwei Themen angesprochen worden, die mit dem Schulentwicklungsplan zunächst einmal nichts zu tun haben, aber ich will gerne darauf eingehen, weil es gleich in mehreren Punkten eine Rolle gespielt hat.

Die erste Frage ist die Entwicklung zur Ganztagschule. Hier wurde unter anderem in vielfältiger Hinsicht auf die Raumnot einiger Schulen hingewiesen. Es wurde aber vor allem darauf hingewiesen, dass es für die Schulen schwierig ist, eine Entscheidung zu treffen, ob man eine Ganztagschule in schulischer Regie planen wolle oder eine Ganztagschule in Zusammenarbeit mit dem Hort. Hier hatte unter anderem Herr Hilgers von der Schule Fahrenkrön darauf hingewiesen, dass man Entscheidungshilfen brauche dazu. Ich will hier nur so viel sagen, dass wir in ständigem Dialog mit den Schulleitungen sind, dass ich selber persönlich an mehreren Schulleiterdienstbesprechungen teilgenommen habe, wo sämtliche Grundschulleiter anwesend waren und wo das Konzept und die Möglichkeiten sehr ausführlich erläutert worden sind. Es gab auch Sitzungen, zu denen Sachverständige eingeladen worden sind, sodass nach meiner Einschätzung die Schulleitungen hier sehr gut informiert sind über die Möglichkeiten, die es dort gibt.

Ich will einräumen, dass wir an vielen Stellen natürlich im Vorwege bestimmte Fragen erst beantworten können, wenn die Gremien uns auch einen Fingerzeig geben, wohin das geht. Insbesondere bei den Baufragen allerdings haben wir unabhängig von den jetzigen Entscheidungsspielräumen der jeweiligen Schulen gesagt, perspektivisch ist es doch recht klar, dass an jeder Grundschule eine Kantine sein muss. Wir haben deshalb bereits im August letzten Jahres ein Kantinenausbauprogramm gestartet. Und ich weise noch einmal daraufhin, dass die ursprüngliche Planung der Schulplaner und unserer Bauingenieure von Schulbau Hamburg war, hier in den üblichen Zeiträumen von drei Jahren zu agieren. Und wir haben als Behörde hier gesagt, das muss auch zügiger gehen, denn gerade in der Kantenfrage muss es möglichst zügige Lösungen geben.

Das ist neu. Ich selber habe als Abgeordneter vor anderthalb Jahren noch eine Stadtteilschule besucht, die, von einer Vorgängerregierung eingerichtet, sechs Jahre ohne Kantine agiert hat, die Stadtteilschule Öjendorf, und deswegen ist es durchaus ungewöhnlich, wenn eine Regierung sagt, das muss jetzt in erhöhtem Tempo passieren. Wir haben es geschafft, in nur acht Wochen sämtliche 119 Grundschulstandorte ohne Kantinen zu begehen und in weiteren wenigen Wochen eine Planung aufgelegt, die den Ausbau der Kantinen vorsieht in verschiedenen Geschwindigkeitsstufen. Ich gehe nach den mir vorgelegten Plänen von Schulbau Hamburg davon aus, dass es gelingt, zum Schuljahrsbeginn 2012 an deutlich über 40, vermutlich bis zu 50 Standorten schon jetzt in so kurzer Zeit zusätzliche Kantinen einzubauen, sodass wir hier uns sehr deutlich bemühen, die Raumfragen in einem Tempo zu lösen, das bisher im Schulbau ungewöhnlich war.

Den Eltern und den Schulleitungen sollen weitere Entscheidungshilfen gegeben werden. Hier war ein Stück das Problem, dass es mit den Trägern lange gedauert hat, einen Landesrahmenvertrag abzuschließen, aber der Landesrahmenvertrag wiederum erst klar macht, unter welchen Bedingungen eine solche Zusammenarbeit möglich ist. Dieser Landesrahmenvertrag ist jetzt in den Verhandlungen beendet und wird voraussichtlich Ende Januar von allen Beteiligten unterschrieben und dann können wir natürlich sehr, sehr ausführlich mit allen Details die Öffentlichkeit und die Schulöffentlichkeit über weitere Details informieren. Ich weise aber darauf hin, dass in den letzten zwei Jahren die Vorgängerregierung gerade eine ganze Reihe von Ganztagschulen eingerichtet hat unter noch viel ungewisseren Vorzeichen, weil die Rahmenbedingungen lange nicht so klar waren wie sie jetzt mittlerweile klar sind, sodass man hier auch sagen muss, gemessen an dem Rahmen, in dem sich Schule normalerweise bewegt, ist die Informationslage hier recht gut. Soweit zum Thema Ganztag.

Zum Thema Inklusion wurde auch sehr viel angemerkt. Ich habe einige, insbesondere den letzten Beitrag von der Dame in Bezug auf die Sprachheilschule als Politiker natürlich richtig hören können und ich habe gehört, das soll jetzt nicht so schnell gehen. Ich will dazu aber sagen, dass die Bürgerschaft mit allen Parteien vor anderthalb Jahren beschlossen hat, das Schulgesetz zu ändern, und das Schulgesetz ermöglicht nun einmal nicht, die Geschwindigkeit der Umsetzung zu regeln, sondern das ist sofort in Kraft. Und deswegen können Schülerinnen und Schüler selber entscheiden, an welche Schule sie gehen. Deswegen kann ich mit dem Beitrag relativ wenig anfangen, weil eine Entschleunigung zwar immer gut klingt, aber Entschleunigung hieße hier, diesen Schülerinnen und Schülern dieses Wahlrecht ein Stück weit zu nehmen, denn nur dann kann ich den Zustrom von Schülerinnen und Schülern an die allgemeinen Schulen bremsen, entschleunigen, und das können und werden wir nicht tun.

Was wir aber tun müssen, diese Hinweise greife ich gerne auf, ist, für die auch räumlichen Rahmenbedingungen zu sorgen. Wir haben deshalb ein Musterflächenprogramm vorgelegt, in dem in der Tat noch einmal drüber geguckt worden ist, ob und wie die Inklusion berücksichtigt werden kann. Ich will darauf hinweisen, dass dieses Musterflächenprogramm, anders als ein Beitrag es nahelegte, sehr wohl, sehr, sehr viele Spielräume für Differenzierungsräume hat. Ich weiß nicht mehr genau, welcher Beitrag es war, aber es war ein Beitrag, der sagte, der Zubau, der für seine Schule geplant sei, würde keine Gruppen- und Differenzierungsräume beinhalten. Ich sage noch einmal, der Zubau von Schulfläche läuft nach Musterflächenprogramm. Das Musterflächenprogramm sieht pro Klasse eine Fläche von 72 Quadratmetern vor. Ich will einmal daran erinnern – ich bin selber Lehrer gewesen, hier war ja auch jemand aus meiner alten Schule –, in dieser Schule, einem Schumacher-Bau, waren die Räume durchschnittlich 50 Quadratmeter groß und die Klassen 30 Schüler groß, das ist Unterricht, wie er in Hamburg durchaus stattfindet. Wir haben dagegen nicht 50, sondern 72 Quadratmeter bemessen für Grundschulklassen, die wiederum nicht 30, sondern durchschnittlich nur 20 Schüler haben. Wer aus diesen 72 Quadratmetern einen einzigen Raum macht, der kann da in der Tat paradiesische

Lernlandschaften machen, denn eigentlich ist diese Quadratmeterfläche so bemessen, dass man jeden Klassenraum mit einem und eigentlich jeden zweiten Klassenraum sogar mit einem zweiten Gruppenraum ausstatten kann. So viel Platz ist das. Sodass also die Inklusion in diesem Fall bei den Grundschulen uns durch die 72 Quadratmeter pro Klasse durchaus als vollkommen abgedeckt erscheint.

Bei den Stadtteilschulen und den Gymnasien haben wir deshalb eine Differenzierung herbeigeführt dergestalt, dass die Stadtteilschulen zusätzliche Gruppenräume bekommen, die die Gymnasien nicht bekommen haben. Das hat den Ausschussvorsitzenden ja sehr gestört und er hat ja in seiner Pressemitteilung auf die Benachteiligung der Gymnasien hingewiesen. Ich weise noch einmal darauf hin, diese Benachteiligung der Gymnasien war in Wahrheit eine Bevorzugung der Stadtteilschule, weil nur die Stadtteilschule in großem Umfang Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf hat und wir deshalb die Stadtteilschule ein Stück weit besser mit Räumen ausstatten müssen. Und das haben wir getan. Deswegen ist planerisch auf jeden Fall Vorsorge getroffen worden, um Inklusion auch abzubilden.

Ich räume ein, dass die Umsetzung jetzt in Hamburg beginnen muss. Aber hier will ich auch deutlich darauf hinweisen, mit Regierungsantritt der SPD ändert sich vieles, aber dass wir jetzt plötzlich das Bautempo ver Hundertfachen könnten gegenüber dem, was bisher üblich war, ist dann auch beim besten Willen nicht möglich. Wir werden jetzt sukzessive, insbesondere dort, wo es brennt, sehr zügig den Ausbau voranbringen und der Ausbau läuft nach einem Musterflächenprogramm, das die Inklusion berücksichtigt.

Das waren die beiden großen allgemeinen Punkte, die vorab gekommen sind. Ansonsten, wenn es zu den allgemeinen Sachen keine Fragen mehr gibt, könnte ich jetzt zu den einzelnen Standorten Stellung nehmen. – Ja?

Vorsitzender: Herr Heinemann.

Abg. Robert Heinemann: Ich würde gerne vorab noch einmal wissen, weil das bisher offensichtlich unklar ist, welchen Zeitraum Sie eigentlich bei Ihrer Planung für den Schulentwicklungsplan zugrunde gelegt haben. Ob das 2017 oder 2022 ist. Ich habe heute etwas von 2017 gehört, aber das ist ja nicht uninteressant, wie lange Sie eigentlich planen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Das ist nett, Herr Heinemann, dass Sie diese Frage stellen, damit ich auch ein Missverständnis klarstellen kann, das ja Ihrer heutigen Pressemitteilung zugrunde liegt.

Sie haben in der Tat abgefragt: Wie entwickelt sich die Schülerzahl an den Hamburger Schulen in den nächsten Jahren – ich glaube – bis zum Jahre 2020? Und bis zum Jahr 2020 die Schülerzahl zu prognostizieren, ist nicht einfach. Ich will daran erinnern, dass die letzte Regierung ihre Schülerprognose vom März 2010 schon im Jahr 2011 komplett korrigiert findet und wir im Moment bei den Haushaltsberatungen schon schmerzlich erfahren, dass die letzte Schülerprognose der Vorgängerregierung nicht einmal anderthalb Jahre Bestand hatte. Eine Prognose bis zum Jahr 2020 ist deshalb, gelinde gesagt, etwas schwierig. Deswegen haben wir auch nicht die Idee gehabt, dass der Schulentwicklungsplan diese theoretische Prognose bis 2020 berücksichtigt. Ich erinnere daran, dass die letzten Schulentwicklungspläne in der Regel schon nach zwei Jahren geändert worden sind. Das wollen wir nicht. Aber das Ziel, dass dieser Schulentwicklungsplan einen Zustand letztlich abbildet, der sich innerhalb der nächsten fünf Jahre realisiert, das Ziel finde ich durchaus realistisch. Und das bedeutet eben nicht, dass wir auch schon mögliche Schülerentwicklungen, die wir im Moment für das Jahr 2020 prognostizieren, in diesem Schulentwicklungsplan einbinden. Ursprünglich lautete der Titel – und der Titel, Herr Heinemann, Sie wissen es, ist mehr oder weniger unter der Regie des CDU-Senators, Herrn

Wersich, in Apparat sozusagen bei der Schulentwicklungsplanung mit in Auftrag gegeben worden – Schulentwicklungsplan von 2012 bis 2017. Ich habe dieses „bis 2017“ schlicht weggelassen, weil es in der Vergangenheit noch nie geklappt hat, diese wunderbare Dauer tatsächlich einzuhalten, und habe deshalb gesagt, nun lasst uns einmal realistisch sein und sagen, das ist jetzt der Schulentwicklungsplan und wann wir ihn für obsolet halten, wird dann die Zeit zeigen. Aber das war ursprünglich die Zeitspanne, es sind die nächsten fünf Jahre, die mit diesem Schulentwicklungsplan abgebildet wird. Und deswegen ist es eben gerade nicht beabsichtigt, auch noch theoretische Annahmezahlen von 2020 darin widerzuspiegeln.

Vorsitzender: Herr Heinemann.

Abg. Robert Heinemann: Herr Senator, das verstehe ich ja alles, aber ich habe mir die Zahl 2022, die ich abgefragt habe, ja nicht ausgedacht, sondern es waren Sie, die einen Schulentwicklungsplan vorgelegt haben. Wenn Sie auf Seite 4 Ihres eigenen Schulentwicklungsplans gucken, dann steht da, die Zahlen und so weiter „zeigen, dass im Planungszeitraum“, also im Planungszeitraum dieses Schulentwicklungsplans, „mit insgesamt leicht ansteigenden Schülerzahlen zu rechnen ist“, und dann zeigen Sie uns, den Abgeordneten und allen Bürgerinnen und Bürgern, die Zahlen bis 2022. Die Zahl 2017 – ich habe gesucht – findet sich im gesamten Schulentwicklungsplan und im gesamten Dokument überhaupt nicht, aber, wie gesagt, die Zahl 2022 findet sich sogar an zwei Stellen. Das heißt, es war Ihre Vorlage, die gesagt haben, Sie haben einen Planungszeitraum bis 2022 vorgelegt. Und, ich finde, wenn Sie sagen, Sie haben hier einen Planungszeitraum bis 2022, dann ist es auch unsere Aufgabe zu schauen, ob das sozusagen der richtige Planungszeitraum ist. Ich räume ja ein, Sie können gerne sagen, Sie machen einen Schulentwicklungsplan bis 2017, völlig in Ordnung, sollten Sie dann aber auch irgendwo einmal hinschreiben, denn sonst ist natürlich die parlamentarische Kontrolle, ob das, was Sie planen, mit dem übereinstimmt, was an Prognosen irgendwo vorliegt, etwas schwierig. Und ich muss auch sagen, ich habe von Ihrem Sprecher dann ja heute im „Abendblatt“ gelesen, dass eigentlich Prognosen sowieso keine gute Grundlage für eine Planung seien. Dann frage ich mich, und das würde ich auch gerne von Ihnen wissen, auf welcher Grundlage Sie dann geplant haben. Also, man kann würfeln, man kann natürlich aus dem Bauch heraus entscheiden. Das ist alles möglich und natürlich sind Prognosen immer unsicher, das ist leider so mit Prognosen, und man kann sich auch mal, man kann auch falsch liegen, aber die Frage ist: Auf welcher Grundlage haben Sie dann geplant, wenn nicht auf der Grundlage von Ihren eigenen Prognosen?

Vorsitzender: Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Ja, natürlich haben wir auf Grundlage unserer Prognosen geplant. Wir haben aber einen Zeitraum im Auge gehabt, der, wie Sie wissen und wie Sie aus den letzten Schulentwicklungsplänen ebenfalls wissen, die nächsten fünf Jahre umfasst. Dass wir abweichend davon sehr langfristige Prognosen auch auf Wunsch des Parlamentes aufgeschrieben haben, heißt nicht, dass wir davon ausgehen, dass der Schulentwicklungsplan bis 2022 sämtliche Prognosen abbildet. Ich will Ihnen sogar sagen, ich glaube, Sie würden zu Recht mit mir schimpfen, wenn ich das täte. Wenn ich Hamburgs Schulen jetzt so bauen würde, wie ich sie 2022 erwarte, dann würde jeder gesunde Mensch hier im Raum sagen, das ist ziemlich riskant. Denn wir haben es noch nie geschafft, egal welche Regierung, Rot-Grün, Schwarz-Gelb, dass Schulzahlen- und Schülerzahlenprognosen auch nur in einer Mittelfristigkeit solche Klarheit haben. Ich muss aber Millionen-Entscheidungen, darf ich zugespitzt sagen, Milliarden-Entscheidungen beim Zubau treffen. Und deswegen muss man sich hier beschränken auf einen Zeitraum, den man noch einigermaßen überblicken kann, den sich auch vergangene Regierungen zugemutet haben. Und das ist der Zeitraum der nächsten fünf Jahre. So ist das gedacht und vielleicht können meine jetzigen mündlichen Ausführungen, die ja ohnehin in einem Wortprotokoll dann festgehalten werden, das noch einmal differenzieren. In der Tat haben wir Zahlen für

die Schülerentwicklung bis 2022 vorgelegt, aber die Zahlen, die dem Schulentwicklungsplan zugrunde liegen und der Schulentwicklungsplan selber, derselben, der Schulentwicklungsplan selber, bezieht sich auf einen Zeitraum, der im Großen und Ganzen für die nächsten fünf Jahre geplant ist.

Vorsitzender: Herr Heinemann.

Abg. Robert Heinemann: Herr Senator, ich verstehe Ihre Sorge, so lange zu planen, aber erstens, in der Vergangenheit hat man für zehn Jahre geplant. Das stimmt schlicht nicht, die letzten Schulentwicklungspläne sind für zehn Jahre gemacht worden, und zum Zweiten, wie gesagt, Sie selber schreiben, dass der Planungszeitraum Ihres Schulentwicklungsplanes zehn Jahre war. Und deshalb meine Frage nur: Wie sollen alle Eltern, wie sollen wir beurteilen, für wie lange Sie planen, wenn Sie uns das an keiner Stelle in Ihrem gesamten Schulentwicklungsplan sagen? Ich begrüße heute die Erkenntnis, zwei Wochen sozusagen vor Ende der gesamten Diskussion, aber alle Diskussionen, die ich bisher auch draußen gehört habe, waren immer die Frage: Wie entwickeln sich in den nächsten zehn Jahren hier die Schülerzahlen, hier im Gebiet, und sind wir dafür entsprechend richtig aufgestellt? Wir alle wissen ja auch, es dauert schnell drei, vier Jahre, bis überhaupt ein Schulbau umgesetzt worden ist. Also, von daher macht eine längerfristige Planungsprognose durchaus ja auch Sinn und die Stellungnahmen sind entsprechend auch abgegeben worden. Von daher finde ich es schon vielleicht für die Zukunft wichtig, dass man, wenn man einen solchen Schulentwicklungsplan herausgibt, das man dann von vornherein sagt, für welchen Zeitraum Sie eigentlich dort denken und planen, und nicht, dass man das quasi durch Zufall dann zwei Wochen vor Ende erfährt.

Vorsitzender: Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Aber jetzt haben Sie es erfahren. Jetzt haben wir es ja erfahren.

Vorsitzender: Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen zu dem allgemeinen Vorbemerkungen? Das sehe ich nicht. Dann, Herr Rabe, schlage ich vor, gehen Sie auf die einzelnen Themen, die angesprochen worden sind, ein.

Senator Rabe: Gut. Ach so, jetzt finde ich es auch schon. Eine der ersten Wortmeldungen bezog sich auf Kamminer Straße, wo der Neubau angeblich keine Differenzierungsräume vorsieht. Gerne prüfen wir das im Einzelfall noch einmal nach. In der Tat ist es aber so, dass bei allen Neubauvorhaben das Musterflächenprogramm zugrunde liegt. Allerdings, das muss man dazu sagen, haben wir gesagt, wir stellen Quadratmeter und damit Baumöglichkeiten zur Verfügung, die Schule entscheidet selber, ob sie diese 72 Quadratmeter pro Klasse aufteilt in, ich sage es zugespitzt, einen Riesenklassenraum mit Lernlandschaft, zwei Klassenräume oder einen Klassenraum mit zwei Gruppenräumen, das ist in das Belieben der Schule gestellt und hat sich eigentlich sehr bewährt. Deswegen gehe ich davon aus, dass in der Kamminer Straße der Neubau in der Tat nach Musterflächenprogramm diese Möglichkeiten zulässt, werde aber im Einzelfall noch einmal darauf achten, dass da auch kein Missverständnis herrscht.

Der nächste Punkt betrifft den schwierigen Bereich Altona-Altstadt in mehrfacher Hinsicht. Hier hatten einerseits Vertreterinnen und Vertreter des Gymnasiums Allee darauf aufmerksam gemacht, dass wir zusätzliche Gymnasialzüge in diesem Bereich brauchen. Umgekehrt hatte auch der Elternrat der Max-Brauer-Schule darauf aufmerksam gemacht, dass man Stadtteilschulzüge in diesem Bereich braucht. In der Tat schätzen wir die Lage dort ähnlich ein. Es gibt Bereiche in Hamburg, wo wir uns in Bezug auf Schulstandorte und Ausbaumöglichkeiten keine Sorgen machen müssen, weil wir teilweise große Leerstände haben, und wir haben Bereiche in Hamburg, wo es passt, aber wo man sagt, das wird auf Dauer eine Sache sein, wo man noch etwas tun muss. In diesem Gebiet ist eine solche relative Knappheit in der Tat nicht zu leugnen. Eine Knappheit, die allerdings durch einige

Entwicklungen auch schon im Schulentwicklungsplan berücksichtigt ist. Ich weise noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass wir, wenn es um Stadtteilschule geht, zumindest auf der östlichen Seite Altonas durch Erhalt des Standortes Königstraße für eine Entlastung des Stadtteils Kerngebiet Altonas dergestalt sorgen, dass die Schülerinnen und Schüler an diesem Standort ebenfalls weiterhin eine Stadtteilschule besuchen können, perspektivisch sogar Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, weil der Standort Königstraße ja Teil der Stadtteilschule am Hafen ist. Das ist, ich gebe zu, das östliche Altona, aber es ist auch ein Teil Altonas und bei aller Liebe zu dem großen Stadtteil, den ich beruflich sehr intensiv kennengelernt habe, so weit weg ist es nun weiß Gott nicht.

Zweitens, wir haben in Bezug auf die zukünftigen Zubauten auf dem früheren Altonaer Güterbahnhof eine Perspektive eröffnet, weil wir gesagt haben, die Stadtteilschule Kurt Tucholsky, zurzeit beheimatet in der Eckernförder Straße, das ist Altona-Nord, wenn ich das so beschreiben darf, soll künftig auf diesem Gelände sein. Wir erhoffen uns davon zwei Effekte. Der eine Effekt ist, dass die Stadtteilschule, die auch von ihrer Lage her im Moment so ein bisschen in der zweiten Reihe liegt, stärker im Fokus auch der Öffentlichkeit steht und damit auch an Attraktivität gewinnt. Und wir sind davon überzeugt, dass dieser attraktivere Standort auch dazu beitragen kann, hier entsprechend zusätzliche Stadtteilschulangebote zu schaffen, denn zurzeit ist diese Schule ja auch von ihren Räumlichkeiten etwas begrenzt. Das lässt sich durch eine solche Veränderung ein Stück lösen.

In Bezug auf die Frage, ob bei den beiden Altonaer Gymnasien angebaut werden kann, haben wir im Zuge einer Kleinen Anfrage, glaube ich, jetzt demnächst eine Stellungnahme oder haben wir die schon abgegeben?

(Zuruf: Nein, nein, wir haben es aufgehoben bis zur Deputation!)

Deswegen ist es jetzt etwas schwierig, das wissen Sie selber aus vielen Ausschusssitzungen, wenn eine Kleine Anfrage läuft, Zwischenstände herauszugeben. Da bin ich jetzt indirekt ein Stück blockiert und sage deshalb nur so viel: Wir sind der Meinung, dass der Zubau an einzelnen Gymnasien möglicherweise eine kurzfristige Entlastung schaffen könnte, aber die grundsätzliche Gymnasialzugknappheit im Hamburger Westen, beginnend im westlichen Altona, wandernd über die Elbvororte nach Westen, dem werden wir mit kleineren Zubauten langfristig nicht begegnen können, sondern wir gehen eher davon aus, dass man prüfen muss, einen neuen zusätzlichen Gymnasialstandort zu eröffnen. Das haben wir auch so in den Schulentwicklungsplan geschrieben, um hier die entsprechenden Entlastungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Schulen im Hamburger Westen, insbesondere die Gymnasien, waren aus unserer Sicht räumlich in einer solchen Lage, dass ein Zubau an den jeweiligen Standorten hochproblematisch war, ob Denkmalschutz- oder Platzgründe. Es gab eine ganze Reihe von Problemen, die einer solchen, mir eigentlich, sage ich mal, besseren, eigentlich besseren Lösung des Zubaus vor Ort entgegenstehen. Besser deshalb, weil es sich um etablierte Standorte handelt, besser, weil es meistens auch preiswerter ist, als eine neue Schule zu gründen. Aber ich sage offen, so wie wir die Bevölkerungsentwicklung dort einschätzen – man muss das abwarten, es hängt auch an der Planung der Bezirksversammlung, es hängt an den Entwicklungen im Altonaer Güterbahnhofsgelände unter anderem mit ab –, ist wohl mittelfristig ein zusätzliches Gymnasium nicht vermeidbar. Und wenn das so ist, dann muss man sich zweimal überlegen, ob man trotzdem jetzt provisorische, sehr teure Lösungen an beengten Standorten schon mal macht, wo man doch weiß, langfristig brauchen wir einen neuen Standort. – Soweit zu Altona.

Vorsitzender: Frau Dr. von Berg.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich habe noch einmal eine Frage zur Max-Brauer-Schule. Die Schule ist ja extrem stark angewählt, sehr beliebt

und, wie wir alle wissen, auch ja wirklich eine gute Schule. Und ich würde gerne von Ihnen wissen, ob Sie planen, für die Max-Brauer-Schule eher Richtung Dependance auch zu denken als neue Schulen zu eröffnen, weil es ist ein wirklich erfolgreiches Modell, was ja durchaus sich auch für Hamburg, also für andere Teile Hamburgs ja auch durchaus darstellen ließen, um auch eben halt den Hamburger Westen zu entlasten. Da sind nämlich Eltern, die genau so eine Schulform mit dem pädagogischen Konzept durchaus wünschen.

Vorsitzender: Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Also, ich finde, die Max-Brauer-Schule macht ein hervorragendes Angebot, das zu Recht hoch angewählt ist. Und wir haben deshalb sorgfältig geprüft, ob man die Max-Brauer-Schule nicht am Standort ein Stück wenigstens erweitern kann. Das haben wir zum Teil getan. Ich bin jetzt im Moment nicht ganz sicher, ich glaube, bei der Oberstufe haben wir die Zügigkeit erhöht. – Darf ich kurz Hilfe suchen?

(Zuruf: Die Dreizügigkeit, Klammer auf, vier, ist sozusagen festgeschrieben, an dem, was „Ist“ früher war, sozusagen für beide Schulen, ...!)

Das waren die beiden Punkte. Wir haben also Oberstufe – ich sage es noch einmal fürs Mikrofon wegen der Aufnahme –, wir haben in der Oberstufe gesagt, vierzünftig, das war bisher nicht so, und wir haben zusätzlich eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben zur Prüfung: Was geht auf dem Gelände noch? Ich hoffe sehr, dass man auf dem Gelände noch etwas dazubauen kann. Ich will Ihnen aber auch offen sagen, den Gedanken, dass Max-Brauer eine Dependance entwickelt, finde ich charmant und höre ihn leider heute zum allerersten Mal. Auch in den bisherigen schriftlichen Stellungnahmen, ist es uns nicht mitgeteilt worden. Ganz im Gegenteil hat die Schule bisher immer sehr energisch zusätzliche Räume am Standort erbeten, den wir teilsprechen wollen, so gut es eben geht, an dem ja doch räumlich beengten Standort. Und wir werden sicherlich prüfen, ob dann, wenn wir noch über Kurt-Tucholsky-Ausbau hinaus dort zusätzlichen Stadtteilschulbedarf haben, dann wäre das meine erste Wahl, dass das über eine Dependance der Max-Brauer-Schule liefe.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Hierzu keine Fragen mehr? – Dann fahren wir dann fort.

Senator Rabe: Dann würde ich gerne immer noch im Hamburger Westen bleiben und zu den in der Tat nicht einfachen Entscheidungen rund um die Stadtteilschule Blankenese und Stadtteilschule Rissen kommen.

Hier ist es offensichtlich im Kern – das finde ich ja schon sehr schön – unstrittig, dass es für Rissen sinnvoll ist, ein zusätzliches Stadtteilschulangebot auf den Weg zu bringen. Ich will an der Stelle noch einmal deutlich sagen, dass wir hoffen und energisch dazu beitragen möchten, dass dieser Standort sich dann auch perspektivisch abnabelt und zu einer selbstständigen Schule wird. Es ist allerdings ein bewährtes und vernünftiges Verfahren, gerade dann, wenn es sich um einen neuen Standort handelt, einen, darf ich so sagen, Geburtshelfer zu finden. Das hat sich bereits bewährt beim Gymnasium Rissen. Auch das ist keine freihändige Gründung gewesen, sondern ist als Filiale des Gymnasiums Blankenese mal gegründet worden. Und insofern haben wir eigentlich für dieses Verfahren eine Blaupause, die uns mutig macht, dass auch in Bezug auf eine Stadtteilschule in Rissen dieses Verfahren erfolgreich sein könnte.

Strittig ist die Frage des Standortes. Bei dem Standort muss man wissen, dass es zwei Möglichkeiten gibt, wenn man finanziell verantwortungsvoll ist, denn wir haben zwei Standorte mit nicht unerheblichen Raumleerständen. Der eine Standort ist die Grundschule – heißt sie jetzt Iserberg, ich komme schon ... – Iserberg und der andere Standort ist das Gymnasium Rissen. Beide haben nicht unerhebliche Leerstände, den Abgeordneten bekannt, im Rahmen einer Kleinen Anfrage bereits abgefragt. Die für uns wichtige Frage ist jetzt: Wo kann man das am besten einrichten als Stadtteilschuldependance? Und in der

Abwägung der verschiedenen Möglichkeiten ist auch in sehr ausführlichen Gesprächen deutlich geworden, dass diese Frage vor Ort mit großem Temperament diskutiert wird, übrigens auf beiden Seiten. Sowohl die Vertreterinnen und Vertreter des Gymnasiums Rissen sind der Meinung, dass das am Gymnasialstandort wenig vernünftig ist, aber es liegt auch eine ähnliche Stellungnahme der entsprechenden Grundschule vor, die ebenfalls sagt, bei uns ist das auch nicht vernünftig.

Wir haben eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die sich rein mit der Raumstruktur beschäftigt. Diese Machbarkeitsstudie hat folgende Punkte ergeben: Im Kern spricht sie sich für einen Standort am Gymnasium Rissen aus. Die Machbarkeitsstudie führt aus, dass an beiden Standorten eine solche Filiale möglich ist, sowohl an der Grundschule als auch beim Gymnasium. Sie weist darauf hin, dass die Leerstände am Gymnasium etwas größer sind. Über das „Etwas“ kann man lange diskutieren, aber dass sie etwas größer sind, ist im Kern nicht zweifelhaft. Die Machbarkeitsstudie hat aber während der Verfassung der Machbarkeitsstudie einen zusätzlichen Aspekt gefunden, der bei uns bis dahin so nicht ganz bekannt war, und das ist jetzt kein, darf ich zugespitzt sagen, nachträglicher Trick, um den Standort Gymnasium Rissen noch einmal zu rechtfertigen, sondern es ist auch aus dem Stadtteil heraus an uns herangetragen worden. Es wurde argumentiert, dass mittelfristig mindestens ein weiterer Grundschulzug in Rissen zu erwarten sei und die benachbarten Schulen haben noch einmal darauf hingewiesen, dass dieser zusätzliche Zug, wenn schon, wenn er dann kommt, vernünftigerweise an der Grundschule Iserberg platziert werden sollte, was die Flächenreserven der Grundschule weiter einschränkt. Wir haben beide Varianten aber abgeprüft. Die ursprünglich präjudizierte Dreizügigkeit der Grundschule und die mögliche Vierzügigkeit. Selbst bei der kleinen Variante der Dreizügigkeit sind die Raumreserven des Gymnasiums aber größer.

Der zweite Punkt ist: Kann man das eigentlich bauen? Und es stellt sich heraus, Zubau müssen wir an beiden Standorten machen. Allerdings ist bei dem Zubau – da will ich Ihnen jetzt auch sagen, da sind wir wie jeder Bauherr ein Stück weit auch auf Prognosen und Möglichkeiten angewiesen, aber die Rahmenbedingungen können von jeder Bezirksversammlung natürlich geändert werden. Nach dem jetzigen Stand ist es so, dass die Gebäude auf dem Grundschulgelände, die zum Teil unter Denkmalschutz stehen und zum Teil sehr unglücklich, darf ich das einmal so sagen, platziert sind, teilabgerissen werden müssten, um zusätzliche Räume zu schaffen, während auf dem Gymnasialstandort an einer Stelle ein reiner Zubau ohne Abriss möglich ist, zudem kein Denkmalschutz uns behindert. Ich bin aber schon in der Studie darauf aufmerksam gemacht worden und eben in der Pause – deshalb mein Käsebrötchen hier, bitte ich zu entschuldigen – noch einmal von den Vertretern Rissens darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Zubau, der am Gymnasialstandort leichter möglich ist, dort wiederum relativ nah an der Grenze steht und möglicherweise Anwohnerproteste nach sich ziehen könnte.

Der Abgeordnete Heinemann hat freundlicherweise uns noch darauf hingewiesen, dass wir die benachbarte Sportfläche in die Überprüfung mit einbeziehen sollten. Wir haben dazu Gespräche mit dem Bezirk geführt. Wir sind dort in einem Dilemma. Und deswegen sage ich Ihnen, wir wägen ab. Das Dilemma ist, ja, das könnte Probleme lösen. Aber wann? Das weiß niemand. Und ich habe meine eigenen Erfahrungen gemacht, wenn es darum geht, solche mutigen Vorschläge in die Tat umzusetzen, dann haben wir natürlich im Moment die Klarheit in unserem Plan, aber auch dort wird es Anwohner, Gremien, Entscheidungen und Interessen geben, sodass man fairerweise sagen muss, das wird vermutlich aber länger dauern, wie lange, wissen wir nicht genau. Deswegen haben wir die Variante Grundschule, dauert lange, wenn wir die Sportfläche nehmen, oder wird teuer, wenn wir sie nicht nehmen. Oder Gymnasium. Mögliche Anwohnerproteste, die ich nicht ausschließen will an der Stelle, aber im Kern innerhalb der jetzigen Bebauungsmöglichkeiten möglich und preiswerter.

Bleibt die letzte Frage: Schadet das einer Schule? Ich will sagen, die Baufrage geht nach meiner Auffassung zugunsten oder zum Nachteil, wie man das auch immer empfindet, des

Standortes Gymnasium Rissen aus, dass hier die Stadtteilschule gebaut werden müsste. Ich gehe davon aus, dass es sich um eine eigenständige Schule handelt, die in jeder Hinsicht räumlich von dem Gymnasium, mittelfristig zumindest, wenn das verwirklicht wird, getrennt ist, denn ich möchte, dass man beide Schulen identifizieren kann. Und ich möchte, dass beide Schulen die Chance haben, ein eigenes Profil zu entwickeln. Und ich habe – ich gehe schon einmal ein Stück weit weiter – am Beispiel Steilshoop erkannt, wie furchtbar es ist, wenn in einem Riesengebäudekomplex jede Menge verschiedene Schülerschaften verschiedener Schulen herumturnen und keiner mehr weiß, was da eigentlich los ist. Das darf hier nicht sein. Deswegen sage ich hier sehr klar, egal, wo wir diesen Anbau machen, es muss sich um eine identifizierbare, klar getrennte Schule handeln, die auch in ihrer eigenen, in ihrem eigenen Profil auch äußerlich erkennbar ist.

Die letzte Frage aber, an der Stelle habe ich andere Bewertungen als die Schulvertreter vor Ort, nämlich die Frage: Schadet das einem Standort in irgendeiner Form? Am Gymnasium Rissen wird befürchtet, dass eine zusätzliche Stadtteilschule in unmittelbarer Nachbarschaft dazu führen könnte, dass die Anmeldezahlen zurückgehen. Das Gymnasium Rissen beruft sich auf seine in der Tat nicht ganz einfache Lage – sie sind ja nicht mitten in Hamburg und können rundherum viele Schüler einziehen – und es beruft sich auf die Erfahrungen, die sie gemacht haben im Rahmen der Primarschuldiskussion und vorheriger Diskussionen, wo es zu Anmeldeeinbrüchen gekommen ist. Ich will Ihnen offen sagen, nach meinen Erfahrungen, nach dem, was ich auch für möglich halte und was ich mir an diesem Standort wünsche, sehe ich die Gefahren für die Anmeldesituation des Gymnasiums Rissen nicht, wenn dort eine Stadtteilschule am Ort mit einem eigenen Profil aufwächst. Diese Gefahr sehe ich deshalb nicht, weil wir in Hamburg eine Reihe von Standorten haben, wo Stadtteilschule und Gymnasium in unmittelbarer Nachbarschaft ganz unterschiedliche Formen der Zusammen- oder Nicht-Zusammenarbeit pflegen. Ich will einmal darauf hinweisen, dass in Finkenwerder eine lebhaftige Zusammenarbeit von Stadtteilschule und Gymnasium, die sozusagen direkt gegenüberliegen an derselben Straße, und das ist keine Straße, die sechsspurig ist, sondern das ist ein Weg, würde ich beinahe sagen, läuft. Ich erinnere an die Schule meiner eigenen Kinder – auch ein Abgeordneter ist hier sehr gut informiert –, Stadtteilschule Lohbrügge, gegenüber das Gymnasium Lohbrügge. Man kann nicht sagen, dass es immer eine herzliche Zusammenarbeit gegeben hat, aber es war immer möglich, ein klares, eigenes Schulprofil zu fahren, immer. Und das in einer Raumsituation, die, darf ich sagen, mit Sicherheit noch „kuddelmuddeliger“ ist – oh Gott, jetzt ist Wortprotokoll, na gut, hilft nichts – als das, was in Rissen geplant ist. Sodass ich aufgrund dieser Erfahrung gerne allen Beteiligten sagen möchte, ich werde selber in der Tat mich hier wortwörtlich protokollieren lassen mit der Ansage, es muss mittelfristig durch den Zubau eine räumliche Identifikation beider Standorte klar erkennbar sein. Aber unter dieser Maßgabe ist aus meiner Sicht aus insbesondere finanziellen und Standorterwägungen heraus der Standort Gymnasium Rissen für die Stadtteilschuldependance der bessere im Vergleich zum Schulstandort der Grundschule, die uns zusätzlich die Erweiterungsmöglichkeiten für weitere Grundschulzüge dort verbauen würde.

Vorsitzender: Herr Heinemann.

Abg. Robert Heinemann: Herr Senator, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie in Rissen so auf das Thema Identität auch eingegangen sind und auch noch einmal das Thema Sportplatz geprüft haben. Vielleicht guckt man auch noch einmal intensiv hin. Herr Staatsrat Voges kennt ja die Themen, die wir geschafft haben damals gemeinsam mit dem „Festland“, einer sehr komplexen Situation, wo man ein Schwimmbad angesiedelt hat, eine Schule umgesiedelt hat und auch Wohnungsbau geschaffen hat im Altonaer Bereich, und auch das ist gelungen. Also, vielleicht gelingt auch hier so eine ähnliche Kombination, sogar mit Wohnungsbau, könnte ich mir sehr gut vorstellen in Rissen. Was das Thema Identität angeht, bin ich sehr froh, dass Sie es hier so angesprochen haben, weil, genau das scheint mir auch ein Knackpunkt zu sein. Wenn Sie im Moment in die Schule kommen, finden Sie dort viele Pfeile, die Sie immer zur Stadtteilschule weisen, damit Sie dann durch

die Schule auch irgendwann die Stadtteilschule finden. Und ich habe schon Sorgen, wenn Sie sich die Pläne angucken, wo die Stadtteilschule geplant ist, sozusagen ohne eine Annoncierung, wie man so schön sagt, zur Straße und wenn man dann auch noch liest in dem Gutachten: „Aufgrund der erheblichen Überschneidung im Raumbedarf zwischen beiden Schulen ist eine Überplanung der Bestandsgebäude der Neubauten auch so möglich, dass beide Schulen Fachräume und Gemeinschaftsflächen gemeinsam nutzen und so für beide Schulen zusätzliche Synergien entstehen.“ Das klingt für mich nicht nach einer Identität einer jeden Schule, sondern es klingt für mich nach einem großen Schulzentrum. Das kann man wollen. Ich halte es an dem Standort für falsch aus den Gründen, die Sie selber genannt haben. Von daher sollte man da, glaube ich, noch einmal sehr genau hingucken.

Was ich ebenfalls spannend fand, Sie hatten gesagt, dass es eventuell einen Bedarf für einen zusätzlichen Grundschulzug gibt. Genau die Vermutung habe ich aus Ihren Zahlen, die Sie mir einmal geliefert haben, auch. Es gibt im Moment etwas unter 2 000 Grundschüler in der Region, also knapp 500 pro Jahrgang. Sie rechnen in Ihrem Schulentwicklungsplan künftig mit 500 bis 530 Einschulungen stabil, tendenziell durch die Neubauten sogar etwas mehr, planen aber mit ein bis zwei Zügen in der Grundschule weniger. Das konnte ich so nicht nachvollziehen. Also, wie gesagt, nach Ihren eigenen Zahlen, die Sie im Schulentwicklungsplan benennen, round about 40, 50 Kinder mehr pro Jahrgang, in Spitzen sogar mehr, gleichzeitig aber eine Reduzierung der Züge um ein bis zwei, das kann doch aus meiner Sicht nicht ausgehen und da zum Beispiel steckt der eine Zug Iserberg eventuell mit drin.

Vorsitzender: Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Ich nehme Ihre Anregung gerne auf und überprüfe noch einmal die Anzahl der Grundschulzüge und unter Umständen wird dann einer ergänzt.

Vorsitzender: Gibt es weitere Fragen aus dem Kreis der Abgeordneten zum Thema Stadtteilschule in Rissen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum nächsten Thema.
– Herr Senator.

Senator Rabe: Ja, dann würde ich gerne einen kurzen Schlenker machen, bevor ich zum spannenden Thema der Stadtteilschule auf der Uhlenhorst oder wie wir sie auch immer nennen wollen, komme.

Es war zwischenzeitlich noch kurz angemerkt worden, ich gehe jetzt in den Hamburger Osten, dass in dem Gebiet Fuchsbergredder-Grundschule sowie der damit zusammenhängenden Schule Steinadlerweg und später Oberstufe Stadtteilschule Horn die Wegebeziehungen schwierig sind. An dieser Stelle sage ich noch einmal, das ist zwar nicht direkt Teil des Schulentwicklungsplans, aber wir werden uns das noch einmal angucken. Es war die Rede von einem Neubaugebiet, das sehr schwierig den Schulweg hat zu der benachbarten Grundschule. Das muss ja nicht sein und wenn es da eine Möglichkeit gibt, dann werden wir – ah ja, ich sehe, das hier auch schon, dass wir das in der Anmerkung mit vorgesehen haben –, dann werden wir uns die Schulwege noch einmal angucken. Ich weise aber auch darauf hin, dass wir es im Hamburger Osten an der Stelle nicht einfach haben mit den Oberstufen. Schülerinnen und Schüler, die sich zutrauen, das Abitur zu machen, verlassen hier in größerem Ausmaß, als das wünschenswert ist, die gesamte Region. Das führte bereits dazu, dass ja auch eine der Vorgängerregierungen in Bezug auf den Gymnasialstandort Horn der Meinung war, das hat keinen Sinn mehr. Und das bedeutet aber umgekehrt, wenn wir nicht mehr so viele Oberstufenschüler haben, die in dem Gebiet bleiben wollen, müssen wir ihnen teilweise etwas längere Wege zumuten. Ich kann den Unmut verstehen. Ich weise aber umgekehrt darauf hin: Wir haben vor allem in diesem Gebiet deshalb so wenige Oberstufenschüler, weil andere Oberstufenschüler dieses Gebietes sich selbst noch viel weitere Wege zumuten und mit Begeisterung nach Norden

gehen, ob nun Matthias-Claudius oder Charlotte-Paulsen oder wo auch immer die Flucht sie hinführt. Und insofern bin ich ein bisschen ratlos, wie ich mit diesen Argumenten umgehen soll, deshalb, weil ich es mir wünschen würde, die Schülerinnen und Schüler blieben in dieser Region. Es würde der Region nützen, es würde den Schulen nützen, es würde den Schulwegen nützen. In dem Moment, wo ein Teil der Schüler sich weite Wege zumutet und sagt, ich gehe gar nicht mehr in Billstedt-Horn zur Schule, sondern lieber in Wandsbek, müssen wir den übrig gebliebenen Schülern, wenn sie ein Oberstufenangebot wahrnehmen wollen, natürlich etwas längere Wege zumuten, weil wir nicht mehr an jedem Stadtteilschulstandort eine funktionierende Oberstufe einrichten können. Ich bin aber doch sehr froh, dass gerade Steinadlerweg, Denksteinweg offensichtlich eine Stadtteilschule ist, die sich stabilisiert und wir es schaffen, dort in der Region an Standorten, wo man es vor Jahren vielleicht nie für möglich gehalten hatte, doch funktionierende Oberstufen auf den Weg zu bringen.

Dann komme ich jetzt aber zu der schwierigen Lage in Winterhude, Entschuldigung Barmbek-Uhlenhorst. Und jetzt muss ich die Region noch einmal kurz aufblättern. Mögen Sie mir noch einmal helfen? 13 war's, ich hätte jetzt 12 immer gedacht.

Sie haben die Lage aus dem Elternrat mitbekommen und ich könnte es mir bequem machen und mich zurücklehnen und sagen, da seht Ihr mal Abgeordnete, wie schwierig das ist, auf wen soll ich denn nun hören. Aber ich will auch deutlich machen, welche Schwierigkeiten dahinterstehen. Wir haben drei Schulgebäude, die von zwei Grundschulen genutzt werden. Diese Nutzer sind die Schule Humboldtstraße und die Schule auf der Uhlenhorst. Eine der beiden Schulen, es muss die Schule auf der Uhlenhorst sein, nutzt zwei Schulgebäude. Das war dieser Schule dringend empfohlen worden vor zwei Jahren und das wollte die Schule nicht. Sie hat sich sehr energisch dagegen gewehrt, es ist aber ihr im Rahmen der Primarschulreform verordnet worden, die benachbarte, dann leer stehende Schule mit zu nutzen. Jetzt tut sie das seit einem Jahr, obwohl es klare Beschlüsse der Eltern gibt, und daraufhin haben ja die einen Elternvertreter hingewiesen, auch Befragungen noch aus dem Mai des letzten Jahres, die sagten, wir wollen aber nur einen Standort. Und ich darf in diesem Zusammenhang die Abgeordneten daran erinnern, dass wir regelmäßig eher das Problem haben, dass sich die Betroffenen gegen einen zweiten Standort wehren, weil sie sagen, es sind lange Wege, und gerade bei Grundschulern sind es auch noch gefährliche Wege. Übrigens ist das direkt neben der Schulbehörde, gucken Sie sich die Straßen einmal an, viel Vergnügen, kann man da nur sagen. Das ist ja keine idyllische Gegend mit Bäumen und kleinen Fußwegen, sondern das ist mitten in der Innenstadt. Hamburger Straße selber ist achtspurig in jede Richtung, aber auch der parallel laufende Winterhuder Weg ist, glaube ich, mindestens vierspurig, wenn nicht sogar breiter. Also, da liegen diese Schulen. Und die Idee war jetzt, dass wir diese Dreifachnutzung wieder zurückführen nach dem Motto, jede Schule nutzt ein einziges Schulgebäude. Denn das dritte Schulgebäude können wir verwenden zum Aufbau einer völlig unstrittigen Stadtteilschule. Diese Stadtteilschule ist von allen gefordert worden. Es liegt auch ein klarer Beschluss der Bezirksversammlung dazu vor. Es liegt auch in jeder Hinsicht da eine ganze Reihe von Zustimmungsbekundungen vor, auch übrigens von den das kritisch sehenden Elternvertretern, die hier alle aufgestanden sind. Die haben gesagt, die Stadtteilschule brauchen wir, nur nicht in unserem Haus. Das war ja im Kern die Botschaft dabei. Und für uns ist deshalb zu prüfen: Geht das noch woanders und was kostet das und wie sinnvoll ist es?

Die Elternvertreter haben eine Sache verschwiegen, die ich gern ergänzen möchte. Sie haben gesagt, dann wird ja unsere Schule wieder kleiner, wenn wir das benachbarte Gebäude nicht mitnutzen können. Da haben Sie recht und das haben wir auch in dem Schulentwicklungsplan geschrieben. Da steht nicht mehr die Vierzügigkeit für diese Schule, sondern die Dreizügigkeit. Das ist aber deshalb nicht so problematisch, weil unmittelbar daneben sich eine zweite Grundschule befindet. Die war bisher zweizügig, hat aber durchaus die Möglichkeit, sie dreizügig aufzurüsten, darf ich es so sagen, mit wenigem Zubau. Und deswegen schafft diese Schule zumindest die Entlastung für diesen einen Zug.

Nun wird darüber hinaus argumentiert, dass langfristig noch ganz viel Wohnungsbau zu erwarten ist. Aber auch hier sage ich, meine sehr verehrten Abgeordneten, dann, wenn bestimmte Flächen klar erschlossen sind und die Planung relativ weit ist, dann werden wir das selbstverständlich auch berücksichtigen. Und dass ich als Mitglied der SPD uns in Sachen Wohnungsbau viel zutraue, das will ich von vornherein noch einmal anmerken. Aber mit dem groben Verdacht, und hier wird auch noch etwas gebaut, jetzt sozusagen weitere Grundschulstandorte aus dem Boden zu stampfen, da gilt dann doch die Devise, dann soll das auch sich ein Stück realisieren und dann werden wir auch zügig zusätzliche Lösungen finden. Die jetzt von uns gefundene Lösung sieht in der Tat vor, dass dieser eine Zug nicht geschlossen wird, sondern in dem benachbarten Standort, der nach meiner Kenntnis 300 Meter weiter ist, vielleicht sind es 500, aber das ist auch das höchste der Gefühle, da entsprechend Aufnahme findet. Dann schaffen wir es, dass das dritte Gebäude frei wird für die Filiale, die sich ja eigentlich jeder wünscht.

Nun war vorgeschlagen worden, die Filiale ganz woanders zu machen. Darüber kann man zwar nachdenken, aber hier will ich auch einmal sagen, jeder wünscht sich natürlich für seine Schule paradiesische Raumverhältnisse. Aber die jetzigen Raumverhältnisse der Schule auf der Uhlenhorst mit den zwei Standorten sind schlicht unwirtschaftlich. Wir brauchen auch einmal einen Maßstab, den wir durchhalten, und können nicht sagen, wer sich gerade ein Schulgebäude durch Laternenumzüge und viele öffentliche Schreiben besetzt hat, der hat damit einfach doppelt so viel Raum wie jede andere Schule. Wir brauchen, glaube ich, eine gewisse Orientierung, was eine Schule haben muss, was sie haben sollte. Und wenn wir uns an solchen Werten orientieren, auch uns angucken, was andere Grundschulen haben, dann sind wir der Meinung, dass es gut geht, dass wir an beiden Standorten die jeweiligen beiden Grundschulen auf ein Gebäude konzentrieren. Wir räumen ein, es ist Zubau erforderlich. Und ein Elternvertreter hatte darauf hingewiesen, dass die Zubaumöglichkeiten nicht einfach sind. Er hat auf eine enge Toreinfahrt hingewiesen, auch unsere Bauplaner haben sich damit beschäftigt und gesagt, der Bau wird eher ein bisschen teuer, weil nicht das Gebäude an sich, aber die Bauphase dort nicht einfach darzustellen ist. Aber ich will Ihnen sagen, was wir teilweise an Bauphasen haben und leisten müssen mit Minenräumungen und Ähnliches, das ist alles noch in einem Bereich, den man organisieren kann. Deswegen finden wir, wir gewinnen keine Wege für die Kinder, wir verlieren keinen Zug, sondern wir geben ihn der unmittelbaren Nachbarschule und wir lösen ein räumliches Problem, dass, wenn wir es so nicht lösen würden, in einer Schule zu – ich sage es aus der Schulperspektive – paradiesischen Raumzuständen, aus der Perspektive des Schulsenators muss ich aber so zugespitzt sagen, auch überproportionalem Leerstand führen würde. Und es ist auch meine Pflicht, dafür zu sorgen, dass die vorhandenen Raumkapazitäten ordentlich genutzt werden.

Dann kam noch der Hinweis, dass die Turnhalle Imstedt Nutzungsprobleme hat. Ich hatte zwischendurch deshalb noch einmal mit meinen Fachleuten gesprochen. Nach unserer Auffassung soll weiterhin die Turnhalle entsprechend berücksichtigt werden. An der Stelle muss ich aber sagen, konnte ich nicht gleichzeitig den Eltern zuhören und meinen Baufachleuten und würde gern einmal kurz – haben Sie eigentlich ein Mikrofon – übergeben zu der Frage, ob die Weiternutzung dieser Turnhalle eigentlich möglich ist. Die Schwierigkeit ist, dass wir dieses Schulgebäude perspektivisch aufgeben wollen, kurzfristig aber brauchen, um an anderer Stelle, nämlich bei der Goldbek-Schule, eine Bauphase zu flankieren. Diese Bauphase dort bedeutet nämlich Auslagerung der Schülerinnen und Schüler an den Standort Imstedt. Nun kann es sein, dass die dann auch dort turnen. Und jetzt ist auch meine eigene Frage: Kommen die sich ins Gehege? Und wenn ja, dann werden wir noch einmal gucken, wie wir das vermeiden können.

Frau Störmer: Also, die kommen sich sicherlich ins Gehege, wenn die Goldbek-Schule da ausgelagert ist. Da wird man dann mit beiden Schulen sprechen müssen und einvernehmliche Lösungen finden. Auch die Sporthalle in der Humboldtstraße 89 wird man sicherlich mit beiden Schulen, die dann dort ansässig sind, reden müssen, wie man die aufteilt und wie man die dann zusammen nutzt.

Senator Rabe: Also, gemeinsame Nutzung ist nötig, aber auch möglich. Habe ich es so richtig verstanden?

(Herr Rosenboom: Aber wird knapp!)

– Aber wird knapp, wird gesagt. Gut. Dann hat das jetzt auch noch einmal offiziell das Protokoll erreicht. Wir werden das entsprechend prüfen, dass das möglichst zu vermeiden ist.

Also, vor dem Hintergrund dieser umfangreichen Abwägung will ich offen sagen – wir haben ja die ganzen Stellungnahmen bekommen – waren für uns die Argumente nicht neu. Wir haben sie sehr sorgfältig geprüft und – ich will ganz offen sagen – nach bestem Wissen und Gewissen abgewogen. Es gibt auch gegenteilige Voten, die genau unsere Planung begrüßen, nicht nur von den Eltern, auch hier hat ja die Bezirksversammlung sich sehr eindeutig geäußert, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Und deswegen sage ich Ihnen ehrlich, ich habe Verständnis dafür, dass die Eltern einer Schule hier einen besonderen Vorteil behalten müssen, aber ich als Schulsenator muss auch darauf achten, dass wir insgesamt in Hamburg zu einer vernünftigen Ausnutzung der vorhandenen Räume kommen und nicht mit vielen, vielen Kosten an einigen Stellen ganz besondere zusätzliche Raumangebote sicherstellen. Und das können wir nur, wenn wir hier die Filiallösung in diesem Schulgebäude entsprechend machen. Dass es – Entschuldigung, dass ich noch einmal so nachschlucke –, dass es dann aber Zubaubedarf bei allen drei, wenn sie auch im kleineren Umfang sind, darauf haben alle hingewiesen, das steht auch im Schulentwicklungsplan. Das gilt auch für die neue Stadtteilschule. Daraufhin hatte ja auch ein Redner hingewiesen, der sagte, in dieses Gebäude der früheren Haupt-/Realschule wird die Stadtteilschule langfristig alleine nicht reinpassen. Wir wissen es, aber ein kleinerer Zubau hier ist immer noch die einfachere und bessere Lösung.

Vorsitzender: Frau Dr. von Berg.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich habe eine Frage bezüglich der Tatsache, dass Sie ja planen, eine Dependance der Heinrich-Hertz-Schule dort zu implementieren. Es wäre ja auch möglich, eine Dependance der Stadtteilschule Winterhude dort einzurichten. Ich habe jetzt nicht die Anmeldezahlen im Kopf, hätte ich natürlich auch noch einmal abfragen können, aber die haben Sie vielleicht, wenn nicht im Kopf, dann auf dem Papier. Ich glaube, beide Schulen sind wirklich gut angefragt, über Gebühr angefragt, beide Schulen, müssen regelmäßig auch Schülerinnen und Schüler ablehnen. Das wäre ja auch eine Möglichkeit gewesen, zumal die Stadtteilschule Winterhude ja auch eine ist, die deutlich innovativ auch arbeitet.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: In der Tat sind es beides tolle Schulen, die hoch angewählt werden, und das kann man wirklich an der Stelle auch einmal lobend sagen, dass wir froh sind, dass wir solche Geburtshelfer haben. Insbesondere Dank an Herrn Augustin, den Schulleiter Heinrich-Hertz. Übrigens gilt das auch für Frau Pfeiffer, Stadtteilschule Harburg, und ...

(Herr Rosenboom: Herrn Morgenroth-Marwedel, Stadtteilschule Blankenese!)

... Stadtteilschule Blankenese. Denn es ist nicht einfach, so eine Filiale sozusagen in Doppelfunktion mit aufzubauen. Wir haben uns hier orientiert daran, dass Heinrich-Hertz aber die deutlich größere Schule ist und wir auch ein Stück vermeiden möchten, dass solche Megaschulen entstehen, weil wir nach mehreren Rücksprachen auch mit Schulleitern die Erfahrung gemacht haben. Jenseits der Sechs-/Siebenzügigkeit wird der Laden auch

unübersichtlich. Und da ist eben Heinrich-Hertz dann doch von uns gefragt worden, um das entsprechend zu machen.

Vorsitzender: Noch Fragen aus dem Kreis der Abgeordneten?

(Zuruf des Abg. Robert Heinemann)

– Ja, wir machen noch weiter.

(Zuruf des Abg. Robert Heinemann)

Gut, dann, denke ich, sind wir mit der Schule an der Uhlenhorst an der Stelle durch. – Zur Schule Rellinger Straße gab es ja noch einige Fragen. Vielleicht fahren wir einfach damit fort.

Senator Rabe: Ja, da hatte – ach so, Entschuldigung, ich bin dran?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Da hatte die Elternvertreterin, Frau Pott, ja auf den Zubaubedarf hingewiesen. Hier beim Zubaubedarf möchte ich unterscheiden. Wir haben in der Tat ja vier Modellschulen für das längere gemeinsame Lernen bis Klasse 6 und diese Modellschulen haben natürlich deshalb mehr Schülerinnen und Schüler. Häufig haben sie – das gilt beispielsweise für Rellinger Straße, aber genauso für Grumbrechtstraße in Harburg – dafür nicht genügend Räume. Und jetzt ist die Frage, ob wir für diesen befristeten, wenn auch langfristig befristeten zehnjährigen Modellversuch, feste Räume dazubauen oder ob wir das nicht tun. Unstrittig ist, dass wenn die Schule bis Klasse 4 eine größere Zügigkeit hat, wir diese Räume natürlich auch durch richtige Schulbauten sicherstellen. Strittig ist nur die Frage, ob wir die Klassen 5/6, ob wir für diese Klassen ebenfalls richtige Schulgebäude bauen oder ob wir sagen, dass diese Klassen während des Schulversuchs in einem mobilen Klassenraum untergebracht sind.

Und hier haben wir uns die Lage genau angeguckt, rauf und runter die Argumente gewälzt, und ich will es einfach sehr klar sagen, habe ich entschieden, dass diese Versuchsschulen für die Klassen 5/6 keine festen zusätzlichen Gebäude bekommen. Das ist eine schwierige Entscheidung gewesen. Und ich habe auch mitbekommen, dass sie manchmal gewollt, manchmal ungewollt missverstanden wird nach dem Motto, wir wollen diesen Schulversuch in irgendeiner Form torpedieren. Aber die eigentliche Entscheidungsgrundlage ist, dass man sich angucken muss: Seit wann läuft es? Es läuft seit 2010. Wir sind jetzt im anderthalbsten Jahr. Wie lange läuft es noch? Achteinhalb Jahre. Wie lange würde es dauern, wenn wir dort Schulgebäude bauen? Nach allen Erfahrungen, wenn wir nett und glücklich und schnell sind und sofort sagen, die kriegen in der ersten Tranche etwas ab, werden wir mindestens zwei, aber sicher eher drei Jahre warten, bis die Gebäude stehen. Dann sind im Großen und Ganzen fünf Jahre des auf zehn Jahre befristeten Schulversuchs um. Und es ist zu fragen, ob es vernünftig, aber auch, ob es von den hohen Schwierigkeiten, die wir haben, weil die Mittel im Schulbau nicht reichen für die vielen Ansprüche, fast jeder Teilnehmer, der aufgestanden ist, den hätte ich ja befriedigen können, indem ich gesagt habe, bei dir bauen wir auch. Aber es ist ja klar, dass das alles nicht geht. Und da ist die Frage: Wo bauen wir denn mit den begrenzten Mitteln? Und ich finde, ein Schulgebäude, das sicherlich 50 Jahre, aber eher 100 Jahre – gucken Sie sich unsere Schulen an – locker steht und auch funktioniert und steht bei entsprechender Pflege, das zu bauen für einen Schulversuch, der ab Baufertigstellung für fünf Jahre nur sicher ist und dessen Perspektive danach ungewiss ist, das ist in der Abwägung der verschiedenen Bauvorhaben sicherlich nicht das vorrangige Ziel. Wenn wir aber hier noch länger warten, dann lohnt es erst recht nicht und dann muss man auch einmal ehrlich sein und nicht in der Öffentlichkeit ständig irgendetwas erzählen, was man hinterher nicht halten kann und sagen, nein, für fünf Jahre bauen wir kein Schulgebäude, das danach möglicherweise die restlichen 70 Jahre seiner Lebenszeit

weitgehend ungenutzt herumsteht. Da haben wir Dringenderes zu tun. Diese Entscheidung ist von den Schulen selbstverständlich nicht mit Begeisterung aufgenommen worden und das war ja ein Teil des Wortbeitrages der Schule Rellinger Straße. Aber ich darf Ihnen offen sagen, ich will ja kein Geheimnis draus machen, auch die anderen Primarschulstandorte haben sich ähnlich geäußert und gesagt, wir wollen auch für unseren Schulversuch ein festes Gebäude, und da sind wir anderer Meinung.

Vorsitzender: Herr Heinemann und dann Frau Dr. von Berg.

Abg. Robert Heinemann: Herr Senator, ich bin ja nun unverdächtig, mich für die Primarschule einzusetzen, aber wir sind ja beide für den Schulfrieden in Hamburg. Und ich finde, wenn man einen solchen Schulversuch macht, und der hat ja schon eine gewisse politische Bedeutung, das ist ja nicht einfach irgendein Schulversuch, sondern einer, der die große Frage beantworten soll: Ist denn nun sechs Jahre gemeinsames Lernen besser oder weniger gut? Wenn wir das in achteinhalb Jahren beantworten wollen, brauchen wir zwei Dinge. Zum einen eine wissenschaftliche Begleitung, die es leider bis heute nicht gibt, und zum Zweiten natürlich auch vergleichbare Bedingungen. Und ich kann mir sehr gut die Situation in achteinhalb Jahren vorstellen, vielleicht sind Sie dann nicht mehr Senator, aber in achteinhalb Jahren wird man vor der Frage stehen: Was macht man denn dort jetzt? Entweder die sind erfolgreich, dann, glaube ich, wird wahrscheinlich kein Senator sagen, wir beenden das jetzt einfach, war zwar erfolgreich, aber wen interessiert das schon, macht mal schön mit vier Jahren weiter. Oder Sie waren nicht erfolgreich, und dann weiß ich auch, wird die Schule immer argumentieren, wir konnten ja auch gar nicht erfolgreich sein, denn man hat uns ja nie vernünftige Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, wir haben hier immer unter provisorischen Bedingungen ohne wissenschaftliche Begleitung und so weiter agieren müssen, das ist ja sozusagen nicht vergleichbar gewesen. Und wir werden weiterhin den Streit haben, das ist für mich das Entscheidende, den Streit haben in Hamburg, ob das denn nun sozusagen eine vertane Chance war oder ob man eben wirklich einmal es ausprobiert hat und es halt nicht funktioniert hat. Und mir ist sehr daran gelegen, dass wir in achteinhalb Jahren gemeinsam zu dem Ergebnis kommen, ja, es funktioniert, oder nein, es funktioniert nicht. Dazu gehören vergleichbare Bedingungen, dazu gehört eine wissenschaftliche Begleitung und im Sinne des Schulfriedens ist es, glaube ich, sehr, sehr gut investiertes Geld, wir wissen alle, was die damalige Schulreform gekostet hat, die vertane Planung dort. Und, ich glaube, dagegen ist es hier sehr gut investiertes Geld und die Kinder haben dort einen Anspruch, in den nächsten acht Jahren in vernünftigen Räumlichkeiten zu lernen.

Vorsitzender: Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Die Evaluation ist bereits in Auftrag gegeben. Da ist die Entscheidung getroffen. Das habe ich auch immer gesagt, selbstverständlich wird evaluiert.

Zweitens, eine Benachteiligung kann man daraus zwar konstruieren, aber Sie selber haben doch auch in vielen Anfragen deutlich gemacht, dass wir mittlerweile über 300 Schulcontainer stehen haben, und das bei 300 Schulen heißt, dass es an einigen Standorten sehr, sehr viele gibt. Dass es jetzt eine spezifische Benachteiligung dieser Standorte ist, wenn da vier Container stehen, ich habe gerade besucht den Standort Gymnasium Lohbrügge, dort stehen 16 Container, oder Goosacker, da stehen die schon in zwei Stockwerken. Da muss man ehrlicherweise sagen, das ist dann doch ein bisschen konstruiert, daraus eine Benachteiligung abzuleiten.

(Zuruf des Abg. Robert Heinemann)

Und darf ich darüber hinaus sagen, dass wir an diesen Standorten, die ja durchaus attraktiv sind, im Moment ja nach wie vor eine hervorragende Anmeldesituation haben, sodass man jetzt nicht irgendwie folgern könne, dass da es dringend nötig ist. Aber ich will Sie zum Schluss, Herr Heinemann, schon ernst nehmen und sagen, ja, ich könnte dort auch bauen,

dann kann ich nicht Charlotte-Paulsen bauen. Oder wenn ich das trotzdem tun sollte, ist die Stadtteilschule am See nicht mehr möglich. Wir müssen abwägen und wir müssen dann auch gucken, Ärger gibt es immer, wenn wir jemanden sagen, das können wir jetzt nicht machen. Und deswegen orientiere ich mich nicht in erster Linie an der Frage, gibt es Ärger, sondern ich orientiere mich erst einmal an der Frage: Was ist wirklich sinnvoll? Und da sage ich, sinnvoll ist es, ein Schulgebäude dort zu bauen, wo ich in den nächsten zehn Jahren mindestens, aber eher in den nächsten 50 Jahren weiß, diese Schule wird in dieser Form da so bleiben. Und nicht sinnvoll ist es, ein Schulgebäude an einem Standort zu bauen, wo wir in acht Jahren schon fragen: Wollen wir so weitermachen? Und deswegen ist das die Grundlage der Entscheidung gewesen.

Wenn ich Ihnen ganz offen sagen darf, wenn ich mich hätte leiten lassen von der Ärger-Frage, hätte ich im Großen und Ganzen ratlos die Planung einstellen können. Ich habe zu jedem Standort temperamentvolle Briefe mit dem Tenor – nicht zu jedem, zu fast jedem: „Wir brauchen mehr Platz.“ Und das Einzige, was ich da zu meiner Entspannung tue, ist, ich darf den einen Wortbeitrag ernst nehmen, ich gehe nach Berlin und gucke mir andere Bundesländer an und stelle fest, wenn ich wiederkomme, alles halb so schlimm. Ganz im Ernst, denn wir reden ja nicht darüber, dass wir uns hier in einem einzigen Staat auf der Welt befinden, sondern es gibt ja vergleichbare Bundesländer. Und deswegen sage ich Ihnen ganz offen, in erster Linie ist die Frage: Werden diese Gebäude vernünftig ausgenutzt? Zugute kommen sie immer Kindern, aber wie lange, das ist die entscheidende Frage, nicht die Frage: Wer ärgert sich?

Vorsitzender: Frau Dr. von Berg.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja, danke, Herr Vorsitzender. – Ja, Herr Rabe, sinnvoll ist natürlich, wenn Schulgebäude gut genutzt werden – das kann ich auch wirklich verstehen, das muss man unter haushalterischen Gesichtspunkten auch sehen – und auch möglichst nachhaltig genutzt werden und lange genutzt werden. Und da muss man sich gerade bei den Schulen Grumbrechtstraße, die hier heute noch gar nicht aufgetaucht ist, und auch Schule Rellinger Straße einfach einmal perspektivisch vorstellen, die sind sehr gut angewählt. Beide Schulen müssen in Klassen..., also in ganzer Zugstärke, Schülerinnen und Schüler abweisen. Wenn ich das perspektivisch weiterspinne, in Eimsbüttel, wo wir echt auch da noch nachverdichten und Zuzug haben und Familien und so weiter, diese Schule, die soll jetzt, die Rellinger Straße soll ja von drei..., also, da steht ja Dreizügigkeit kann nicht aufrechterhalten werden, soll ja noch heruntergeregelt werden sozusagen auf Zweieinhalbzügigkeit, geht ja bei JÜL auch, warum kann man jetzt nicht sagen, man baut da neu. Und wenn der Schulversuch ausgelaufen ist, und nehmen wir einfach mal an, der Schulversuch war nicht erfolgreich, und auch bei der Grumbrechtstraße, dann kann man doch sagen, kann man diese Zubauten nutzen für eine Erweiterung der Zügigkeit. Ich kann verstehen, selbst wenn Sie sagen, Sie planen nur für fünf Jahre, ich kann aber verstehen, dass Sie Bauten für längere Zeit auch planen müssen. Das ist auch für mich absolut nachvollziehbar, obwohl ich sehr verdächtig dafür bin, die Primarschule zu unterstützen.

Aber in diesem Punkt habe ich mir wirklich überlegt, diese Schule, die so gut angewählt ist, und auch die Grumbrechtstraße, da kann man doch bequem weitere Züge später einsetzen. Und da ist das Geld nicht verpufft, sondern es wird für nachhaltigen Schulbau eingesetzt. Und da möchte ich Sie einfach dringend noch einmal bitten, dass durchzurechnen. Und ich denke mir auch, zehn Jahre Container, das kostet ja auch richtig Geld. Da haben wir ja in Kleinen Anfragen auch herausgefunden, was ein Container im Jahr kostet. Wenn ich das auf zehn Jahre hochrechne, bin ich etwa, wenn ich eine BGF von, also Kosten von, was weiß ich, 3 000 Euro zugrunde lege, bin ich etwa bei einem Schulneubau.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Also, nein, die Schule ist dreizügig geplant. Sie ist nur zwei- bis dreizügig in dem Bereich der Klassen 5/6. Denn im unteren Bereich hat der SEPL eigentlich vorgesehen die Dreizügigkeit. Sie finden das auf Seite 39, es handelt sich ja um die Schulregion 9. Sollte die Dreizügigkeit auch noch zu klein sein, sage ich jetzt zu, werden wir uns das noch einmal genau angucken und überprüfen. Denn das war ja der erste Teil meiner Einlassung. Wenn eine Schule in den Klassen 1 bis 4 eine bestimmte Zügigkeit hat, dann wird diese Zügigkeit Maßstab für die festen Schulgebäude sein. Lediglich der Teil der Klassen 5/6 wird in dem Sinne nicht bei den festen Schulgebäuden in der ersten Planung berücksichtigt. Und ich hatte unseren Schulentwicklungsplan bisher so verstanden und auch die Anmeldesituation so verstanden, dass die Dreizügigkeit in den Klassen 1 bis 4, wie wir sie eben festschreiben, auch im Großen und Ganzen der Situation vor Ort entspricht. Wenn Sie jetzt sagen, sie könnten auch dauerhaft ständig vier Züge aufnehmen und die Anmeldesituation ist so, werden wir das noch einmal überprüfen.

Vorsitzender: Frau Dr. von Berg.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Auf Seite 38 steht ja in der Lyrik, dass „die Dreizügigkeit an der Schule Rellinger Straße ist im Bestand nicht realisierbar.“ Und das habe ich so gelesen und auch alle anderen, dass dementsprechend die Dreizügigkeit nicht aufrechterhalten werden kann und dementsprechend heruntergeregelt wird.

Senator Rabe: Nun ist die ...

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Und noch einmal wirklich zu den Anmeldezahlen: Die sind wirklich so gut, dass immer ein Zug abgelehnt werden muss.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Ja, das ist eben das Problem, dass im Moment, wenn ich es richtig verstanden habe im Schulentwicklungsplan, die Dreizügigkeit ist deshalb im Moment nicht realisierbar, weil auf den möglichen Zubauf Flächen die Container für die Erweiterung stehen. Aber ich merke, dass sich da etwas verzahnt. Und deswegen kann ich hier nur noch einmal sagen, diesen besonderen Fall können wir uns gerne da noch einmal angucken. Die Maß... – wie soll ich mal sagen –, die Richtlinie, an der ich mich bei den Starterschulen orientiere, lautet: Für die Zügigkeit in den Klassen 1 bis 4 müssen die festen Schulgebäude vorhanden sein und das muss sichergestellt sein. Und wenn das möglich ist, werden wir das da entsprechend machen. Wir sehen die Dreizügigkeit von Klasse 1 bis 4 ja vor, entsprechend. So. Und wenn wir jetzt den Bereich der weiterführenden Klassen 5/6 haben, da gilt, was ich vorhin sagte, hier halte ich einen Zubau nur für diese Klassenstufen für nicht vernünftig, wenn ich ihn abwäge mit den vielen anderen Bauvorhaben in der Stadt.

Vorsitzender: Wenn es dazu keine weiteren Fragen gibt, schlage ich vor die Schule Vizelinstraße und das Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium, die liegen ja auch so, grob gesehen, in der Region. Dazu gab es auch zum Thema Zubauten und Stichwort kreative Lösungen Wortmeldungen. – Herr Senator.

Senator Rabe: Ja. Ja, die haben ja sehr unterschiedliche Probleme. Also, die Schule Vizelinstraße: Frau Luchs, die Schulleiterin hatte gefordert, dass man dort Zubau macht, weil sie sagte, ihre Schule ist im KESS-2-Gebiet und deshalb wenig attraktiv für Eltern und sie haben sich viel Mühe gegeben, viele gute Ideen gehabt, aber es hat nicht zu den entsprechenden Anmeldungen geführt. Wenn jetzt also zusätzliche Menschen dort hinziehen, durch Zubaugebiete soll nicht an der Nachbarschule, die hohe Anmeldezahlen hat, zugebaut werden, sondern an ihrer Schule, damit wir – darf ich zugespitzt sagen – durch den Bau an einer Schule, die wenig angewählt wird, die Schülerströme dorthin lenken.

An dieser Stelle will ich auch sagen, was mich ebenfalls bei der Entwicklung des Schulentwicklungsplans hat leiten lassen. Ich bin der Meinung, es ist nicht klug, wenn Schulpolitik bewusst gegen Elternwillen gegenanbaut. Ich habe das – ich kann an vielen Stellen das sogar für vernünftig halten und kann sagen, es wäre doch verflüchtigt noch einmal besser, wenn die Schülerinnen und Schüler in diesen oder jenen Stadtteil gehen, statt immer wegzulaufen. Wenn wir so dächten, dürften wir übrigens auch kein zusätzliches Gymnasium in Eimsbüttel errichten, denn der Stadtteil Eimsbüttel hat so wenig Schüler, darf ich zugespitzt sagen, dass die dortigen drei Gymnasien vor Ort den Bedarf locker decken würden. Und jetzt ist die Frage, ob wir die Schulbaumittel nutzen, um Schülerströme zu lenken. Und ich weiß, dass ich jetzt ein großes Fass aufmache und jeder sagt, genau, das ist deine Aufgabe als Schulsenator. Und ich will auch offen sagen, dass ich an einigen Stellen tatsächlich gegen den Elternwillen bestimmte Maßnahmen mache, um Stadtteile zu stabilisieren. Wir kommen gleich darauf, es geht dabei um Steilshoop, wo die Anmeldesituation alles andere als ein Fingerzeig ist, da noch eine Schule hinzubauen. Und da sage ich, mache ich aber trotzdem. Aber das muss wirklich klug überlegt werden, denn wir wissen aus vielen Erfahrungen, dass wir wunderbare Schulen bauen können, sie stehen trotzdem leer, wenn sie auf der falschen Straßenseite sind. Bestes Beispiel, eine der letzten Entscheidungen, Maretstraße, wenn ich das richtig sehe, ist ja durchaus ein schönes Schulgebäude, aber dass da viel los ist, hatte ich bisher nicht so richtig den Eindruck oder hieß das ..., aber Ihr wisst, was ich meine.

(Zuruf: Maretstraße!)

– So ist es, Maretstraße. Gut.

Deshalb ist die Frage, wir haben eine gut angewählte Grundschule, eine wenig angewählte Grundschule. Wir erwarten weitere Schüler. Wo bauen wir? Ich habe großes Verständnis dafür, die Schule Vizelinstraße hat im Moment, wenn ich es richtig verstanden habe, ohnehin Raumkapazitäten, könnte durchaus mehr Schülerinnen und Schüler jetzt schon aufnehmen, sodass einer zusätzlichen Aufnahme nichts im Wege steht, wenn sich dann welche anmelden würden. Aber an der höher angewählten Schule bewusst Räume nicht zu errichten, um die Schüler in eine andere Richtung zu treiben, da bin ich skeptisch. Solange nicht ganz besondere stadtteilpolitische Gründe das erzwingen, glaube ich, dass sich Schulpolitik zu viel vornimmt, wenn sie über Mauersteine und viel Geld versucht, Schülerströme in bestimmte Ecken der Stadt zu lenken. Und da, muss dann leider sagen, ist es eher vernünftig, bevor wir Leerstände mit gutem Willen bauen, da zu bauen, wo die Eltern hinwollen, auch wenn es uns manchmal nicht passt.

Vorsitzender: Frau Heyenn.

Abg. Dora Heyenn: Danke, Herr Vorsitzender. – Ich sehe an diesem Punkt Konflikte, um nicht zu sagen, Widersprüche. Die Meldungen der engagierten Eltern und Lehrer haben ja gezeigt, dass im Laufe der Jahre Schulen geschlossen worden sind, Schulstandorte ausgebaut worden sind. Dann sind sie wieder abgewickelt worden, dann ist diskutiert worden, ob Oberstufen zusammengelegt werden und ausgelagert werden oder nicht. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie in 2010 gefordert haben, jede Stadtteilschule muss ihre eigene Oberstufe haben. Wir haben Ihnen damals gleich gesagt, das ist ein sehr hoch gegriffenes Ziel und in der Realität durchaus schwierig. Jetzt haben Sie für Horn selber gesagt, das ist nicht zu halten.

Ich finde, dass dieses Beispiel Vizelinstraße hier etwas ganz deutlich zeigt, und die Schulleiterin hat ja auch ganz klar darauf hingewiesen, was die spezifische Situation ist, nämlich 90 Prozent Kinder mit migrantischem Hintergrund und mindestens 10 Prozent, wenn nicht mehr, Kinder von Paragraph 12. Und in meiner Kleinen Anfrage habe ich ja auch sehen können, dass in den einzelnen Stadtteilen die einzelnen Stadtteilschulen das Thema Inklusion durchaus unterschiedlich schultern. Und das kann natürlich auch Auswirkungen auf

die Anmeldungen haben. Und diese Disparitäten, die setzen sich natürlich genau da fort. Und ob das nun die falsche Straßenseite ist oder eben, dass man weiß, wie die Schülerschaft ist, das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Eltern.

Nun sagen Sie oder nun steht im Schulentwicklungsplan, auf Seite 7 steht ganz klar drin die Anforderung an leistungsfähige Schulen, was die Mindestzügigkeiten anbetrifft, gleichzeitig wird dann auch gesagt, da will man sich aber gar nicht immer daran halten, man will auch gerne einmal von Mindestzügigkeiten absehen. Und es wird ganz klar gesagt, es soll keine Schulschließungen geben. Nun frage ich mich natürlich, wie will man Bestandsgarantien geben, wenn wir auf der anderen Seite Anmeldeverfahren haben, also ganz konkret gefragt – für die Schule am See haben Sie das schon angedeutet: Wenn jetzt so eine Schule wie die Vizelin-Schule aus naheliegenden Gründen zu wenig Anmeldungen hat, sie aber eigentlich ja eine Bestandsgarantie geben im Schulentwicklungsplan, was will denn die Behörde tun, damit diese Schule weiterhin existieren kann und weiterhin im Grunde ihr pädagogisches Konzept durchführen können? Und die Schulleitung hat ja auch ganz klar gesagt, sie möchte auch eine andere Durchmischung der Schülerschaft haben. Wie will dann die Schulbehörde das unterstützen? Denn es ist ja eigentlich ein sehr gut nachvollziehbares Anliegen dieser Schule. Und ich sehe da einfach diesen Widerspruch, dass Sie auf der einen Seite sagen, egal wie die Anmeldungen sind, wir machen keine Schulschließungen, auf der anderen Seite sehen Sie aber durchaus, und haben ja auch deutlich schon gesagt an ganz bestimmten Punkten, dann ist das nicht zu halten. Da sehe ich einfach ein Problem und da würde ich gerne wissen, wie Sie da gegensteuern wollen.

Vorsitzender: Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Erstens, es ist nicht richtig, dass wir eine Standortgarantie für jede Schule ausgesprochen haben. Selbstverständlich gilt das Schulgesetz, selbstverständlich gelten die entsprechenden Verordnungen und das heißt konkret, wenn eine Schule zu klein ist und das zweimal hintereinander, die entsprechenden Zahlen nicht erreicht, dann wird diese Schule auch nicht aufrechterhalten und aus dem Anmeldeverbund gestrichen und das heißt auch, eine solche Schule wird aufgelöst. Es sei denn, dass im Rahmen einer besonderen Ausnahme tatsächlich hier ein besonderer Zusammenhang vorliegt. Der liegt nach meiner Auffassung dann vor, wenn es sich um besonders weite Wege handelt. Das ist allerdings im inneren Bereich Hamburgs höchst selten der Fall. Deswegen haben wir solche kleinen Schulen auch nur zugelassen einerseits in den Vier- und Marschlanden und andererseits in dem Bereich Süderelbe mit Cranz und – hieß das Francop – Francop, Neuenfelde?

(Zuruf: Arp-Schnitger-Stieg!)

Arp-Schnitger-Stieg. Gut, also. Nur, um bestimmt – das ist aber eine Ausnahme. Nein, der Schulentwicklungsplan gilt. Deswegen hatte ja auch zu Recht, wie ich finde, ein Vertreter der, um da gleich einmal darauf einzugehen, Stadtteilschule Grellkamp darauf hingewiesen, die Drohung, „Beim wiederholten Verfehlen der Mindestzügigkeit wird die Rechtsfolge eintreten“, die hätten sie gerne gestrichen. Die kann ich locker streichen, das darf ich hier gleich einmal zusagen, weil sie trotzdem gilt, und zwar für alle Schulen. Das ist das eine.

Dennoch, Frau Heyenn, wollen wir die Schulen nicht alleine lassen. Ich hatte allerdings bei Vizelinstraße auch im Moment nicht den Eindruck, dass die um die Existenz kämpft im Sinne, dass die Anmeldezahlen zu niedrig sind, sondern sie war darauf aus, dass sie die Schülerschaft anders durchmischt haben wollte und deshalb über die bestehende Schülerschaft hinaus weitere, eher bildungsnahe Schüler dazubekommt, und sagte, wenn wir mit bestimmtem Zubau an ihrer Schule und der Verweigerung des Zubaus an einer Nachbarschule die Schülerströme automatisch in ihre Schule steuern, würde sie diese Durchmischung hinbekommen. An der Stelle habe ich gesagt, davon halte ich wenig. Dennoch müssen wir für benachteiligte Schulen etwas tun.

Wir haben im Landesinstitut uns schon vor einigen Monaten zusammengesetzt mit, wie ich finde, sehr renommierten Bildungsforschern und darüber nachgedacht, wie es möglich sein kann oder wie es noch stärker möglich gemacht wird, dass wir benachteiligte Schulen fördern. Und das ist zurzeit in der Planung der Behörde, hier Vorschläge zu machen, die wir auch den Abgeordneten vorstellen wollen. Dabei ging es erst einmal um die schwierige Frage, was ist eine solche benachteiligte Schule, und wir gehen davon aus, dass es sich um die Schulen handelt, die sowohl eine bildungsferne Schülerschaft haben, als auch um Schulen, die zumindest im Rahmen der Schulinspektion deutlich gemacht haben, dass da noch Entwicklungsbedarf ist. Und für diese Schulen wollen wir in der Tat etwas tun. Aber wir werden es nicht machen, dass wir sagen, jeder Standort bleibt, auch wenn sich da am Ende vielleicht gar keiner mehr anmeldet, sondern da gilt nach wie vor Schulgesetz.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Frau Dr. von Berg.

Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Meine Auffassung und, ich hoffe, Ihre auch, ist ja, Schulpolitik ist auch Sozialpolitik. Und wir reden ja im Schulentwicklungsplan oder schreiben Sie davon, dass es ein Neubaugebiet gibt, und das Neubaugebiet wird dazu führen, dass mehr Schülerinnen und Schüler kommen, das ist auch logisch, und die sollen an die Schule Döhrnstraße. Wir wissen ja noch gar nicht oder wir vermuten nur, welche Schule diese Eltern anwählen werden. Weil dieses Gebiet mitten in Eimsbüttel ist und sehr hochpreisig ist, ich habe es gerade noch einmal nachgeguckt, wir reden von Kaufpreisen zwischen 4 500 und 6 000 Euro pro Quadratmeter, vermuten wir, dass es eher gut verdienende und eher bildungsnahe Eltern sind und die werden dann Schule Döhrnstraße anwählen. Ich fände – und ich muss da Frau Luchs absolut zustimmen –, perspektivisch würde es echt Sinn machen, die Schule Vizelinstraße so sozial zu durchmischen. Oder ich muss die Konsequenz ziehen zu sagen, diese Schule, mit der wirklich ungesunden sozialen Mischung mitten in Eimsbüttel – 90 Prozent Migrationsanteil, wahrscheinlich knapp 20 Prozent Kinder mit Förderbedarf –, dann auch zu sagen, dann schließen wir diese Schule und fusionieren sie mit der Schule Lutterothstraße oder Döhrnstraße, weil, wir reden ja wirklich nur von ein paar Hundert Metern. Und die Schüler begegnen sich auf den Straßen. Die einen gehen zu der Schule Vizelinstraße, die anderen zur Döhrn- oder Lutterothstraße. Und mein Wunsch wäre, auch da einfach zu gucken: Was will ich für diesen Stadtteil im Sinne von sozialer Entwicklung? Weil, wir sprechen wirklich von Straßenzügen. Das ist schon wirklich fast die falsche Seite der Straße, das ist absolut richtig.

Vorsitzender: Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Ja, ich mache es kurz. Ich will noch einmal deutlich machen, das Prinzip, an das ich mich meistens gehalten habe, nämlich dort zu bauen, wo die Elternnachfrage ist, hat in vielen Fällen auch sinnvolle Entscheidungen begünstigt. Zum Beispiel, dass ich nicht dem Rat gefolgt bin nach dem Motto, Max-Brauer hat sowieso schon so viele Kinder, mach dir keine Sorgen, aber Kurt-Tucholsky ist das Sorgenkind, da musst du jetzt die Riesensachen noch zusätzlich machen oder woanders, sondern da habe ich auch gesagt, lasst uns alle Wege ausloten, wie wir bei Max-Brauer diesen enormen Nachfragen auch gerecht werden können.

Dennoch will ich sagen, an einigen Standorten ist es manchmal sinnvoll, Wege zu suchen, wie man zu einer stärkeren Durchmischung der Schülerschaft auch beitragen kann, nicht nur, indem man Schulen weiterentwickelt, sondern indem man schlicht durch Bauvorhaben die Weichen stellt. Ich nannte vorhin Steilshoop, da gehen wir gleich noch drauf ein.

Und ich will jetzt auch nach der längeren Diskussion mich an der Stelle jetzt nicht völlig vernagelt stellen. Ich finde, wir sollten im Schulentwicklungsplan sagen, an beiden Schulstandorten können die Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden, die bei entsprechenden Wohnbauvorhaben dort möglich sind. Und wir können ja noch einmal

genauer prüfen, was dann vernünftig ist, und lassen das ein Stück offen, wo wir diesen Zubau machen. Wenn es Wege gibt, dass man sagt, wir können guten Gewissens auch hoffen, dass die Schülerinnen und Schüler dort, wo wir das Haus bauen auch dann hingehen und nicht, wie wir es häufig haben, vor dem überlaufenen Haus stehen und sagen, wir wollen da auch noch rein und nebenan ist eins völlig leer – übrigens auch schönes Beispiel, Grellkamp, nur auf der falschen Straßenseite gebaut, hat man den Eindruck, keiner will dahin, ich weiß gar nicht, warum. Wenn es diese Möglichkeit gibt, sozusagen unter Vermeidung sinnlosen Leerstandes der Schule, die es nötig hat, den entsprechenden Rückenwind zu geben, dann werden wir diesen Weg gehen. Und da wir jetzt auch über eine weitere Zukunft reden, finde ich, kann man durch eine Offenheit in der Formulierung des Schulentwicklungsplans diese Möglichkeit zumindest vorsehen. Wir haben übrigens sowieso geschrieben, ein eventueller Zubau oder da steht schon ein „eventuell“ drin, weil wir natürlich auch diese Diskussion geführt hatten, aber wir können es noch, sage ich mal, offener halten und da komme ich Ihnen gerne den Schritt entgegen, weil mir auch daran liegt, dass Schulen vernünftig arbeiten können.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Keine Rückfrage dazu?

Senator Rabe: Dann EWG. Entschuldigung, Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium.

Vorsitzender: Genau.

Senator Rabe: Kreative Lösung. Ja, hier sind wir auf kreative Lösungen deshalb angewiesen, weil wir sie selbst nicht leisten können, sondern den Bezirk dazu brauchen. Die Bausituation an dieser Schule ist so, dass ein Zubau auf dem Gelände in dem Maße, wie er nötig ist, nicht möglich ist. Und wir haben mit „kreativ“ jetzt nicht gesagt, das wird nie etwas, sondern eigentlich waren wir der Auffassung, dass das Wort „kreativ“ eigentlich nur darstellen soll, dass wir in Gesprächen mit anderen neue, über den Standort hinausweisende Lösungen finden dergestalt, dass hier, wenn ich es richtig sehe, in der unmittelbaren Nachbarschaft ein mögliches Grundstück die Erweiterungsflächen darstellen könnte. Diese Gespräche mit dem Bezirk haben sogar bereits begonnen. Ich persönlich hatte mit Herrn Sevecke schon vorab gesprochen, ich glaube, unsere Bauabteilung ist da auch in Gesprächszusammenhängen. Wir wollten jetzt mit dem Wort „kreativ“ nicht deutlich machen, dass das nie etwas wird, sondern dass es nur an diesem Standort direkt auf dem Grundstück nichts wird, sondern dass wir andere Lösungen brauchen. Und da der Bezirk hier direkt beteiligt werden muss und auch soll, es übrigens auch gefordert hat in seiner Stellungnahme, können wir diese Lösung jetzt nicht freihändig einfach selber beschreiben. Das war ein Platzhalter, dass wir da etwas suchen wollen. Das ist alles. Wir wollen dort zusätzliche Räume schaffen.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Dazu Fragen aus dem Kreis des Ausschusses? Das ist nicht der Fall.

Senator Rabe: Ja, dann sind wir ja schon recht weit. Dann kommen wir jetzt, glaube ich, nach Langenhorn, Grellkamp und so weiter und so weiter.

Vorsitzender: Genau.

Senator Rabe: Hier darf ich nur sagen, bei der Schule Grellkamp werden wir zwei Fehler korrigieren. Daraufhin haben ja die Elternvertreter hingewiesen. Der eine Fehler ist, dass wir tatsächlich im Schulentwicklungsplan – verzeihen Sie das – geschrieben haben, es handelt sich um eine GHR-Schule, das ist ja nun lange vorbei. Selbstverständlich soll es eine Stadtteilschule sein. Das bekommt das Kürzel STS und wenn der Fehler sich noch ein paarmal findet, gucken wir auch den Text noch einmal durch, damit das nicht unklar bleibt.

Und natürlich sage ich ganz offen, es gilt für jede Schule: „Bei wiederholtem Verfehlen der Mindestzügigkeit“, – ein Komma muss da übrigens auch nicht stehen – „wird die Rechtsfolge eintreten“. Das gilt für jede Schule. Deswegen muss man es nicht bei einer Schule besonders hinschreiben nach dem Motto, dich haben wir unter besonderer Beobachtung, sondern das ist eine Grundlage, die für alle gilt, und deswegen müssen wir hier nicht mit dem Zaunpfahl winken.

Trotzdem will ich an dieser Stelle sagen, wenn wir noch eines Beweises bedurft hätten, was Schulplanung so schwierig macht, dann ist es die Situation in Langenhorn. Wir haben ein schönes Schulgebäude, das ist außer Frage. Grellkamp ist ein ordentliches Schulgebäude, es liegt gefühlt, darf ich es so sagen, aus dem Gefühl der meisten Eltern des Stadtteils heraus auf der falschen Straßenseite. Dorthin geht der Langenhornener offensichtlich nicht so gerne. Ich verstehe das nicht. Ich habe einmal in Langenhorn gewohnt, aber ich bin mit sechs Jahren weggezogen, bis dahin ist mir das nicht mitgegeben worden, wo da die Straßengrenzen liegen. Aber man kann schon ein Stück verzweifeln und ich wünsche mir sehr, dass die Eltern die Chance dieses Standortes sehen und nicht weiterhin an den Standorten, die ohnehin überlaufen sind, für zusätzliche Platz- und Raumprobleme sorgen, nämlich Heidberg und Fritz-Schumacher. Aber ich bin mir da auch nicht sicher. Ich kann auch nicht persönlich bei jedem Vater, jeder Mutter klingeln und sagen, melde dein Kind da an. Und die Erfahrungen lassen befürchten, dass, wenn die Anmeldesituation sich nicht bessert, in der Tat dieser Standort es nicht leicht haben wird. Aber wir wollen es ihm nicht noch unnütz schwer machen mit solchen Drohungen und die brauchen wir deshalb dort nicht.

Vorsitzender: Wenn es dazu keine weiteren Fragen gibt, hätte ich als Nächstes die Situation Schule am See, das war ja auch ein Punkt. Wenn Sie dazu Stellung nehmen könnten noch.

Senator Rabe: Ja, gerne. Die Frau Mordhorst, die Elternvertreterin, hat die Situation richtig dargestellt. Die Situation lautete, die vorhergehende Regierung hatte versprochen, an einem anderen Ort eine Stadtteilschule zu errichten, nämlich am Standort der einen Grundschule, nämlich der Grundschule am See, hat diesen Neubau aber nicht realisiert. Und in der Tat sind die Anmeldezahlen, die am Anfang nicht schlecht waren. Nach der ersten Ankündigung, dort wird eine Schule entstehen, schaffte man die Dreizügigkeit, aber als das Gebäude nicht kam, bröckelten die Anmeldezahlen. Und als ich Senator wurde, war die Anmelderunde beendet und man hatte eine Anmeldezahl von in den Dreißigern, 38, gut, für eine Stadtteilschule, die eigentlich mindestens, sage ich mal, 72 Schüler braucht, oder was weiß ich, 69 Schüler braucht. Das war weit, weit entfernt. Und zusätzlich haben wir hier die Schwierigkeit ebenfalls der sogenannten „verbrannten Gebäude“. Stellen Sie sich Steilshoop vor. Auf der einen Seite des Stadtteils liegen drei Schulen. In der Mitte ist ein riesiges Schulgebäude, die frühere Herberge der Gesamtschule Steilshoop, mittlerweile als Schule geschlossen. Dieses Gebäude hat Ausmaße, die man eher in einem Fußballstadion wiederfindet als in einer Schule. Da drin ist fast nichts, außer viel Notmaßnahmen. Es ist eine Berufsschule drin, was für ein Segen für den Stadtteil und den Standort. Es sind, weil so viel Raumleerstand ist, ich glaube, wir reden über 18 000 Quadratmeter, aber hier bessere ich noch einmal das Wortprotokoll gegebenenfalls nach, ich habe nicht jede Zahl im Kopf, es ist darin die Elternschule, es ist darin die Volkshochschule und alles, was im Großen und Ganzen krecht und fleucht, aber man hat es nicht geschafft, dieses Gebäude ordentlich zu nutzen. Jeweils 300 Meter links und 300 Meter rechts davon befinden sich zwei kleinere Grundschulstandorte und die Idee der Vorgängerregierung war, an einem dieser Grundschulstandorte jetzt zusätzlich eine Stadtteilschule zu machen. Diese Idee hat Charme, weil offensichtlich der Stadtteil dieses große Gebäude in der Mitte meidet. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Umgekehrt ist die Idee nicht ungefährlich. Erstens, weil es nur eine Grundschule ist, die dann diesen Standort bekommt. Und was tun dann die Schülerinnen und Schüler der anderen Grundschule, gehen die da wohl hin, wenn sie zur

Stadtteilschule wollen, oder gehen die ganz woanders hin nach dem Motto, das ist die fremde Grundschule?

Und zweitens, es ist schon ein gewisses Wagnis, dort 20, 25 Millionen in den Steilshooper Sand zu setzen in der Hoffnung, dass die Schüler kommen, die sich bisher nicht angemeldet haben. Und deswegen habe ich gesagt, das möchte ich gerne noch einmal sorgfältig durchprüfen, und eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben und dies Mal übrigens an die GWG, die als gleichzeitiger Vermieter eines Großteils der Wohnungen dort sehr daran interessiert ist, den Stadtteil zu stabilisieren. Ich habe insofern, darf ich zugespitzt sagen, eine Unternehmen für die Machbarkeitsstudie gewonnen, das persönlich oder aus Eigeninteresse durchaus ein Interesse daran hat, dort eine Schule zu bauen und nicht mehr am Ende zu beweisen, es lohnt nicht. Und wir haben Gespräche geführt mit den Elternvertretern, mit der Stadtteilkonferenz und gesagt, ja, hier bekenne ich mich und ich baue euch da eine Schule hin, ich will, dass da eine Stadtteilschule stattfindet. Aber lasst uns bitte gemeinsam prüfen, wo das auch in einem vertretbaren Rahmen möglich ist. Ich bin sogar vor Ort gewesen mit Regenschirm und Nieselregen, drei Stunden haben wir uns das alles angeguckt und haben dabei festgestellt, dass in der Tat, ich habe mich überzeugen lassen, dieses Riesengebäude der ehemaligen Gesamtschule in der jetzigen Form für eine Stadtteilschule nicht infrage kommt, weil es – ich gehe auf Rissen ein – die Identifizierbarkeit einer solchen Schule nicht ermöglicht. Die versinkt dort in der Raummenge und die Schüler werden mit den Lehrern Ticken und Verstecken spielen und sich stundenlang vielleicht nicht wieder finden lassen in diesem Riesengebäude. Das ist keine vernünftige Perspektive.

Umgekehrt darf ich ein Stück weit der GWG vertrauen, dass sie vielleicht auch einmal noch prüft, ob wir diesen Riesenleerstand nicht doch durch entsprechende architektonische Veränderungen an einer Stelle eine Erkennbarkeit, Wiedererkennbarkeit soweit gestalten können, dass man sagt, das ist ein hässlicher Klotz, aber diese Ecke, die unterscheidet sich ganz erheblich, hat einen eigenen Eingang, ein klares, auch äußeres Profil. Es wäre unter Umständen die wesentlich vernünftigere Lösung, nicht nur günstiger, wesentlich günstiger im Bauen, sondern auch deshalb, weil wir die Schüler von beiden Grundschulen in dieser Stadtteilschule brauchen. Ich habe aber auch gesagt, ich bin nicht gegen die andere Möglichkeit, die Frau Mordhorst vorgetragen hat, an einer dieser Grundschule die ursprüngliche Planung wiederaufleben zu lassen. GWG möchte die Machbarkeitsstudie spätestens im März 2012 präsentieren. So ist es auch in den Schulentwicklungsplan reingeschrieben worden und ich habe Verständnis dafür, dass die Beteiligten im Stadtteil sich eine neue Schule wünschen. Aber darf ich Ihnen einmal ganz verkürzt zum Ende sagen, wenn wir einfach uns einmal in die ausnahmsweise Adlerperspektive begeben und von ganz oben auf den Standort Steilshoop hinabgucken, dann muss man sich auch ein bisschen nachdenklich hinterm Ohr kratzen, dort sind drei Schulen, eine ist völlig leer, ist riesengroß und der Wunsch ist, die dritte Schule in einem neuen Gebäude 300 Meter daneben komplett neu zu bauen. Und dass da ein Schulsenator sagen darf, bitte lasst uns mit einer hochprofessionellen Wohnungsbaugesellschaft noch einmal prüfen, ob es nicht noch Möglichkeiten der effizienteren Nutzung dieser riesigen Leerstände gibt, das, finde ich, ist nicht unvernünftig. Deswegen haben wir aber der Stadtteilschule zugesagt, ihr dürft auch mit kleineren Schülerinnen und Schülern starten. Hier gibt es noch einmal eine in diesem Fall standortpolitisch bedingte Ausnahme der Schließungsregel.

Frau Mordhorst hat gesagt, mindestens noch ein Jahr, wenn der Neubau steht. Wir haben jetzt gesagt, glaube ich, bis 2015, vier Jahre. Wenn es unter Umständen eines weiteren Jahres bedarf und Frau Mordhorst mich wiederwählt, dann können wir darüber reden. Im Moment kann ich nur bis 2015 planen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Gibt es dazu Fragen aus dem Kreis des Ausschusses? Das sehe ich nicht. – Dann würde ich gerne noch hören Ihre Stellungnahme zur Stadtteilschule Altrahlstedt. Da gab es ja auch ... – Grundschule und Stadtteilschule, genau.

Senator Rabe: Die Sache ist hier in der Tat so, dass ich sie nicht glücklich finde. Sie ist richtig dargestellt worden. Früher war es eine Schule, eine GHR-Schule. Im Rahmen der Primarschulreform wurde der G-Teil abgetrennt und mit der benachbarten Schule Brockdorffstraße verschmolzen. Nach Scheitern der Schulreform wurde diese Verschmelzung aufgehoben und plötzlich war die Grundschule, die vorher erst Teil der GHR-Schule gewesen ist, dann Teil der Kombination mit der Brockdorffstraße, jetzt völlig allein. Ich hätte mir sehr gewünscht, ich sage das ausdrücklich, dass sich in dieser Lage die ehemalige Grund..., diese Grundschulabteilung, die frühere, und die Stadtteilschulabteilung entschieden hätten, wieder zusammenzugehen. Es hätte die Sache sehr vereinfacht. Und es ist nicht klug, dass hier ein so kleiner Standort, der vorher ja auch nicht alleine war, plötzlich zu einer eigenständigen Grundschule aufwächst und in den üblichen Mechanismen vehement ein eigenes Gebäude, eine eigene Struktur, eine eigene Klarheit einfordert. Das macht die Sache nicht leicht. Aber auch ich war Teil des Schulfriedens und Teil des Schulfriedens war, wir lösen die nicht immer mit viel Beifall begleiteten Fusionen auf und respektieren, was die Schulen draus machen. Hier respektiere ich auch mit nachdenklichem Stirnrunzeln die nicht einfache Situation vor Ort und sage, ich zwingen Sie nicht erneut in die Fusion mit der Schule Brockdorffstraße oder in die Fusion mit ihrer früheren Haupt- und Realschule, jetzigen Stadtteilschule, obwohl ich allen gerne sagen möchte, prüft das noch einmal. Solange Ihr das aber nicht wollt, habe ich die schwierige Aufgabe, mit den jetzt schwierigen Raumverhältnissen der einzelnen Schulen klarzukommen.

Was hier anklang, war, dass beide Schulen, die Grundschule und die Stadtteilschule ein Gebäude für sich beanspruchen, nämlich Am Friedhof 4 a – hieß es so?

(Zurufe)

14 a, gut. Am Friedhof 14 a wollen sie beide mehr oder weniger für sich. Und wir hatten gedacht, eine gegenseitige Nutzung hier könnte, da man sich ja in der Vergangenheit in ein und derselben Schule befand, durchaus klappen. Ich muss ein bisschen stirnrunzelnd zur Kenntnis nehmen, dass beide das nicht wollen. Jetzt können wir sagen, wir geben dem nach, dann muss einer dort sein. Und fairerweise muss man bei der Raumgeschichte sagen, hätte die Stadtteilschule eigentlich mehr Anspruch. Wenn wir dem folgen würden, müsste dann aber umgekehrt die Grundschule eine andere Raumzuweisung bekommen, die nach Lage der Dinge dann nur in der Grundschule Brockdorffstraße, mit der die Fusion ja gerade geplatzt ist, liegen könnte. Irgendwo müssen sie ja nun hin. Wir hatten bisher gesagt, liebe Grundschule, nutzt mit der Stadtteilschule gemeinsam Räume. Nun sagen beide Schulen, das wollen wir nicht. Alternative ist: Liebe Grundschule, nutze zusammen mit der benachbarten Grundschule Brockdorffstraße dort Räume. Ich weiß genau, dass das auch keiner will. Und ich fürchte, eins müssen wir entscheiden.

Unser erster Vorschlag hat beide nicht überzeugt. Wir überlegen zurzeit, ob wir hier noch einmal nachdenken und einen anderen Vorschlag machen, aber ich sage Ihnen voraus, auch der Vorschlag wird bei den Beteiligten nicht vergrünungssteuerpflichtig sein, denn in Wahrheit wollen sie alle ein eigenes Schulhaus. Und das ist nach Lage der Dinge räumlich nicht möglich, zumindest nicht in kurzer Zeit, und ob es finanziell vernünftig ist, darüber kann man auch streiten. So ist die Lage. Hier sage ich aber zu, wir denken noch einmal über die Einwände nach. Aber da es gegensätzliche Einwände sind, können wir nur einen Einwand befriedigen.

Vorsitzender: Gibt es dazu aus dem Kreis des Ausschusses noch Rückfragen? Das ist nicht der Fall.

Die Elternratsmitglieder Matthias-Claudius-Gymnasium und Charlotte-Paulsen-Gymnasium haben ja im Prinzip dem Schulentwicklungsplan-Entwurf so wie er vorliegt zugestimmt. Da brauchen wir, glaube ich, keine Stellungnahme, es sei denn, Sie beabsichtigen das nun noch zu ändern, aber ich entnehme Ihrem Verhalten, dass das nicht der Fall ist.

Grundschule in Niendorf am Sachsenweg, das war noch einmal die Frage nach Zubauten im Zusammenhang mit GBS, möchten Sie dazu Stellung nehmen? An sich hatten Sie es generell schon einmal allgemein am Anfang angesprochen.

Sonst können wir auch, ich denke, vielleicht weitergehen zu dem Umzug Stadtteilschule Goosacker. Das war ein sehr wichtiges Problem, denke ich, und drängendes Problem für die Betroffenen. – Herr Senator.

Senator Rabe: Okay. Trotzdem darf ich rückblickend sagen, ich freue mich, wenn die Vertreterinnen und Vertreter der Gymnasien Charlotte-Paulsen und Matthias-Claudius sagen, das ist vernünftig gelaufen. Ich finde, das Ergebnis ist vernünftig, und wenn wir aus dem Ergebnis lernen, dass man miteinander reden kann, wäre das noch vernünftiger, denn zwischenzeitlich war der Dialog eher ein Geschrei, aber wir haben es ja hingekriegt und deswegen glaube ich, das ist vielleicht auch ein Signal und ich freue mich darüber, dass es jetzt alle so empfinden, dass man miteinander vernünftig reden kann.

In Sachen Goosacker ist das Bedenken des Lehrers, Herrn Meier, gewesen, dass es keine Informationen gibt, wann man umzieht. Ich will zunächst einmal sagen, der Umzug an sich ist eigentlich eine vernünftige Idee. Es gab einen Hinweis des Kreiselternratsvertreters, dass er eine Lücke in der Stadtteilschulversorgung befürchtet. Das schien mir nicht hundertprozentig einsichtig zu sein, denn die Stadtteilschule Goosacker bekommt durch diesen Umzug endlich die Raumentwicklungsmöglichkeiten, die sie am jetzigen Standort nicht hat. Wir werden also eher zusätzliche Klassenräume dabei zur Verfügung stellen können und deshalb hier einen Stadtteilschulproblem ein Stück entspannen können. Und wer sich das anguckt in Goosacker – ich sagte vorhin schon einmal, zweistöckig stehen mittlerweile die Container da übereinander, alle rot angemalt übrigens – hat das die Vorgängerregierung gemacht? – na gut –, und insofern ist das als Perspektive offensichtlich unstrittig. Wir haben bisher auf Informationen über die Zeitperspektive verzichtet, weil der Schulentwicklungsplan ja noch nicht einmal entschieden ist. Ich würde aber trotzdem sagen und bitten, darf ich jetzt einmal kurz in die Richtung gucken – wir hatten ja schon ein paarmal darüber gesprochen, ob man zum jetzigen Zeitpunkt zumindest sagen kann, wie das vorstellbar ist, wenn der Schulentwicklungsplan entsprechend verabschiedet wird.

Herr Rosenboom: Also, ich glaube, dass der Lehrerkollege vorhin eigentlich etwas vergessen hat zu sagen, er wollte wahrscheinlich sagen, wir wollen auf einen Schlag umziehen. Das wird nicht möglich sein, sondern es handelt sich um einen Reinwachsen in das neue Schulgebäude. Also, es gehen Klassen gemeinsam dort rein, es sind dort Räume frei – Herr Burghard kann das bestätigen –, wir wachsen in dies Gebäude rein und die Berufler wachsen aus dem Gebäude raus. Und so kommt die Stadtteilschule ins Gebäude insgesamt rein und hat eine Zeit vor sich, wo sie an zwei Gebäuden ist. Das ist der entscheidende Punkt. Ich glaube, er hat vorhin vergessen zu sagen: Wir möchten sofort auf einen Rutsch insgesamt rein. Das geht nicht, das wäre auch zu kostenträchtig.

Vorsitzender: Herr Heinemann.

Abg. Robert Heinemann: Ich glaube, was vorhin gemeint war mit der Frage der Stadtteilschulversorgung: Wir haben ja bislang eine Überanfrage in der Stadtteilschule in Blankenese. Deshalb ja auch die Dependance in Rissen. Und natürlich ist es schon ein Unterschied, ob man in Osdorf eine Stadtteilschule hat oder ob ich sie in Flottbek habe. Das sind dann doch, ein paar Kilometer sind es schon Unterschied, und ich bin also von daher – ja, ja, aber es ist schon durchaus eine andere Region –, von daher, gerade diejenigen, die natürlich in dem Bereich wohnen, drohen natürlich eher dann in Richtung Rissen oder in Richtung Blankenese wiederum zu fahren, nicht? Also, wenn ich im Bereich irgendwo rund um Hochkamp, Nienstedten, Osdorf wohne, fahre ich im Zweifel künftig eher noch nach Blankenese und melde in Blankenese an. Von daher droht dort eventuell, das ist, glaube ich,

was gemeint wurde, eine höhere Nachfrage nach Stadtteilschulkapazitäten; als wir sie im Moment haben, denn die werden vermutlich nicht nach Norden ausweichen.

Ich habe, weil wir bei der Region jetzt sind, Osdorf, Othmarschen und so weiter, noch eine Frage: wenn man sich dort wiederum die Grundschulplanungen erneut einmal anguckt, hatte ich ja vorhin schon einmal entsprechend hier auch zum Thema Blankenese dort vorgetragen, auch in Othmarschen gehen im Moment nach Ihren Aussagen 1 488 Kinder zur Schule, also 372 pro Jahrgang im Schnitt, Sie selber erwarten künftig bis zu 450 pro Jahrgang, gehen aber auch von einer sinkenden Zügigkeit aus. Auch das bitte ich einfach noch einmal zu überprüfen, weil da auch mir wiederum irgendwo ein Gap zu sein scheint.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Sie beziehen sich auf die Schulregion 6?

Abg. Robert Heinemann: Ich beziehe mich auf die Schulregion 6, genau.

(Zuruf: Nein, das ist nicht richtig! Nein, 7 eher!)

– Nein. Oder 7, 7, Entschuldigung, 7, 7.

Senator Rabe: 7.

Abg. Robert Heinemann: Schulregion 7, Othmarschen. Da haben Sie mir in der Kleinen Anfrage geantwortet, 1 488 Schüler. Macht, wie gesagt, durch vier irgendwo 372 – und gehen davon aus, 400 Schüler sozusagen aus der eigenen Region und 450 aufgrund von Anwahlen aus anderen Regionen. Macht für mich dann irgendwie zwei Züge mehr als heute. Aber vielleicht einfach da vielleicht noch einmal nachgucken, weil, wie gesagt, Sie gehen im Moment von einer sinkenden Zügigkeit dort aus in Ihren Planungen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Rabe: Gut, also ich sage, das prüfen wir noch einmal. Es ist zwar so, dass gerade die Grundschulen dort in der Raumkapazität etwas begrenzt sind, aber insbesondere in Wesperloh, aber auch in der Grundschule Goosacker sind in dem Moment, wo die Stadtteilschule das Gelände verlässt, ja Zubaumöglichkeiten da oder Zuwachsmöglichkeiten da und das gucken wir uns noch einmal an, dass das hier stimmig ist.

Vorsitzender: Vielen Dank. Gibt es dazu weitere Fragen? – Dann haben, wenn ich es richtig sehe, da Rissen, was vorhin am Schluss angesprochen wurde, schon am Anfang behandelt worden ist, alle Themenkomplexe aus der Anhörung bearbeitet. Dann schließe ich hier den Tagesordnungspunkt 1 an der Stelle ab und eröffne noch einmal – Herr Senator Rabe, Sie möchten noch etwas sagen.

Senator Rabe: Nur ganz kurz. Ein Redner bemängelte, dass für Vorschulklassen keine Container aufgestellt werden. Ich habe das ja doch getan, das hat mir viele Ohrfeigen eingebracht. Nun will ich aber wenigstens an dieser Stelle auch sagen, natürlich haben wir Container aufgestellt – nein, ich soll sie mobile Klassenräume nennen – für Vorschulklassen, um hier eine Abweisung von Schülerinnen und Schülern zu verhindern.

Vorsitzender: Vielen Dank.

Zu TOP 2

Der Ausschuss beschloss einstimmig eine Selbstbefassung gemäß Paragraf 53 Absatz 2 Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO) zum Thema „GBS“. Diese solle in gemeinsamer Sitzung mit dem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss am 14. Februar 2012 behandelt werden.

Weiter beschloss der Ausschuss einstimmig, den Termin für die Anhörung von Auskunftspersonen zum Thema „Schulschwimmen“ auf den 23. März 2012 zu verschieben. In diesem Zusammenhang beschloss der Ausschuss einstimmig, dass die Auskunftspersonen bis zum 27. Januar 2012, 12 Uhr benannt werden sollen. Die gleiche Frist solle ebenfalls für die Fertigstellung des abgestimmten Fragenkatalogs gelten.

Die GAL-Abgeordneten regten an, die Fraktionen sollen sich hinsichtlich der Benennung der Auskunftspersonen abstimmen. Ein konsensuales Vorgehen vereinfache die Abläufe.

Die CDU-Abgeordneten unterstützten diesen Vorschlag.

Im Ausschuss bestand darüber Einvernehmen, dass eine Einigung hinsichtlich der zu benennenden Auskunftspersonen unter den Obleuten herbeigeführt werden solle.

Dr. Walter Scheuerl (CDU)
(Vorsitz)

Lars Holster (SPD)
(Schriftführung)

Michael Giß
(Sachbearbeitung)